

**UB Braunschweig**

**84**



2301-041-7

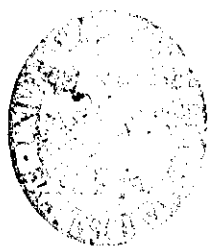
Beiträge zur Geschichte  
der  
**Braunschweig = Lüneburgschen  
Lande**  
und  
zur Kenntniß  
ihrer  
**Verfassung und Verwaltung,**

von  
G. P. von Bülow,  
Herzoglich Braunschweig-Lüneburgschem  
Kammer-Director.

---

Braunschweig,  
Verlag von Friedrich Vieweg.

1 8 2 9.



Die Aufsätze, welche hier im Druck erscheinen, sind während einer langen Reihe von Jahren entstanden, größtentheils auf Veranlassungen, die dem Verfasser seine mehrfachen Dienstverhältnisse dargeboten haben. Da sie einige wenig aufgeklärte Punkte der vaterländischen Particulargeschichte behandeln, oder Aufschluß über Gegenstände, welche dem Geschäftsmann und Grundbesitzer nicht selten vorkommen und betreffen, zu erläutern bestimmt sind, der Verfasser auch Quellen zu benutzen Gelegenheit gefunden hat, die nicht Jedermann fließen; so wird ihre Bekanntmachung keinen Tadel verdienen. Auf Vollendung in der Bearbeitung darf der Verfasser keinen Anspruch machen, indem dazu die erforderliche Muße ihm gefehlt haben würde, auch wenn er das Zusammentreffen der übrigen Bedingungen

zu solchen Leistungen nicht selbst vermißte. Sein Zweck ist schon erreicht, wenn seine kleine Arbeit einige Dunkelheiten in der Geschichte des Vaterlandes erhellt, oder einigen seiner Mitbürger nützlich sich ergibt.



# I n h a l t.

---

	Seite
I. Zur Geschichte der Reformation in dem Herzogthume Braunschweig-Lüneburg, besonders des Consistoriums in Wolfenbüttel .....	1
II. Ueber die Titulatur des Adels im Mittelalter, zunächst in den Staaten des Hauses Braunschweig-Lüneburg .....	17
III. Ueber die Steuerbarkeit der Stifter und Klöster und den Grund ihrer Veranlagung im Herzogthume Braun- schweig.....	25
IV. Ausgleichung der öffentlichen Abgaben durch Besteuerung der bisher erimirten Grundbesitzungen und Reluution; in Befolgung der Verordnung über diesen Gegenstand vom 29sten October 1821.....	44
V. Ueber Schäfereien und Schafhalten, nach allgemeinen und im Herzogthume Braunschweig geltenden Rechts- grundsätzen.....	71
VI. Landesmatricul oder Matricularanschlag auf einen Mo- nat Römerzuges im Fürstenthume Braunschweig-Lüne- burg, Wolfenbüttelschen Theils .....	80
VII. Zur Geschichte der Stadt Helmstedt und des Klosters St. Eudgeri.....	136

	Seite
VIII. Besoldung der Herzoglich Braunschweigischen Staatsdiener gegen das Ende des sechszehnten Jahrhunderts.....	162
IX. Ueber das Ende der Streithorst'schen Partei im Ministerium Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig-Lüneburg.....	167
X. Ueber den Zeitpunkt der Volljährigkeit der regierenden Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.....	183

## I.

Zur Geschichte der Reformation in dem Herzogthume Braunschweig-Lüneburg, besonders des Consistoriums in Wolfenbüttel.

---

Wenn früher die Ausbildung der päpstlichen Gewalt von dem umfassendsten Einflusse auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Zustandes in Deutschland gewesen ist, und nicht nur die kirchlichen Verhältnisse desselben bestimmt, sondern zugleich seine Verfassung ergriffen und zu der Selbstständigkeit der deutschen Reichsstände den Grund gelegt hat, indem diese vom Papste unterstützt und gehoben wurden, um zu einem Gegengewichte gegen den Kaiser gebraucht werden zu können; so gebührt der Reformation unstreitig ein gleicher, wo nicht höherer Rang unter den Ereignissen der vaterländischen Geschichte. Nicht nur in der Herstellung der reinen Religionslehre und der Verbesserung der kirchlichen Verfassung und der Lehranstalten hat sich nämlich dieselbe wirksam gezeigt; auch unser öffentliches Recht und die Verfassung des deutschen Reichs, die Beziehung der katholischen Stände zu dessen Oberhaupt mit einbegriffen, tragen die Spuren ihrer Einwirkung.

Mit der Kirchenverbesserung ward nämlich der geistliche Supremat des Papstes aufgehoben und dem Für-



sten die oberbischöflichen Rechte in seinem Gebiete zugewandt, auf diese Weise aber die oberste Staatsgewalt in ihrer ursprünglichen Einheit wieder hergestellt, und der Begriff der Regierungsgewalt ergänzt. Zugleich führte sie auch die Entwicklung der Landeshoheit herbei, wie diese nachmals durch den Westfälischen Frieden bestimmt worden ist. Denn da die oberste Gewalt in Deutschland zwischen Papst und Kaiser getheilt war, die Reformation aber die Rechte des Papstes auf die Territorial-Regierungen der protestantischen Reichsstände übertrug, so fanden sich diese in solcher Beziehung vom Kaiser unabhängig gestellt. Der für einen Zweig der Staatsgewalt über sein bisheriges Subjectionsverhältniß emporgehobene Reichsstand strebte von nun an nach ähnlicher Befreiung in Ansehung der übrigen Gewaltszweige und errang fortschreitend umfassendere Regierungsrechte; der katholische Reichsstand folgte dem Beispiele seines protestantischen Mitstandes und die auswärtigen Mächte unterließen nicht, den gegebenen Impuls zu fördern, weil die Schwächung der kaiserlichen Gewalt zur Auflösung des in seiner Einheit so mächtigen Reichs führen mußte.

Schneller und fast in unmittelbarer Folge traten jedoch die Wirkungen hervor, welche die Kirchenverbesserung auf die Ausbildung der Lehranstalten und die neue Gestaltung der Staatsbehörden hatte. Die vom Landesfürsten ausgehende Kirchengewalt erforderte, bestimmte Staatsdiener mit deren Besorgung zu beauftragen, und die innige Verbindung, welche damals zwischen der Kirche und den öffentlichen Lehranstalten Statt fand, nöthigte diese letzten zugleich der Leitung jener Behörde anzuvertrauen, welche auf diese Weise ihren Wirkungs-

Freiß bestimmt erhielt und mit der Benennung Kirchenrath oder Consistorium bezeichnet ward.

Auch in den Braunschweigischen Landen entstand mit der Kirchenverbesserung ein solches Consistorium; es ist jedoch die Geschichte desselben von den Schriftstellern über die vaterländische Geschichte nicht vollständig vorgetragen und sogar in Dunkelheit und Ungewißheit gelassen. Die folgenden Beiträge zur Aufhellung dieses Gegenstandes werden daher nicht unzeitig erscheinen.

Die schon im Jahre 1528 in der Stadt Braunschweig eingeführte Kirchenverbesserung beschränkte sich lange auf dieselbe, und konnte im übrigen Fürstenthume Wolfenbüttel keinen Eingang finden, da dessen Herrscher, der durch Geist und Kraft ausgezeichnete Herzog Heinrich der Jüngere, als einer ihrer entschlossensten Gegner auftrat. Die unwandelbare Anhänglichkeit, womit der Herzog dem Kaiser Carl dem Fünften ergeben war, die besondern Rücksichten, welche ihm die Sicherung seiner in der Stiftsfehde gemachten Hildesheimischen Eroberungen gebieten mochten <sup>1)</sup>; die Ansicht, als gebe die Lehre Luthers dem aufrührerischen Geiste Nahrung, welcher sich damals über Deutschland verbreitete und den er selbst in dem Feldzuge gegen die aufgestandenen Landleute unter Thomas Münzer erfolgreich bekämpft hatte <sup>2)</sup>; wohl auch der lange genährte Groll gegen die wi-

---

<sup>1)</sup> Der Herzog erwirkte die kaiserliche Beilehnung darüber auf dem Reichstage zu Augsburg im Jahre 1530.

<sup>2)</sup> In Verbindung mit den Herzögen von Sachsen und dem Landgrafen von Hessen gewann der Herzog am 15ten Mai 1525 die entscheidende Schlacht bei Frankenhausen, wodurch dem Aufruhr das Ziel gesetzt ward.

derspenstige, lutherisch gesinnte Hauptstadt, traten dem alten Glauben zur Seite und bestimmten den Herzog zu der beharrlichen Widersehung gegen die Neuerung: ein Kampf, der sein bewegtes Leben großen Theils erfüllte, und ihm die Quelle großer Widerwärtigkeiten ward.

Erst im Jahre 1542 konnte sich die Reformation in den Braunschweig-Wolfenbüttelschen Ländern verbreiten. Der Schmalkaldische Bund bekriegte nämlich im Herzoge Heinrich dem Jüngern den entschiedensten Widersacher der Reformation und den eben ernannten Feldherrn des katholischen Gegenbundes, vertrieb ihn aus dem Lande, und behandelte dieses als eine Eroberung. Es ward sofort eine Regierung eingesetzt, und die Kirchenverbesserung durchgeführt.

Wie bereits früher die Stadt Braunschweig im Jahre 1531 eine Kirchenordnung erlassen hatte, welche nicht bloß die Liturgie betraf, sondern zugleich die Ordnung der Hierarchie, das Schulwesen und die Ehesachen umfaßte; so erging jetzt eine solche Kirchenordnung für das gesammte Fürstenthum im Namen des Schmalkaldischen Bundes<sup>3)</sup>. Sie war von den beiden evangelischen Theologen, Dr. Bugenhagen und M. Corvin, welche zuvor durch eine allgemeine Kirchenvisitation die Einleitung zur Kirchenverbesserung getroffen hatten, unter Zuziehung des Dr. Martin Gorlik verfaßt worden, und dabei die Absicht, dem ganzen Lande einen Bischof oder

---

<sup>3)</sup> Sie erschien im Jahre 1543 zu Wittenberg in 4. gedruckt, unter dem Titel: Christliche Kerkenordnungen im Lande Brunschwig Wolfenbüttels Deles, und findet sich vollständig abgedruckt in Hortleder: Von den Ursachen des deutschen Krieges, libr. IV cap. 44.

Generalsuperintendenten, ein Consistorium und eine theologische Lehranstalt vorzusetzen und anzuordnen.

Dr. Gorlich ward hierauf zum Superintendenten und in dieser Eigenschaft zum Inspector über sämtliche Pfarren des Landes bestellt, und da derselbe Stiftsprediger und Decan zu St. Blasius war, so glaubte man hierin die beste Gelegenheit zu finden, die einzurichtende Lehranstalt auf die Einkünfte des reformirten Domstifts zu gründen, und die Canonici desselben dabei als Lehrer anzustellen. Allein die Braunschweigischen Herzöge der Lüneburgischen Linie, welchen das Mitpatronat über das Stift in jener Zeit noch zustand, waren für diesen Plan nicht zu gewinnen, und ihr Widerspruch nöthigte, davon abzusehen <sup>4)</sup>.

Der ernannte Generalsuperintendent war ausdrücklich angewiesen, die Oberaufsicht über die Lehre und die kirchlichen Ceremonien und deren Gleichförmigkeit im Lande zu führen, auch über Ruhe und Einigkeit unter dessen Einwohnern zu wachen <sup>5)</sup>. Und da derselbe zugleich die Prüfung und Einführung der Prediger zu besorgen hatte <sup>6)</sup>, die Vergehen der Geistlichen auch gewöhnlich als Disciplinarfälle behandelt wurden; so vereinigte er ziemlich alle Functionen eines Consistoriums in seiner Person, und es unterblieb die Anordnung ei-

---

<sup>4)</sup> Kethmeier, Braunschweigische Kirchenhistorie, Th. III. Cap. 5. §. 73 und 74.

<sup>5)</sup> Es ergibt sich dieses aus dem Schreiben des Churfürsten von Sachsen und des Landgrafen von Hessen, als Häupter des Schmalkaldischen Bundes, an den<sup>en</sup> Magistrat zu Braunschweig, vom Sonntage nach Egidii 1542; in Kethmeier a. a. D. Beilagen, S. 25.

<sup>6)</sup> Kethmeier, ebendasselbst, Cap. 6. §. 5.

ner solchen Behörde damals gänzlich. Bei Ehesachen und andern, sonst zur geistlichen Gerichtsbarkeit gezogenen Fällen half man sich, indem der weltliche Richter, dessen Zuständigkeit eben durch die Reformation erweitert schien, auf eingeholte Gutachten bewährter Theologen seine Aussprüche stützte <sup>7)</sup>. Einer neuen Begründung der geistlichen Gerichtsbarkeit und ihrer Sonderung von der weltlichen gaben aber die unsichern Verhältnisse und die vorübergehende Dauer der damaligen Kirchenverbesserung keinen Raum. Schon in dieser Hinsicht betrachtete der Schmalkaldische Bund die getroffenen Anordnungen mit weiser Mäßigung als ein Provisorium, für die Zeit, wo es, „zu Braunschweig mit der Religion und der Augsburger Confession noch gehalten würde <sup>8)</sup>“ und wirklich bewirkte bald darauf die Rückkehr des Herzogs, eine Folge der Mühlberger Schlacht, einen völligen Umschwung der Sachen und die Wiederherstellung der katholischen Kirchenverfassung.

Erst nach Heinrich des Jüngern Tode siegte die Sache der Reformation. Sein Sohn und Nachfolger, der um die Staatsverwaltung überhaupt, und besonders um die kirchlichen Einrichtungen und die Pflege der Wissenschaften so verdiente Herzog Julius, befestigte die lutherische Lehre und erhob sie zu der vom Staate an-

---

<sup>7)</sup> So findet sich, daß der Rath der Stadt Braunschweig im April 1562 von dem dortigen geistlichen Ministerium ein Bedenken in einer Ehesache eingeholt, und daß letztes im folgenden Jahre dem Rathe der Stadt Wesel ebenfalls auf Verlangen ein Gutachten ertheilt hat. Rethmeier, a. a. D. Cap. 7. §. 32 und 33.

<sup>8)</sup> S. das Schreiben an den Magistrat zu Braunschweig, in Note <sup>5)</sup>.

erkannten Religion. Der Gewissensrath des verstorbenen Herzogs, der an der Marienkirche in Wolfenbüttel angestellte Presbyter, Bernhardin Lashusen, verließ nunmehr als der letzte römisch-katholische Geistliche das Land, und es erging im Anfange des Jahrs 1569 die Kirchenordnung Herzogs Julius: eine Kirchenordnung, welche mehr als bloße Ugende, zugleich die Einrichtung der Hierarchie und die Form der kirchlichen Verwaltung bestimmte.

Konnte von dieser Zeit an von einem Consistorium die Rede seyn, und erwähnte auch Herzog Julius in der Vorrede zu dieser Kirchenordnung eines solchen, oder eines Kirchenraths, als einer von ihm angeordneten Behörde; so war dieses Consistorium dennoch kein für sich bestehendes, mit besondern, auch weltlichen, Räthen und einem eigenen Director versehenes Landescollegium. Alles befand sich nämlich damals erst in der Ausbildung, und die Kirchenverbesserung selbst konnte nur allmählig durchgeführt werden, weil sie, zwar überhaupt eine Wirkung der durch die neuerfundene Buchdruckerei erleichterten Mittheilung und des erwachten Sinnes für wissenschaftliche Belehrung, und also vom Volke ausgegangen, in den Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landen, durch den Widerstand der Regierung, in ihrer Entwicklung unterbrochen war und jetzt des Antriebes von Seiten des Fürsten bedurfte. Es stellten sich dem Herzoge dabei so manche Hindernisse entgegen, wozu auch die Versuche zur Vereinigung der lutherischen und reformirten Bekenntnisse zu zählen sind, indem sie die tonangebenden Geistlichen unter einander entzweieten \*), daß der

\*) Jacob Andrea, Sängler in Lüneburg, und vom Herzoge von

umsichtige Fürst nur Schritt vor Schritt dem Ziele sich zu nähern vermochte. Auch durchkreuzten sich bei Anordnung der Verwaltungsform die, damals noch nicht geläuterten, Begriffe über die Hoheitsrechte der Reichsstände. Waren einerseits die Grundsätze der ältesten Kirche von einer Gemeinschaft ihrer Mitglieder und von unter diesen bestehenden Gesellschaftsverhältnissen wieder erweckt worden; so wirkten dagegen die herkömmlichen Ansichten von einer hierarchischen Verfassung und der Uebertragung der oberbischöflichen Rechte vom Papste auf den Fürsten als einer Wiedervereinigung bisher getrennter Regierungsgewalt. Und verlieh auch die Macht des Fürsten, so wie das Bedürfniß, bei diesem Schutz gegen so manche Anfeindung zu suchen und der neuen Lehre den unentbehrlichen Vorschub zu verdienen, der letzten Ansicht das Uebergewicht; so durfte doch die erste nicht unbeachtet gelassen bleiben.

Der Sitz der Kirchengewalt war also die fürstliche Rathstube, als dasjenige Collegium, welches unter landesfürstlichem Vorsteh die gesammte Regierung zu besorgen hatte; nur ward erfordert, bei den Verhandlungen der Kirchensachen den Rath eines Geistlichen zu vernehmen. Da nun ein solcher den übrigen Berathschlüssen des Collegiums nicht wohl beizohnen konnte,

---

Württemberg dem Herzog Julius zum Beistand bei der Kirchenverbesserung überlassen, beförderte diese Vereinigung im Einverständnisse mit dem Superintendenten Martin Chemnitz, und schon hatte der Herzog die Bergsche Concordienformel unterschrieben, als die Eifersucht der Helmstädtischen Theologen gegen Chemnitz den Herzog umstimmte und die Sache hintertrieb. Henke, Kirchengeschichte, Zeitraum 8. Abschn. 3. §. 11 — 13.

so bildete sich für die eigentlichen Religions-, die Disciplinar- und kirchlichen Verwaltungs-Sachen eine besondere Deputation der Rathslube, zusammengesetzt aus dem Statthalter, dem Canzler und dem Ober-Superintendenten zu Wolfenbüttel. Immer aber blieben diejenigen Fälle, welche in rechtliche und Staats-Verhältnisse eingreifen konnten, der Berathschlagung und Entscheidung des ganzen Collegiums vorbehalten, nämlich der Mitwirkung sämtlicher Canzleiräthe unterworfen <sup>10)</sup>.

Das Consistorium, wie es damals bestand, war also nur eine Deputation der fürstlichen Rathslube, ein Appendix derselben, nach dem Ausdrücke des Canzlers Schwarzkopf in seinem Bedenken von Einrichtung des *iuris circa sacra* <sup>11)</sup>. Zwar hielt es wegen seiner ge-

<sup>10)</sup> Die Kirchenordnung Herzogs Julius erwähnt in der Rubrik des Capituls des „Consistorii bei unsrer Canzlei“ und sagt im Texte (Ausgabe von 1615, S. 240): „— sollen in dem Kirchenrathe oder Consistorium Statthalter, Canzler und oberster Superintendent zu Wolfenbüttel, so jederzeit sein werden, die oberste Superintendenz haben, und, neben den Andern ihrer ordentlichen Inspection, nicht nur die Ordnung und Execution helfen handhaben, sondern auch, wenn politische Sachen der Kirchen anhängig vorfallen würden, sollen dieselbigen auch vor den politischen Canzleiräthen berathschlagt und verrichtet werden.“

<sup>11)</sup> Es ist in Thomasius juristischen Händeln, Th. II. No. 11. ganz abgedruckt. Um jedoch das Lob, welches Spittler, Gesch. von Hannover, I. S. 349, Note 9 demselben beilegt, gehörig zu würdigen, ist nicht zu übersehen, daß es gegen die Anmaßungen der Hofprediger und Ober-Superintendenten gerichtet ward, die ein geistliches Primat und die Direction in Consistorialsachen in Anspruch nahmen, und also eine Parteilichkeit ist.



sonderten Geschäfte gewöhnlich getrennte Sitzungen, führte eine eigene Titulatur, bediente sich eines besondern Siegels und ward hinsichtlich der Competenz von der Rathstube und dem Hofgerichte unterschieden <sup>12)</sup>, aber noch immer gab es keine weltlichen Rätthe, allein beim Consistorium angestellt, noch immer waren die weltlichen Mitglieder dieser Behörde nur vermöge ihrer Anstellung bei fürstlicher Rathstube ihr zugeordnet, und noch immer mußten gewisse bei ihr vorkommende Angelegenheiten vor der Rathstube selbst, als der eigentlichen vollständigen Behörde, und zwar ohne daß diese darum als eine höhere Instanz betrachtet worden wäre, verhandelt werden <sup>13)</sup>.

Dieses Verhältniß blieb selbst dann bestehen, wenn die das Consistorium bildende Deputation auf einige Zeit ihren Sitz außerhalb der Stadt Wolfenbüttel nahm. Man findet dieselbe nämlich von 1576 bis 1589 in Helmstedt, um bei ihren Berathschlagungen einige Professoren der theologischen und juristischen Facultäten der

<sup>12)</sup> Fürstl. Ausschreiben wegen Handhabung der Kirchenordnung vom 6ten Januar 1593. (Hofger. D. G. 769 und erneuerte Kirch. D. G. 145.), auch Landesherrliche *Declaratio concurrentiam iurisdictionis etc.* v. 18. September 1596. (H. G. D., G. 231.) Im Jahre 1592 brauchte das Consistorium den Titel: *Deputirte Consistorial- und Kirchenrätthe.* Braunschweigische Händel II. 24.

<sup>13)</sup> Die Rathstube besorgte sogar ausnahmsweise eigentliche Consistorial-Sachen, als Schreiben an die Prediger, und regelmäßig die Pfarrbelehnungen, wie z. B. am 6ten Juli 1570, in Gegenwart des Herzogs, vor Canzler und Rätthen mit Dr. Andrea und Dr. Selnecker. Braunschweigische Händel, II. G. 15 u. 79 — 83.

eben daselbst gestifteten Universität zuziehen zu können, und dennoch nahm die fürstliche Rathstube ferner in gleicher Maße Theil an den Arbeiten <sup>14)</sup>. In der Regel behielt aber das Consistorium seinen Sitz in Wolfenbüttel, und waren vor dessen Einrichtung die Prüfungen der Candidaten des Predigtamts in Braunschweig auf dem Blasius-Stifte, in Befolgung der früher von dem Schmalkaldischen Bunde getroffenen Anordnung, durch dessen Decan und den Stadt-Superintendenten angestellt worden <sup>15)</sup>, so fand dieses später nur in Wolfenbüttel vor dem Canzler und den geistlichen Räten statt, die selbst die durch ein Colloquium vom geistlichen Ministerium der Stadt Braunschweig geprüften Theologen einem Examen unterwarfen <sup>16)</sup>.

Die so geordnete kirchliche Behörde zeigte sich aber bald ihrem Zwecke nicht gewachsen. Noch war die Reformation hier im Lande zu jung, die Ueberzeugung seiner Bewohner nicht durchaus im Einklange mit derselben, und so wenig diese durch Machtsprüche bewirkt werden konnte, vermochte man katholische Priester durch Federstriche in evangelische Geistliche zu verwandeln. Nur wenn Fürst und Stände über die Mafregeln, welche zum Ziele führen mochten, sich einigen und die Mißbräuche im Lande selbst sehen und abstellen würden, ließ sich die Befestigung der gereinigten Lehre, eine Erleichterung des Wolfenbüttelschen Consistoriums und die ge-

---

<sup>14)</sup> Des Canzlers Schwarzkopf Bedenken (oben Note 11.) und Braunschw. Handel, I. S. 131.

<sup>15)</sup> Ribbentrop, Beschreibung der Stadt Braunschweig, Th. II. S. 8.

<sup>16)</sup> Rehmeier, Kirchenhistor. III. S. 327, 347 und 349.

hörige Erledigung der vorkommenden Angelegenheiten erwarten.

Diese Ansicht war es, welche den Herzog bestimmte, im Jahre 1573 die sogenannten General-Consistorien oder Consistoria ordinaria anzuordnen <sup>17)</sup>. Wie der altdeutsche Grundsatz, daß jeder nur von Männern seines Standes gerichtet werden könne, auf die Besetzung des Hofgerichts eingewirkt und veranlaßt hatte, demselben Beisitzer aus den drei Curien der Landschaft beizuordnen; so trat auch bei der Bildung der General-Consistorien der alte Begriff von der christlichen Gemeinde in Anwendung. Es wurden nämlich zu den Sitzungen dieser Behörde, welche übrigens aus dem Kanzler mit einem oder mehreren Mitgliedern der fürstlichen Rathstube und dem Ober-Superintendenten und einigen Superintendenten bestand, als Repräsentanten der Landschaft einige Prälaten, einige Mitglieder der Ritterschaft und abwechselnd Deputirte der Städte berufen <sup>18)</sup>. Vier-

<sup>17)</sup> S. das Berufungsschreiben an den Canonicus Müller zu St. Blasius, in Kethmeier's Chron. III. S. 1013 „Wenn Wir aber nun — im Werk befunden und gespürt, daß sich die geistlichen Sachen für bemeltem (den durch die Kirchenordnung eingesetzten) Unserm Consistorio von Tage zu Tage häufen, daselbst auch schwere, wichtige Handel mit einfallen —“ In einem vorhandenen Protocolle über das zu Marienthal am 9ten September 1573 gehaltenen Generalconsistorium erklärte der Vice-Kanzler Dr. Josias: „Illustrissimus Julius — habe — zu besserer Erhaltung der Kirchenordnung hernacher vier Consistoria verordnet.“

<sup>18)</sup> Im Jahre 1573 waren viere aus der Ritterschaft berufen, von welchen jedoch nur Otto von Hohn und Ernst von Pohnrodt sich einstellten. Das Zurückbleiben der Andern ver-

mal im Jahre wurden solche Consistorien gehalten, und zwar abwechselnd in den verschiedenen Districten des Landes in den dazu bestimmten Klöstern, nämlich Umelunxborn, Riddagshausen, Claus bei Gandersheim und Marienthal. Ihr Wirkungskreis war gegen die stehende Behörde, das Consistorium in Wolfenbüttel, nicht scharf begrenzt; wie sie denn vorzüglich zu dessen Erleichterung und schneller Besorgung der vorkommenden Sachen eingeführt waren, und die Befestigung der Reformation und genaue Beobachtung der Kirchenordnung zu bewirken ihnen oblag. Nach dem Inhalte der über einige ihrer Sitzungen noch vorhandenen Protocolle, sind vor den General=Consistorien verhandelt: Ehesachen, Rechtsstreitigkeiten zwischen geistlichen Personen und über Kirchengüter, Universitäts= und Klostersachen, die Präsentation, Besoldung und Prüfung der Prediger, der Bau der Kirchen und geistlichen Gebäude, Disciplinarsachen, selbst Bestrafung liebloser Studenten, und Kirchenbußfälle. Kamem Angelegenheiten vor, welche zugleich den Wirkungskreis der Regierung oder der weltlichen Gerichtsbarkeit berührten, so wurden sie, nach Befinden, entweder an die fürstliche Rathstube allein, oder an das mit derselben verbundene, stehende Consistorium verwiesen <sup>19)</sup>.

---

anfaßte einen Beschluß, der am Rande des Protocolls über die Sitzung vom 1sten März 1573 zu Riddagshausen verzeichnet ward: „Im Ausschreiben der Consistorien hiernächst den Schreibern an die von Adel mit anzuhängen: Da er leiblicher Schwachheit halber möchte verhindert werden, den Nächsten seines Geschlechts an seine statt abzuschicken.“ Ein Beweis, daß es hier lediglich auf ständische Repräsentation, keinesweges aber auf persönliche Eigenschaften abgesehen war.

<sup>19)</sup> In dem General=Consistorium vom 1sten März 1573 an

Die Zeit, wann die General=Consistorien aufgehört haben, kann nicht genau angegeben werden. Wahrscheinlich sind sie allmählig eingegangen, nachdem mit der festen Begründung der Kirchenverbesserung und der völligen Durchführung der in der Kirchenordnung vorgeschriebenen Einrichtungen ihr Hauptzweck sich erreicht fand. Auch wird das stehende Consistorium den vorfallenden Geschäften sich immer mehr gewachsen gezeigt, fremden Beistand bald immer weniger bedurft haben. Mit dem Anfange des siebenzehnten Jahrhunderts werden sie seltener, und sie müssen bald, wo nicht ganz abgekommen, doch großen Theils schon damals außer Obervanz getreten seyn; denn man findet, daß die Landstände auf ihre Fortdauer bis gegen die Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts Anträge gerichtet und landesfürstliche Zusicherungen erhalten haben, zum sichern Beweise, daß die Einrichtung nicht mehr im Gange gewesen ist <sup>20)</sup>.

---

ßerte der Herzog, als von der Absetzung des Predigers zu Neuwerk gehandelt ward, „weil es seine Hoheit anginge, sollte es in der Rathsstube deliberirt und ausgeführt werden;“ und am folgenden Tage erklärte der Kanzler Muehl-  
tin, in Beziehung auf einen vom Pfarrer in Bülten angezeigten Exceß, „achte derowegen dafür nicht unziemlich, daß Illustrissimus ihnen auf der Rathsstube einen Tag angesetzt, und nach Befinden der Verwirkung mit der civili und ecclesiastica poena belegte.“

<sup>20)</sup> Herzogs Heinrich Julius Instruction an seine Rätke zu dem nach Salzthalen auf den 11ten Mai 1605 ausgeschriebenen Landtage, in Ribbentrop, Landt. Absch. I. No. 38, und die Landt. Abschiede von 1619. §. 3., und vom 22sten November 1643. §. 5.

Das stehende Consistorium schritt in dieser Zeit in seiner Ausbildung weiter vor, und nahm an Selbstständigkeit zu, besonders nachdem die Ober-Superintendenten, welche zugleich Hofprediger und fürstliche Beichtväter waren, ihren Einfluß geltend zu machen wußten <sup>21)</sup>. Dr. Basilius Sattler erhielt diese Stellen um das Jahr 1589, und steigerte seine Anmaßungen in demselben Verhältnisse, in welchem Statthalter und Kanzler Nachgiebigkeit zeigten. Er errang hierdurch eine Stellung, welche ihm und seinen Nachfolgern, die jetzt auch Generalissimi genannt wurden, gleichsam ein Territorial-Papstthum in Anspruch zu nehmen gestatteten.

Dieses Verhältniß führte wenigstens eine fortschreitende Sonderung des Consistoriums von der Rathstube herbei. Noch immer aber konnte auf diesem Wege eine gänzliche Trennung beider Behörden nicht bewirkt werden; denn die Veränderung gründete sich nur, bei Connivenz der Regierung, in dem persönlichen Charakter der bei beiden angestellten fürstlichen Bedienten. Und selbst, als während des dreißigjährigen Krieges, wegen der Besetzung von Wolfenbüttel durch kaiserliche Truppen und der dadurch veranlaßten Entfernung des Hofes, das Consistorium seinen Sitz in Braunschweig von 1626 bis 1628, und von 1632 bis 1643 genommen hatte, und sich „Fürstlich Braunschweigsche hinterlassene Consistorial- und Kirchenräthe“ schrieb, blieb die alte gesetzliche Verbindung mit der Rathstube dem Rechte nach ferner bestehen. Denn Kanzler Schwarzkopf, wel-

---

<sup>21)</sup> Der erste Ober-Superintendent und Hofprediger war Dr. Clementius; ihm folgte im Jahre 1570 Dr. Selnecker. Rethmeier, Kirchenhistor. III. S. 331 und 344.

cher in dieser Würde dem Lande von 1646 bis 1665 gedient hat, fand die ursprüngliche Verfassung noch im Gange, und bemerkt in dem früher angeführten Bedenken, §. 22, daß, „so oft es der Sachen Wichtigkeit erfordert, so viel aus Sr. fürstl. Gnaden Canzleiräthen dazu nöthig, ja, oftmals das ganze Collegium mit dazu (nämlich zu den Berathschlagungen der Consistorial=Sachen) gezogen wurden.“ Allein so kräftig dieser Mann für die Beibehaltung der alten Einrichtung kämpfte, so lebhaft er sich zumal den Einschreitungen des Ober=Superintendenten widersetzte, so mußte er doch, und zwar eben dem Brandan Datrius, gegen den sein Bedenken gerichtet war, endlich den Sieg einräumen. Bereits im Jahre 1657 war dieser, damals Stadt=Superintendent in Braunschweig, zum Hofprediger nach Wolfenbüttel berufen, hatte aber den Antrag abgelehnt. Erst im Juni 1662 nahm er den Ruf an, indem er mit solcher Stelle und der des Ober=Superintendenten zugleich das Directorium im Consistorium verband, und später als Ober=Hofprediger, Abt zu Niddagshausen und erster Consistorial=Director starb <sup>22)</sup>).

Nunmehr war die Sonderung vollendet. Der Nachfolger des Datrius im Directorium des Consistoriums, Bussio von Münchhausen, war zugleich Geheimerath und Großvoigt, allein in keiner Verbindung mit der Rathstube oder Justiz=Canzlei, welche inzwischen auch von der Geheimerathstube geschieden und eine bloße Justizbehörde geworden war, und das Consistorium ward seitdem als ein für sich bestehendes Landes=Collegium betrachtet.

---

<sup>22)</sup> Kethmeier, Kirchenhist. IV. S. 619, 633 und 637.

## II.

### Ueber die Titulatur des Adels im Mittelalter, zunächst in den Staaten des Hauses Braunschweig-Lüneburg.

(Zum Theil aus Aufzeichnungen des älteren Geheimenraths von Praun zusammengestellt.)

1. Die Landsassen des alten Herzogthums Sachsen, und des nachmals aus einem Theile desselben gebildeten Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, bestanden aus den freien Gutsbesitzern, welche nach dem Umfange ihres Grundeigenthums und ihrer Stellung bei Heerzügen und Landtagen Dynasten, oder bloß Freie waren, und aus Ministerialen, welche ihre Grundbesitzungen vom Herzoge gegen die Verpflichtung zu Hof-, Kriegs- und Civildienste eingethan erhalten hatten. Jene wurden Nobiles und Liberi, diese Ministeriales und Servi in den alten Urkunden und deren Unterschriften benannt: ein Unterschied, welcher bis zu Ende des zwölften Jahrhunderts genau beobachtet sich findet; so daß alle Urkunden, welche von Herzog Heinrich dem Löwen (gestorben 1195) noch vorhanden sind, die zugezogenen Zeugen, oder im Texte aufgeführten Personen hiernach bezeichnen.

2. Die um jene Zeit eingeführte Ritterwürde änderte diese Benennung in sofern, daß nicht nur ihre Bezeichnung durch das Prädicat Miles hinzukam, sondern



daß hieraus eine eigene Standes-Classe erwuchs. Der hohe Adel, Fürsten, Grafen und Herren mußten diese Würde, wollten sie anders ihrer theilhaftig werden, erst erwerben, und der niedere Adel, die Freien nämlich, wie auch die Ministerialen, waren ebenfalls ihres Erwerbs fähig; und da sie bald zu großem Ansehn kam, auch einen hohen Rang gewährte, so erhob sie die Freien und Ministerialen auf die Stufe des Adels, auf welcher früher ausschließlich der hohe Adel, die Nobiles, standen. Die Bezeichnung Miles ward also der des Nobilis gleich geachtet und verdrängte sie da, wo beide bei derselben Person zusammentrafen; daher auch, wenn in Urkunden nur Herren und Freie, oder auch Ministerialen vorkommen, welche zugleich Ritter waren, Alle vom Herzoge *fideles et dilecti nostri* benannt werden, und die Herren die Bezeichnung Miles nie, eher die angeerbte: Nobilis, bei der Unterschrift hinweggelassen haben. Im entgegengesetzten Falle findet sich der ersterwähnte Unterschied in der Bezeichnung ferner genau beobachtet.

3. In den unruhigen Zeiten, welche der Aichtzerklärung Heinrichs des Löwen und der Auflösung des alten Herzogthums Sachsen folgten, versuchten die Dynasten die Unmittelbarkeit zu erwerben, und bedienten sich, als Zeichen solcher Anmaßung, des Prädicats: *Dei gratia*. Von Gunzel von Wolfenbüttel, Eruchseß, Dapifer bei Kaiser Otto IV., findet sich der Gebrauch dieses Zusatzes zuerst; dann im Jahre 1221 von Balduin von Dalem, Voigt; 1234 von Basilius von Winthausen und Gunzelin von Ofterode, welche nicht einmal Nobiles oder Milites gewesen sind. Mit der Erhebung der welfischen Güter zu dem Herzogthume Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1235 fiel dieser Gebrauch hinweg.

Nach Otto's Puer Tode finden sich jedoch erneuerte Versuche einer solchen Bezeichnung, z. B.

Ao. 1252, Henricus D. Gr. miles de Heimburg;

1253, Johannes de Salder D. Gr. miles in Lichtenberg, dictus marscaleus;

1258, Helmodus D. Gr. nobilis de Plesse;

1273, Henricus de Grubenhagen, D. Gr. marscaleus ducis;

1275, Johannes marscaleus, Johannes Niger, Johannes Lenkenir, D. Gr. Milites dicti de Saldere;

1279, Burchardus miles et Luthardus, fratres, D. Gr. nobiles de Meinersen;

1281, Ludolfus D. Gr. miles de Cramme;

1287, Henricus et Walterus D. Gr. milites dicti de Dorstadt;

1308 et 1312, Ludolfus D. Gr. nobilis de Werberge.

Nach dem großen Interregnum kam dieser Gebrauch ab, welcher vielleicht zuletzt weniger einen Anspruch auf Unmittelbarkeit angedeutet haben, als eine Nachahmung der reichsfreien Dynasten und der Prälaten gewesen seyn mag, die eine solche Bezeichnung in Hinsicht auf ihre Unabhängigkeit von der weltlichen Obrigkeit angenommen haben werden, und sich derselben noch länger, sogar bis in's funfzehnte Jahrhundert bedienten.

4. Schon damals nannten sich die Nobiles, sie mochten Milites seyn oder nicht, zugleich Herren, Domini, wie u. A.

1288, Henricus dominus in Homborch;

1298, Bodo miles et dominus in Homborch;

wo freilich nicht bloß die Standesbezeichnung, vielmehr auch nach dem später allgemeiner gewordenen Gebrauch, sich nach dem Grundbesitze zu benennen, zugleich dieser mag haben ausgedrückt werden sollen.

5. Die Collectivbenennung der Landsassen war zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts z. B. in einer von den Herzögen Otto und Albrecht anno 1293 ausgestellten Urkunde bald *nobiles et ministeriales*, bald *Barones et fideles nostri*.

6. Die Ritter besonders, da sie gleichen Rang mit den Herren, den *nobilibus*, in Anspruch nahmen, nannten sich einander, auch wo es keine Dynasten betraf, *nobiles*, wie in einer Urkunde von 1256 Bertram von Beltheim die von Campen, von Weserling und von Ambleben *nobiles milites* benennt. Ja, selbst die Herzöge gaben den Rittern, auch dann, wenn sie nicht zum Herrenstande gehörten, nicht nur den Titel: *strenui et honesti viri*, sondern auch *domini*, wie Urkunden von 1274 und 1277 ersehen lassen, und *nobiles*, wie z. B. Herzog Albrecht anno 1299 dem Hanno von Heimburg gethan hat. Seitdem schrieb sich dieser, z. B. anno 1305 und 1318: *Anno miles Nobilis de Heimburg*.

Es blieb hiernach zwischen den Personen des Herrenstandes und den Rittern aus der niedern Classe kein anderer Unterschied, als daß der Adel, die *Nobilitas*, der Lehern nicht erblich, vielmehr persönlich und von der erst zu erwerbenden Ritterwürde abhängig war, daher auch die Benennung: Junker, junger Herr, *domicelli*, nicht den Söhnen der Ritter, vielmehr nur denen der Familien des hohen Adels, selbst der Fürstlichen Häuser, beigelegt ward. Die Ritter schrieben in Folge

dieser persönlichen Gleichstellung mit dem hohen Adel sich selbst Herren, z. B. anno 1330: *Ed Herr Johann der eltere, Ed Herr Johann und Ed Herr Borchard von Saldere, Ritter, und da zugleich die Benennung nach dem Grundbesitze hinzugefügt zu werden begann, z. B.*

anno 1332, *Baldevinus miles de Wenden, dominus Castri Dalem;*

anno 1344, *Hildebrandus miles de Ovesvelde, dominus in Bertensleve,*

so ging hieraus die jetzige Benennung des niedern Adels hervor.

7. Die Ministerialen, welche durch die auch ihnen offenstehende Ritterwürde sich empor gehoben sahen und, selbst wo diese Würde noch nicht erlangt war, als von ritterlicher Abkunft, *ex genere militari*, sich ausgezeichnet und gleicher Ehre fähig erachteten, fanden nunmehr die Benennung: Ministerialen, anstößig und vermieden dieselbe ganz.

Wer von ihnen noch nicht Ritter geworden war, betrachtete sich als dazu berufen, und nannte und schrieb sich Knecht, Knapp, *famulus*: eine Benennung, welche übrigens auch Personen vom Herrenstande, so lange sie noch nicht die Ritterwürde erlangt hatten, von sich gebrauchten. So findet sich in einer Urkunde vom Jahre 1303:

*Burchardus et Luthardus milites, Luthardus et Conradus famuli, dicti de Meinersen,* welches eine Dynastenfamilie war.

anno 1313, Herr Bertram von Beltheim, Herr Rudolf von Weserling, Herr Rudolf von Tercsem, Herr Jan von Umblebe, die ehrhafte Rit-

tere; Gevehard der edle von Werberge, Bertram und Heinrich von Veltheim, Knechte.

Ferner folgende Beispiele von Ministerialen, die sich als Knechte benennen:

anno 1339, Jan von Rössing, Knecht, des Gerichts zu Dörnten Richter und Voigt;

anno 1346, Johannes, dictus Papestorff *marscaleus*, et Bertramus de Veltheim *consiliarius Ducis, famuli*.

8. Bei Errichtung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1235 ertheilte der Kaiser den Herzoglichen Ministerialen gleiche Rechte mit den Ministerialen des Reichs <sup>1)</sup>; ein Vorrecht, welches in gleicher Maße den Dienstmannen in dem neugeschaffenen Herzogthume Oesterreich im Jahre 1156 beigelegt worden war. Auch diese Bevorzugung erhöhte die Stellung der Braunschweigischen Ministerialen, da es übrigens angenommen war, daß nur die Reichsdienstmannen dem Herrenstande sich anschließen konnten. Die Herzöge beförderten diese Annäherung, und bald verschwand der Name Ministerialen ganz, indem man dafür die Benennung: *Officiatus* und *consiliarius* in Hinsicht auf Hof- und Civildienste brauchte, während bei Kriegsdiensten bereits die Bezeichnung *miles* und *famulus* eingeführt worden war. Als Herzogliche Räthe, *consilarii ducis*, kommen vor:

anno 1254, Conradus de Dorstadt, *fratres*

---

<sup>1)</sup> Die Worte des Lehnbriefes lauten hierüber so: „Caeterum Ministeriales suos (si ducis) in Ministeriales Imperii assummentes, eidem concessimus, eosdem ministeriales juribus illis uti, quibus Imperii Ministeriales utuntur.“

de Meinersen, Hermannus de Werberge, Baldewinus de Hertesberge, Jusarius Pincerna, Heino de Wenethen, Gerehardus de Bortfelde, Ludolfus de Honlage;

anno 1255, Borghardus de Asseborg, Ludolfus de Wenden; Ludolfus de Weferlinge, Henricus de Werle, milites et consules ducis.

Und Beispiele, daß auch die Erbbeamten nicht mehr ministeriales, sondern officiiati benannt werden, finden sich

anno 1322, von Jordanus de Nendorph Pincerna Ludegherus de Garstebutle Dapiver und Henricus de Uttesse Camerarius.

9. Die Collectivbenennung der Landsassen war, bis zu Ende des funfzehnten Jahrhunderts, die alte geblieben, nämlich Mannen oder Mannschaft, wie z. B. in der Bestätigung der Landschaftlichen Privilegien von Herzog Wilhelm dem Jüngern, von 1487: „veste Manschop,“ und in einem Vertrage desselben Herzogs mit der Landschaft auch von 1487 über Haferbeden u. d.: „De prelaten unde manen“ <sup>2)</sup>.

Zum ersten Male heißt es in Herzogs Heinrich des Ältern Landesordnung, wegen Gerichte, Bölle u. s. w. vom Jahre 1498: „vnserre Prelaten, Ridderschop und Steden“ <sup>3)</sup>; und diese Benennung ist seitdem beibehalten, obwohl sich auch, wenn gleich selten, findet, daß Grafen und Freiherrn von den übrigen mit dem

<sup>2)</sup> Abgedruckt in Ribbentrop, Landt. Abich. I. C. S. u. 11.

<sup>3)</sup> Ebendas. C. 12.

Namen Ritter bezeichneten Adel unterschieden worden sind <sup>4)</sup>.

10. Von nun an verliert sich der Glanz der alten Ritterwürde. Da dieselbe keine Erhebung in die höhere Classe des Adels ferner bewirkte, und der niedere Adel, vermöge Geburtsrechts, den Ritterrang ansprechen konnte, war kein Grund mehr vorhanden, jene Würde als eine persönliche Auszeichnung erst zu verdienen, und das letzte Beispiel, was sich in hiesigen Urkunden davon findet, ist von den Jahren 1512 und 1513, wo Hilmar von Steinberg und Barthold von Rautenberg, als Knappen, und Hans von Steinberg als Ritter unterzeichnet haben.

11. Mit dieser persönlichen Ritterwürde verliert sich aber zugleich auch die Benennung: Herr, welche von jetzt an weder die Unterschriften der Urkunden enthalten, noch den Mitgliedern des niederen Adels, oder der Ritterschaft in corpore, von den Herzögen beigelegt, sich findet. Dagegen nehmen nunmehr die Mitglieder des Deutschen und des Johanniter-Malteser-Ordens, die sich vormals blos Brüder nannten, die Benennung: Ritter, als die Bezeichnung einer persönlichen Würde, an.

---

4) S. Heinrich des Jüngeren Anschlag wegen der Türkensteuer von 1542, bei Ribbentrop a. a. D. S. 43.

---

### III.

## Ueber die Steuerbarkeit der Stifter und Klöster und den Grund ihrer Veranlagung im Herzogthume Braunschweig.

---

Die neue Gesetzgebung über die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben <sup>1)</sup>, veranlaßte die Untersuchung über den Grund der Veranlagung der Stifts- und Klostergüter; indem von denselben, außer gewissen Beiträgen zu den in die Landrenterei-Casse gezahlten Schakungen, auch herkömmlich feststehende Summen unter dem Namen der Contribution in die Kriegs-Casse abgeführt waren, jene Güter also den pflichtigen beigezählt werden zu müssen schienen, und dennoch sich über ihre Veranlagung keine Cadaster vorfanden, noch auch der Betrag der von ihnen bezahlten Contribution mit demjenigen zutraf, was sie nach Grundlage des gemeinen Contributionsfußes würden zu entrichten haben. Da die Ausführung jener Verordnung nicht nur die Veranlagung der früher eximirt gewesenen Güter gegen Relution, sondern auch die Berichtigung der Cadaster mit Heranziehung bisher übersehener Grundstücke erforderte; so mußte nothwendig die Basis jener Contributionssiren ermittelt werden, um abnehmen zu können, in wiefern das Stifts- und

---

<sup>1)</sup> Verordnung v. 29sten October 1821 (14.)



Klostergut vollständig und gehörig zur Contribution beschrieben, oder übersehene Parzellen noch nachzutragen wären. Auch vermehrte sich die Schwierigkeit, da sich ergab, daß bei den früheren Berichtigungen der Cadaster das Klostergut nicht nur nicht mit angelegt, sondern diejenigen Grundstücke unveranlagt gelassen waren, welche von selbigem erblich ausgethan sich gefunden hatten, hierin also eine Exemption desselben angenommen zu seyn schien. Die Untersuchung der archivalischen Nachrichten über die Besteuerung der Klöster und Stifter hat zu dem nachstehenden Ergebniß geführt.

Wenn die Geschichte unserer Steuern durchgegangen wird, so finden sich vielfältige Spuren, daß die Prälaten, in Ansehung auf die Besteuerung, gleich der Ritterschaft von demjenigen Theil der Landeseinwohner, welcher sonst der contribuablen genannt ward, gesondert worden ist, hingegen kein Merkmal, daß dieselbe in Ansehung des Fußes der Veranlagung mit dem Bauernstande gleich behandelt worden wäre. Eben hierin bestand aber der Begriff der Exemption, welche nicht eine uneingeschränkte Befreiung von Staatslasten, vielmehr nur einen Unterschied in der Veranlagung und eine indirecte Erleichterung, als Folge dieses Unterschiedes, andeutet. Denn die Pflicht war an sich allgemein und als solche nicht bestritten; allein indem ursprünglich nur geringe und einfache Abgaben aufzubringen waren, diese aber auf die Hinterlassen vom Gutsherrn angewiesen wurden, so ging hieraus die Exemption hervor. Die vormals noch der gutsherrlichen Willkür überlassene Stellung der Gutsleute glich die Sache aus, weil die Belastung der letztern auf den Gutsherrn zurückwirkte, welcher den Zins nur steigern konnte, so weit die Staats-

abgaben es zuließen, und also die letztern indirect entrichtete. Nachdem jedoch die Pflichten und Rechte der Hintersassen gesetzlich sicher gestellt und bestimmt waren, konnten die denselben auferlegten Steuern auf die Bestimmung der gutherrlichen Abgaben ferner nicht mehr einwirken, und der Gutsherr trug seitdem zu den Staatslasten nur insofern bei, als er unmittelbar steuerte. Die Abgaben wurden fortan in dem Verhältnisse, als die schon einmal verwilligten zu erneuern waren, ferner vom Bauernstande, dem eben in solcher Hinsicht jene Beschränkung der Rechte des Gutsherrn zugesprochen worden, getragen: hingegen wegen des neuern Zuwachses an Steuerverwilligung mußten Prälat und Ritter eine angemessene Quote übernehmen, um deren Bestimmung es sich dann handelte, und in deren Aufbringung auf unterschiedenem Wege der Exemte den Schein der alten Freiheit zu bewahren strebte <sup>2)</sup>).

- 
- 2) Der von den Grenzen Nieder-Sachsens glücklich abgewandte Bauernkrieg hatte auf den Druck, dem der Landmann unterlag, und die Nothwendigkeit, auch ihn gesetzlich zu schützen hingewiesen. Heinrich der Jüngere sann daher schon auf eine Sicherung der Stellung des Bauernstandes, und obwohl seine Polizeiordnung von den Ständen nicht angenommen ward, so bereitete sie doch vor, was sein Sohn Julius durch fortgesetzte Unterhandlungen mit den Ständen in's Leben rief, und Heinrich Julius zu Stande brachte, durch den Landtagsabschied von 1597. Es war dieses ein Fortschritt, wie er noch jetzt, nach so langen Jahren der Aufklärung, vielen Ländern zu thun verbleibt. Denn die große Mehrzahl des Bauernstandes, die Meier, bis dahin gleich den britischen farmers, bloße Zeitpächter, erhielten damals ein Erbrecht an ihrem Besizthume, was dem Eigenthumsrechte sehr nahe steht, und die Gutsherrn opferten dem allgemeinen Wohl einen

Da vormalß zu den Kriegslasten Jeder durch persönlichen Dienst beitrug, so fanden dafür keine Abgaben Statt. Nur wenn der Landesfürst Schulden gemacht hatte, verpfändetes Cammergut einzulösen, der Herzog wohl selbst aus Kriegsgefangenschaft zu befreien war, trat gemeine Landschaft hülfreich hinzu und deckte den eingetretenen Mangel durch Landbeden, für deren Aufbringung sich bald ein bestimmter Fuß herkömmlich bildete; so daß eine Bede auch wohl das Simplum einer gewöhnlichen Steuer bedeutete. Mit dem Anfange des 16ten Jahrhunderts mußte jedoch die alte Freiheit der neuen Pflicht, selbst in der Benennung der Abgaben, weichen. Wo früher Hülfe erbeten war, ward jetzt der Bedarf verlangt, und aus den Beden wurden Schatzungen. Nach den wandelbaren finanziellen Ansichten und den wechselnden Bedürfnissen der Zeit kamen mehrere Arten der Schatzungen in Gebrauch. Die gewöhnliche und umfassendste aber, nach der Anlage der alten Landbede gebildet, der Land- und (damalige) Schefelschatz, blieb ausschließlich eine Obliegenheit des lastbaren Theils der Unterthanen, des Bauernstandes <sup>5)</sup>; wogegen Prälaten, Ritter und Städte, als auch von ihnen unmittelbare Beiträge übernommen werden mußten, sich durch gewisse, von einer jeden der drei, diese Stände

---

namhaften Theil ihres unbestrittenen Vermögens. Der Wirkung nach eine liberale Revolution!

<sup>5)</sup> Schon im Jahre 1509 findet sich, daß zur Aufbringung einer Fräuleinsteuer, neben der von Prälaten und Städten zu zahlenden Beisteuer, drei halbe Landschatzungen vom Bauernstande zahlbar verwilligt worden sind. Braunschw. Handel, I. S. 234.

vertretenden, Curien besonders behandelte und bewilligte Summen löseten. Diese erhielten den Namen der Taren, und wurden in jeder Curie durch Uebereinkunft unter sich vertheilt und aufgebracht; ohne daß dabei ein vorgeschriebener, oder der für den Landschatz befolgte und einzig auf den Bauernstand berechnete Veranlagungsfuß, als gesetzlich nothwendig untergelegt worden wäre \*). So der Ursprung der

### Klostertaxe.

Die sogenannte Schatzordnung Herzogs Heinrich des Jüngern, das Ausschreiben nämlich vom 10ten September 1557 \*) erklärt daher „die Prälaten und Klostergüter, so ihren Tact in die Landsteuer (d. h. die Klostertaxe zu dem Landschätze, oder in die Landrenterei) geben,“ vom Scheffelschätze frei, und erwähnt „der Prälaten eigene Schaafse“ als vom Schaaffschätze befreit. Die eigentliche erste Schatzordnung von 1619 bestätigt der Prälaten Freiheit vom Schaaffschätze, wendet, wie der dafür verordnete Veranlagungsfuß ersieht, den Landschatz bloß auf die Unterthanen des Bauernstandes an, belegt die, von den Exemten eingezogenen, sonst pflichtig gewesenen Grundstücke, indem sie dieselben vom Land- und Hufenschätze befreiet, statt dessen mit einer

\*) Der Zeitpunkt, wann diese Taren entstanden, ist nicht näher zu bestimmen. Sie finden sich im Jahre 1530 als schon bestehend bei einer dem Herzoge Heinrich dem Jüngern auf 6 Jahre verwilligten Beihilfe zur Tilgung gemachter Schulden, ohne jedoch über die Summe und deren Vertheilung Aufschluß zu geben. S. auch Braunschw. Handel, I. S. 227, 229 und 251.

\*) Ribbentrop, Landt. Absch. I. S. 50 u. 52, auch Bode, Beiträge zur Geschichte des Herzogth. Braunschweig, Anl. 1.

besondern, etwas geringern Abgabe und verordnet endlich über die Kloostertaxe mit Beziehung auf deren alten Verlauf.

Der Betrag der Kloostertaxe, im Ganzen seiner Veranlassung gemäß schwankend, mußte bald in Ansehung des Verhältnisses der Beiträge eine Bestimmung erhalten. Von einer ausdrücklichen Uebereinkunft in der Prälaten-Curie über die Vertheilung der Taxe findet sich keine Nachricht; wohl aber ergeben die Akten, daß die Occupation des Landes durch den Schmalkaldischen Bund (von 1542 — 1547) einen großen Druck über die Stifter und Klöster gebracht hat, und deren Taxe damals auf 8000 Gfl., das Stück zu 30 Groschen gerechnet, gebracht ward, obwohl die der Städte nur 6000 Gfl., nämlich für Braunschweig 3000 und die übrigen kleinen zusammen ebensoviel, betragen hat; daß aber nach Herzogs Heinrich des Jüngern Herstellung durch den Landtagsabschied vom 29sten October 1548 jene Taxe auf 2000 Gfl. festgesetzt worden ist, welches für die, nach Abrechnung der Hildesheimischen Klöster, noch verbleibenden Stifter und Klöster <sup>6)</sup> überhaupt 1415  $\frac{1}{2}$  Gfl. und für jedes einzelne nachbemerkten Ansaß, als vermöge eines hergebrachten Verhältnisses bestimmt, ergeben hat: für

Kiddagshausen . . . 229 Gfl. — Gr.

---

<sup>6)</sup> Die Klöster St. Lüdgers vor Helmstädt und St. Crucis vor Braunschweig sind nicht taxirt; jenes herkömmlich befreiet und später vermöge des im Jahr 1654 mit dem Abte zu Werden eingegangenen Vertrages dabei bestätigt; dieses als der Stadt gehörig betrachtet und von dieser damals in ein Hospital verwandelt.

St. Blasius . . . .	229 Gfl. — Gr.
Gandersheim . . . .	125 = — =
St. Aegydii, Amelunx- born, St. Cyriacus und Marienthal, jedes . .	114 1/2 = — =
St. Lorenz . . . .	100 = — =
Stedterburg . . . .	93 = 22 1/2 =
Marienberg . . . .	58 = 7 1/2 =
Königslutter . . . .	50 = — =
Frankenberg u. Glus, jedes	16 1/2 = — =
Kemnade u. St. Marien in Gandersheim, jedes .	12 1/2 = — =
Brunshausen . . . .	14 1/2 = — =

Die Taxe ist bald darauf erhöht worden 7), sich

7) Denn schon im folgenden Jahre, Landt. Absch. zu Wolfenbüttel v. 1549, 14. Mai, übernahmen die Stifter und Klöster, gleich den Städten, eine Taxe von 10,000 Rthlr. jährlich, welche jedoch der Herzog den erstern, bis auf den alten Betrag, wie sie vor seiner Vertreibung angelegt gewesen, im Ausschreiben vom 15ten October d. J. nachließ.

Im Jahr 1627 kam an Klostertaxe, zugleich von der vom Hildesheimischen mit Wolfenbüttel damals vereinigten Stiftern und Klöstern überhaupt auf 6513 Rthlr. und waren dazu angesetzt:

Gandersheim, Abtei und Capittel	500 Rthlr.
St. Blasii . . . . .	458 —
St. Cyriaci . . . . .	150 —
St. Aegydii . . . . .	200 —
Königslutter . . . . .	200 —
Riddagshausen . . . . .	916 —
Marienthal . . . . .	458 —
Amelunxborn . . . . .	458 —
Glus . . . . .	66 —

aber nicht gleich geblieben. Der durch die Schmalkaldische Occupation und den dreißigjährigen Krieg herbeigeführte Nothstand der Klöster bewirkte, daß im Jahre 1682 in Fürstl. Geheimer Rathstube mit dem landschaftlichen Ausschusse und den einzelnen Stiftern und Klöstern gehandelt, und den mehrsten derselben vorerst auf 5 Jahr ein Ablass der Laxe bewilligt ward (resolutiones Serenissimorum vom 2ten Mai 1682). Diese Unterhandlungen ergeben, daß der vorbemerkte alte Ansaß von 1548 in seinen Verhältnissen gänzlich abgängig geworden und bei mehreren Klöstern etwa verdoppelt, bei einigen hingegen bestehen geblieben war, und daß man, ohne Berücksichtigung des Grundbesitzes oder irgend eines durchgehenden Vertheilungsfußes, bloß nach der damaligen finanziellen Lage der Klöster die Ansätze gemacht und Nachlaß ertheilt hat <sup>8)</sup>. Man setzte nämlich damals

---

St. Lorenz . . . . .	200	—
Marienberg . . . . .	200	—
Stedterburg . . . . .	375	—
Frankenberg . . . . .	66	—
Brunshausen . . . . .	58	—
Kemnade . . . . .	50	—
St. Marien vor Gandersheim .	50	—

(Aus der Landesmatricul von 1627 im Landschaftlichen Archive gezogen. S. Auffaß Nro. 6.)

<sup>8)</sup> Schon vor dieser Zeit scheint bei Bestimmung der einzelnen Beiträge zur Klostertaxe eine feste Grundlage gefehlt zu haben; denn die Ansätze zur Matricularsteuer nach der Landesmatricul vom Jahre 1627 (S. die vorstehende Note) stimmen in ihrem Verhältnisse keinesweges zu dem Verhältnisse jener Beiträge ein. Z. B.

Amelunxborn	von 229 Rthlr.	auf 200 Rthlr.		
St. Lorenz	= 100	=	= 60	=
Stedterburg	= 187 $\frac{1}{2}$	=	= 150	=
Marienberg	= 100	=	= 40	=
Brunshausen	= 29	=	= 27	=
Cluß	= 33	=	= 20	=
Marienthal	= 229	=	= 150	=
Frankenberg	= 33	=	= 25	=
Königslutter	= 100	=	= 80	=
Riddagshausen	=		400	=

Der jetzige Anschlag ist bei einigen Klöstern bald nachher wieder erhöht worden, bei andern aber der damals ermäßigte geblieben, und so, seit langen Jahren unverändert, als ein Fixum erhoben. Da der Klöster Ertrag nachmals in eine gemeinschaftliche Cassé gezogen und deren Ueberschuß verfassungsmäßig zum Besten des Staats zu verwenden ist, so fiel der Grund hinweg, dieselben zu den Lasten des Landes nach Verhältniß und stärker heranzuziehen. Die auf diese Weise hergebrachten einzelnen Beiträge zur Kloostertaxe, wie sie mit den Schatzungen überhaupt von der frühern Erhebung durch den Herzog auf die Landschaftliche Cassé übergegangen sind, bestehen in folgenden:

---

Gandersheim ist zu	6 Rthlr.	—	Ggr.
St. Blasii	17	=	17
St. Cyriaci	8	=	8
St. Aegydii	3	=	—
Königslutter	3	=	3
Riddagshausen	18	=	18
Marienthal	12	=	12

u. s. w. angelegt.



Von St. Blasius und

St. Cyriacus gemein-

schaftlich . . . . 117 Rthlr. 21 Ggr. 3 Pf.

Stedterburg . . . . 187 = 12 = — =

Königslutter . . . . 100 = — = — =

Amelunxborn . . . . 200 = — = — =

Brunshausen . . . . 27 = — = — =

Claus . . . . , 20 = — = — =

Frankenberg . . . . 25 = — = — =

Kemnade . . . . 25 = — = — =

St. Lorenz . . . . 85 = — = — =

Marienberg . . . . 60 = — = — =

Marienthal . . . . 90 = — = — =

Riddagshausen . . . 458 = — = — =

Wenn der Scheffelschatz durch die Klostertaxe mit übertragen ward, und solcherhalb die Stifter und Klöster davon befreiet waren (Herzogl. Ausschreiben v. 10ten September 1557), so fand dieses früher in Ansehung des Zehntschazes nicht Statt, vielmehr mußte derselbe, vermöge seiner Ausschreibung durch die Verordnung vom 31sten Januar 1615 und vom 1ten Juli 1619, von allen Unterthanen, mit alleiniger Ausnahme der Pfarrzehnten und zehntfreien Pfarracker, abgeführt werden, bis zuerst mittelst Herzogl. Resolution vom 23sten Jul. 1711 den Stiftern, Klöstern und der Noblesse diese Abgabe erlassen und diese Exemption in der neuesten Schakordnung von 1719 bestätigt ward.

#### Die Contribution

ist von den Schakungen überhaupt und also auch von der Klostertaxe dem Ursprunge und Zwecke nach ganz verschieden. Wenn nämlich die Schakungen zum Tilgungsfonds und zu der Verzinsung der von den Stän-

den übernommenen Landesfürstlichen Schulden bestimmt waren; so entstanden mit der, in der Art der Kriegsführung eingetretenen Veränderung neue, bisher noch nicht gekannte Staatsbedürfnisse, welche durch andere Auflagen gedeckt werden mußten. Denn statt der dem Herzoge auf dessen Aufgebot folgenden Mannen, welche sich selbst bewaffnen und zum Theil auch erhalten mußten, wurden jetzt geworbene und besoldete Krieger erfordert, und bei Reichskriegen mußte für gemeinschaftliche Kosten eine Reichscasse gefüllt werden, auch führte die neue Einrichtung des Reichs zur Durchführung des Landfriedens, nach der Landfriedenordnung vom 7ten Aug. 1495, nämlich die Gerichts- und Kreisverfassung, ebenfalls Ausgaben herbei. Bei diesen aus dem Reichsverbande hervorgehenden Auflagen ward wiederum von der durchgehends gleichen Verpflichtung jedes Staatsbürgers ausgegangen, und da an Reichsanlagen wenigstens die Kammerzieler ununterbrochen abgeführt werden mußten, auch mit dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts im Fürstenthume Braunschweig, Wolfenbüttelschen Theils, ein Militär-Etat eingeführt ward, in Ansehung dessen dieselben Grundsätze, wie bei den Reichs- und Kreislasten Anwendung fanden <sup>2)</sup>, so war das Bedürfniß stehend, und es bildete sich bald, nämlich im Jahre 1532, ein fester, obwohl in der Anwendung öfters Revisionen unterworfenen Fuß der Veranlagung, die sogenannte Landesmatricul, sowohl für die Kosten des Militärs, als für Aufbringung der Reichsanlagen. Was für diesen Zweck aufzubringen war, wurde nach einer entsprechenden Anzahl „Monate einfachen Römerzuges,“ als den

<sup>2)</sup> Vergl. den Jüngst. Reichs-Absh. Art. 180.

Matricularsimplen, ausgeschrieben, und unter der Benennung der gewöhnlichen („ordinari“) Contribution von Jedermann, bis sich die Ritterschaft davon zu erimiren gewußt, abgeführt. Es kam jedoch anfänglich dabei der Unterschied in Betracht, daß der Militär-Ausschuß, dieses war der damalige Name für die Landwehr, so lange nur von seiner Einübung während des Friedens die Rede war, auf Kosten Derjenigen unterhalten werden mußte, welche die Mannschaft zu stellen hatten, nämlich auf Kosten der Städte und des Bauernstandes; daß aber bei ernstlichem Gebrauche die Kosten von den gemeinen Steuern bestritten wurden <sup>10)</sup>.

Dieser Abgabe, der ordentlichen Contribution, den Ausdruck nach dem Wortverstande und im damaligen Sinne genommen, war die Prälatur nach einem Verhältnisse unterworfen, welches im Jahre 1532, zu dem vom ganzen Lande aufzubringenden Simplum von 763 Rthlr. derselben einen Beitrag von 157  $\frac{1}{2}$  Rthlr. auferlegte, im Jahre 1569 aber, nach damaliger Revision des Anschlages, auf 148 Rthlr. 3 Ggr. bestimmt ward, später, in den Jahren 1643 und 1656 weiter herabgesetzt, nur 98 Rthlr. 1 Ggr. 6 Pf. ausmachte, und endlich, Anfangs des vorigen Jahrhunderts, zu 35 Rthlr. 2 Ggr. 11 Pf. festgesetzt sich findet. Diese Ermäßigung war eine Folge des gesunkenen Vermögenszustandes der Klöster, nicht aber einer Veränderung des Veranlagungsfußes. Vielmehr blieb dieser unerwogen: wie es denn dabei nur auf die Bestimmung des Verhältnisses der verschiedenen Abtheilungen der Contribuen-

<sup>10)</sup> S. Pandt. Absch. v. 6. März 1607. §. ult. E. K. v. 12. Aug. 1607 und E. K. v. 28. Jul. 1617.

ten, nämlich der Prälatur, Ritterschaft, Städte und Landleute ankam.

Die Abgabe selbst war weniger eine Grundsteuer, als eine das gesammte Vermögen der Unterthanen treffende Auflage, die freilich gewöhnlich die Natur der ersten annahm, weil damals ausstehende Capitalien selten waren und der Hauptstamm des Vermögens in Grundeigenthume bestand; ein Fall, der beim Bauernstande fast ohne Ausnahme eintrat. Zu Anfange des siebzehnten Jahrhunderts wurden Kornzinsen mit 5 Ggr. vom Scheffel, Geldzinsen aber, worunter auch Capitalzinsen begriffen wurden, mit dem zehnten Theile zur „ordinari Contribution“ angesetzt und versteuert; welches nicht nur die Richtigkeit obiger Voraussetzung über die Natur und den Gegenstand der Anlage, sondern auch den Grund angiebt, warum die Verarmung der Klöster die Herabsetzung ihrer Quote bewirkt haben wird. Die Vertheilung dieser Quote unter die einzelnen Klöster scheint übrigens nur früher in Beziehung auf den näher ermittelten Vermögenszustand derselben gegründet worden zu seyn, später aber sich darüber ein Herkommen gebildet zu haben.

So wie man im Jahre 1619 nöthig gefunden hatte, dem Landschaze für die Landleute eine berichtigte Grundlage zu geben <sup>11)</sup>, so trat ein Gleiches auch in

---

<sup>11)</sup> Wenn nämlich früher ein Fixum für jedes Dorf bestand und die Subrepartition der Ortsobrigkeit überlassen war, wie solches noch bis in die neuern Zeiten im Hildesheim'schen und Calenberg'schen der Fall gewesen ist; so führte die Schatzordnung von 1619 hierunter eine wesentliche Veränderung ein, indem der einzelne Hofbesitzer, statt der ganzen Gemei-

Ansehung des Matricularanschlages ein, allein bloß für den Bauernstand. Denn hinsichtlich der Prälatur und Ritterschaft ward es bei dem hergebrachten Fuße gelassen; wie es denn bei diesen weniger, als beim Landmanne, nöthig sich erwies, durch eine vorsichtige und schonende Veranlagung für künftige Beitragsfähigkeit zu sorgen, das öffentliche Wohl also zunächst nur bei diesem mit den Berechnungen finanzieller Vorsicht zusammentraf. Der Matricularanschlag des Landmannes ward daher auf dem Grunde der, im Jahre 1628 beendigten, bloß den Bauernstand betreffenden Landschazrolle berichtigt; bis endlich auch diese unzureichend sich erwies, und man zur Einführung des, noch gegenwärtig bestehenden Contributionsfußes von 1683 schritt. Dieser neue Contributionssfuß ist übrigens nichts anders, als eine verbesserte Anwendung der bei der Landschazrolle befolgten Grundsätze, einzig für den Landmann und die bäuerlichen Verhältnisse bestimmt. Daher die Instructionen über die Ausarbeitung und Berichtigung der Contributionsbeschreibungen die Grundbesitzungen der Stifter und Klöster, sie den Gütern der Ritterschaft gleichstellend, von der Veranlagung ausgenommen haben und ausnehmen mußten <sup>12)</sup>; wie sie denn ferner nach dem für sie

---

ne, zum unmittelbar Pflichtigen gemacht, und die Abgabe auf bestimmte Gegenstände des ländlichen Besitzes und Gewerbes gegründet ward. Zu diesem Zwecke nahm eine aus fürstlichen und ständischen Deputirten gebildete Commission eine genaue Beschreibung des Landes auf. Später, nämlich im Jahre 1624 wurde der Gesamtbetrag des aus einem Dorfe erfolgenden Landschages wieder als ein Fixum betrachtet und unter dessen Bewohner vertheilt.

<sup>12)</sup> Instruction, vom 28. September 1677, §. 3., vom 30.

hergebrachten Fuße, wiewohl gleichfalls unter der Benennung der Contribution, herangezogen wurden.

Seitdem finden wir die Steuerpflicht der einzelnen Stände folgendermaßen bestehen.

Der Ritterschaft war es geglückt, den gewöhnlichen Staatslasten sich ganz zu entziehen. Sie steuerte nur zu den außerordentlichen, als den Reichs- und Kreisanzügen, der Fräuleinsteuer u. nach dem alten Matricularanschlage und einer zu dessen Subrepartition besonders angelegten, der sogenannten Rittermatricul, einer Berücksichtigung der alten Landesmatricul, soweit solche Ritterschaft und Erbsassen betroffen hatte.

Die Städte zahlten in die Landrenterei die Städte-taxe und den Schaaffschaz, wie auch den Zehntschaz; in die Kriegssasse aber die Contribution nach einer den städtischen Verhältnissen angepaßten, und in den einzelnen Städten verschiedenen, Veranlagung, etwas von dem für den Bauernstand verordneten Contributionsfuß abweichend. Nur für Braunschweig und Wolfenbüttel fand eine andere Besteuerung Statt, indem diese Städte keine Contribution, dagegen aber Accise und Service entrichteten. Der Bauernstand bezahlte die Contribution nach dem dafür bestimmten Fuße vom Jahre 1683.

Die Prälatur endlich hatte ihre Beiträge nach dem herkömmlich festgesetzten Verhältnisse und unter dem Namen Contribution abzuführen.

Bei der Entwicklung dieses Besteuerungssystems ward zwar angenommen, daß die Stifter und Klöster,

ihrer Verpflichtung nach, zu den gemeinen Staatslasten beizutragen hätten, und das ist es, was im Landtags-Abschiede vom 10ten October 1682, Art. 17. in den Worten: „und zu den gemeinen Steuern, nach Proportion mit beizutreten schuldig“ ausgesprochen ist. Nirgends aber findet sich verordnet, daß die Prälatur nach demselben Fuße veranlagt und herangezogen werden solle, wie der Bauernstand. Vielmehr erwähnt die Klosterordnung, Cap. III. Tit. V. §. 11., obwohl nur beiläufig, der Obliegenheit der Prälatur, zu den Landeslasten nach altem Herkommen beizutragen; und dieser hergebrachte Fuß bestand eben darin, daß ein jeder Stand, nach einem feststehenden Maaße und übrigens für jeden derselben besonders eingeführtem Veranlagungsprincip beisteuerte. In diesem Sinne ist die Verpflichtung der Stifter und Klöster, durch die That selbst und durch eine, über ein Jahrhundert hin Statt gefundene Uebereinstimmung zwischen Fürsten und Ständen genommen und erklärt worden. Die Gleichheit der Benennung der Steuerbeiträge von Stiftern und Klöstern mit der Steuer des Landmanns deutet nach obstehender Entwicklung offenbar nicht auf eine Gleichstellung in Ansehung des Besteuerungsfußes. Denn der Name Contribution ward, als ehemals allgemein und generisch, bei der Steuer der Stifter und Klöster beibehalten, und also ferner im alten Sinne genommen, wenn er beim Bauernstande die neuere, und zwar für diesen allein eingeführte Veränderung der alten Grundlage der Matricularsteuer, der „ordinari Contribution,“ bedeutet. Und es ist nicht etwa eine bloße Connivenz, ein Uebersehen, wenn Stifter und Klöster dem Landmanne nicht gleich veranlagt worden sind, vielmehr eine Anwen-

dung der Grundsätze, welche jeden Stand in Ansehung der Besteuerung besonders behandeln wissen wollten. Selbst die Abweichung der Veranlagung zur Contribution bei den kleinen Städten von dem Contributionsfusse des Jahres 1683 beruhet auf derselben Ursache. Es ist solches nicht sowohl eine modificirte Anwendung jenes, gar nicht für die Städte bestimmten Steuerfußes, als eine herkömmliche Veranlagung der alten Matricularsteuer, oder ordentlichen („ordinari“) Contribution, Uebrigens wurden die Stifter und Klöster insofern nach andern Grundsätzen behandelt, daß ihre Beiträge, nachdem das Klostergut zum allgemeinen Staatszwecke verwandt ward und aufgehört hat, zum Privatbesitz zu gehören, als feststehend betrachtet und keiner Veränderung unterworfen worden sind, wenn etwa die Umstände einer Vermehrung der Simplen bei der Contribution des Bauernstandes bedurften <sup>15)</sup>).

Die Grundlage der Veranlagung der Contributionssimen für die einzelnen Stifter und Klöster ist völlig verdunkelt, und, der auf deren Ausmittlung verwendeten vielen Nachforschung ohngeachtet, nicht aufzufinden gewesen. Was sich darüber gefunden hat, beschränkt sich darauf, daß im Jahr 1714 das Bedürfniß des Militärs nach Simplen zu 4519 Rthlr. 14 Ggr. 2 Pf. aufgebracht und folgendermaßen vertheilt worden ist:

---

<sup>15)</sup> Seit 1735 ist das Simum der Stifter und Klöster unverändert geblieben, obwohl die Contributions-Simpla für den Landmann variiert, und von 3  $\frac{1}{2}$  bald auf 3  $\frac{7}{12}$ , 3  $\frac{3}{4}$  ja einst auf 4 monatlich gesteigert sind.



Für die Prälatur, vier

Römermonate zu

35 Rthlr. 2 Ggr.

11 Pf. <sup>14)</sup> . . . 140 Rthlr. 11 Ggr. 8 Pf.

Die Städte . . . 824 = 3 = 5 =

= Amtsdörfer . . 2843 = 2 = 5 =

= Gerichtsdörfer . 681 = 10 = 9 =

= Schriftsassen . . 30 = 9 = 11 =

Summa 4519 Rthlr. 14 Ggr. 2 =

Es entspricht jener Beitrag ziemlich dem jetzigen Beiträge der Stifter und Klöster, wenn sie 42 Mal genommen wird; wie denn damals  $3\frac{1}{2}$  simpla monatlich, also 42 jährlich aufgebracht werden mußten.

Die Contributionsfixa der einzelnen Stifter und Klöster sind seitdem und bisher folgende gewesen.

	Contribution		Fouragegeld		Proviandgeld
	Rthlr.	Ggr.	Rthlr.	Ggr.	Rthlr.
St. Blasius	375				
für Uefingen	104	22	2	22	
St. Cyriacus	179	4	5	2	
Stedterburg	744	6	21	3	29
Amelunxborn	1088	10	30	12	49—52
Brunshausen	120				
Glaß	84				
Frankenberg	179	4	5	2	7—9
Kennade	268	18	7	14	12—14
Latus	3143	16	72	7	

<sup>14)</sup> S. Auffag No. 6.

	Contribu- tion		Fourage- geld		Proviant- geld
	Rthlr.	Ggr.	Rthlr.	Ggr.	Rthlr.
Transport	3143	16	72	7	
Königsblutter	268	18	7	14	11—14
St. Lorenz	215		6	3	8—10
Marienberg	268	18	7	14	10—12
Marienthal	447	22	12	17	17—20
Riddagshausen	1296	17	36	19	53—60
Summa	5640	19	143	2	

Das Resultat dieser Ausmittlung ist, daß Stifter und Klöster als exempt, obwohl unter einer, von der Ritterfreiheit verschiedenen Modification betrachtet werden müssen.

#### IV.

Ausgleichung der öffentlichen Abgaben, durch Besteuerung der bisher eximirten Grundbesitzungen und Reluition; in Befolgung der Verordnung über diesen Gegenstand vom 29sten October 1821.

---

Die, in Uebereinstimmung mit den Ständen des Herzogthums, unter dem 29sten October 1821 ergangene Verordnung, über Ausgleichung der öffentlichen Abgaben, bezweckt,

alle Staatsbürger in gleicher Maße zum Tragen der öffentlichen Lasten heranzuziehen;

dabei jedoch denjenigen, welchen verfassungsmäßig gewisse Befreiungen in solcher Hinsicht zugestanden hatten, eine angemessene Entschädigung zukommen zu lassen.

Es zeigte sich nun bei der Ausführung dieser Verordnung eine mannigfache Schwierigkeit, da in den Herzoglichen Landen nicht nur verschiedene Steuersysteme bestehen, sondern auch in den einzelnen Theilen die gesetzlich ausgesprochenen Grundsätze nicht mit Strenge durchgeführt, ja, vielfältig Ausnahmen nachgelassen worden sind.

Nicht nur war nämlich der Steuerfuß in den beiden Hauptabtheilungen des Herzogthums, den ehemali-

gen Fürstenthümern Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils und Blankenburg völlig verschieden, sondern sogar das in den Lasten die Regel ausmachende Abgabesystem nicht einmal gleichmäßig durchgeführt. Vielmehr bestanden in demselben, theils zur Ergänzung des unvollständig befundenen Contributionsfußes nöthig erachtete Abweichungen, theils oft willkürlich gemachte Ausnahmen von der Anwendung der Regel, jenes Contributionsfußes nämlich und des Landschages; ja, sogar in einem bedeutenden Theile des Landes, dem Amte Campen und den mit demselben für die Lüneburgsche Erbportion in den Jahren 1707 und 1708 abgetretenen einzelnen Lüneburgschen Ortschaften, war der Lüneburgsche, so wie im Amte Thedinghausen der im Bremischen sonst bestehende Steuerfuß mit geringen Modificationen beibehalten worden. Es wird hier am rechten Orte seyn und zur Uebersicht der Verhältnisse dienen, eine

#### 1. Uebersicht der verschiedenen Steuergrundlagen

zu geben.

Im Fürstenthume Wolfenbüttel bestand seit 1683 der Contributionsfuß für den Bauernstand und, unter gleicher Benennung, eine herkömmlich begründete Abgabe für die Landstädte und die Stifter und Klöster <sup>1)</sup>. Da jener Fuß die Gehöfte und Hol-

<sup>1)</sup> S. den Aufsatz No. 3. über die Steuerbarkeit der Stifter und Klöster 2c. Der Contributionsfuß ist abgedruckt in Bode, Beiträge zur Geschichte des Herzogth. Braunschweig, 1824, S. 130 flg., einem Werke, worauf hier durchaus verwiesen werden muß, um unnöthige Weitläufigkeit zu vermeiden.

zung nach den Quartieren oder Districten des Landes unterscheidet, den Wolfenbüttelschen und den Schöning-schen District aber einander gleichsetzt und höher, wie die beiden andern belegt; da ferner der Acker nach dem angenommenen Körnerertrag classificirt werden sollte; so fand sich bei Einführung dieser Contribution die Schwierigkeit, daß in den Gegenden an der Aller und an dem Drömlinge die Länderei von einem verhältnißmäßig geringern Ertrage als in irgend einem Theile des Landes ist, und die vorausgesetzte Dreifelderwirthschaft nicht erlaubt. Man half sich also, indem man daselbst die Gehöfte, obwohl sie im Schöning-schen Districte belegen sind, nach den geringsten Sähen, nämlich den für den Weserdistrict vorgeschriebenen, veranlagte, die Länderei aber nicht nur in die letzte Classe setzte, sondern von derselben so viel als wüste übernahm, wie jedesmal länger als um das 3te gewöhnliche Brachjahr ruhen mußte <sup>2)</sup>.

Nach dem Fuße der Contribution wird das Fou-ragegeld und Reuterverservice aufgebracht, eine Abgabe, welche einiger Erläuterung bedarf, da darüber ir-rige Ansichten obwalten. Sie ist nicht auf einzelne

---

<sup>2)</sup> Schon im Jahre 1617 scheint bei der Veranlagung der, damals nach Wolfzburg gehörigen Dörfer jener Gegend zum Land- und Hufenschaz, eine solche billige Berücksichtigung ihres ärmlichen Bodens Statt gefunden zu haben, denn Wis-mann, Annalen der Braunschweig-Wolfenbüttelschen Land-schaft, bemerkt zu solchem Jahre: es wären sämmtliche „Wolfzburgsche Dörfer wegen des Land- und Hufenschazes auf ein Genanntes durch den Bogen gesetzt.“ Wie der Land-schaz die Grundlage des Contributionsfußes von 1683 gewesen ist, so wird jene ermäßigte Veranlagung auch bei der Con-tributionsbeschreibung jener Ortschaften beachtet worden seyn.

Ortschaften nach Herkommen beschränkt<sup>3)</sup>, vielmehr allen denjenigen Unterthanen des ehemaligen Fürstenthums Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils aufgelegt, welche der Contributionsfuß von 1683 betroffen hat, nämlich allen Dörfern, mit Ausnahme der ehemals Lüneburgschen Dörfer des Amts Campen und von Wagen, Beverode und Bienrode, und der des Amts Thedinghausen.

Bis zum Jahre 1714 war nämlich die gesammte Reuterei durch das ganze platte Land vertheilt; allein damals wurden die Dragoner unberitten gemacht und in die Landstädte verlegt; die Garde du Corps aber, welche noch beritten blieb, in den Dörfern des Wolfenbüttelschen und einiger Aemter und Gerichte des Schöningischen Districts einquartirt. Um die Kosten zu decken, zahlten diese Ortschaften an Reuterservice, von je 50 Rthlr. der damals zu monatlich 3 simpla erhobenen Contribution 1 Rthlr., und eben soviel an Fouragegeld, oder 10 Pfund Heu und 10 Pfund Stroh täglich; als den Betrag für ein Pferd, welches auf 139 Pferde monatlich 278 Rthlr. brachte. Die übrigen Dörfer des Schöningischen, und alle Dörfer des Harz- und Weser-Districts zahlten, statt der früher getragenen Natural-einquartierung, nach demselben Fuße überhaupt monatlich 162 Rthlr. 1 Ggr. 3 Pf. Diese Abgabe ward später das alte Fouragegeld benannt. Als hierauf im Jahre 1727 die Dragoner verstärkt und wieder beritten gemacht wurden, brachte man vom October an die dadurch vermehrten Kosten durch die Erhöhung der Contribution um  $\frac{1}{4}$  simplum auf, bis im Jahre 1731,

<sup>3)</sup> Bode, a. a. O. S. 71 flg.

statt dieser Erhöhung und neben dem erwähnten Reutervservice und dem alten Fouragegelde, das neue Fouragegeld mit monatlich 470 Rthlr. 22 Ggr. 9 Pf. auf sämtliche Stifter, Klöster, Städte, Aemter, Gerichte und Schriftfassen im Fürstenthume Wolfenbüttelschen Theils veranlagt ward. Seit dem Jahre 1768, wo die Gardes du Corps aufgelöst wurden, ist das Reutervservice nur dem Namen nach vom Fouragegelde unterschieden und beides, wie auch vom letztern das alte und neue zusammengezogen und zugleich mit der Contribution erhoben.

Das Proviantgeld hat seinen Ursprung im dreißigjährigen Kriege genommen, wo die Umstände die Anlage eines Kornmagazins erforderlich machten <sup>4)</sup>. Der Bedarf ward in Natur und nach dem Verhältnisse des Ertrages des Zehntens von den Zehntpflichtigen, bald zu  $\frac{1}{4}$ , bald zu  $\frac{1}{3}$  oder zu  $\frac{1}{2}$  dieses Ertrages, eingeliefert <sup>5)</sup>. Im October 1689 ward nachgelassen, das Quantum in Gelde zu lösen und, als überhaupt der Fuß der Ausbringung Beschwerde veranlaßt hatte, am 23sten August 1693 statt der Naturallieferung eine Summe von 40,000 Rthlr. bewilligt, wozu damals die Ritterschaft mit 32 simplis (etwa 3000 Rthlr.) bei-

<sup>4)</sup> Ausschreiben v. 26sten Aug. 1620, v. 4ten März und 16ten Jul. 1613. Landt. Absch. v. 22sten November 1643.

<sup>5)</sup> Ausschreiben v. 24sten Jul. 1646 und in den Jahren bis 1649 und 1654, betrug das Ausschreiben die Hälfte, für 1657, Ausschreiben v. 16ten October, nur  $\frac{1}{4}$ , später, 1658 und 1670  $\frac{1}{3}$  des Zehntertrages. Anno 1669 waren einge- kommen 49 Scheffel (zu 10 Himten) Weizen, 269 Scheffel Roggen, 185 Scheffel Gersten, 68 Scheffel Hafer und 2 Scheffel Erbsen.

durch Bestenerung der bisher erimirten Grundbesitzungen. 49

trug. Für 1698 wurden 37,567 Rthlr. nach dem Contributionsfuße ausgeschrieben. Später für den Bedarf an Roggen und Gerste eine Summe Geldes, z. B. anno 1714 27,000 Rthlr., der Hafer aber in Natur erhoben, und die schon im Jahre 1700 den Prälaten und Städten versprochene Erleichterung dadurch bewirkt, daß diese nur in geringem Verhältnisse zu jener Geldsumme, zur Naturallieferung aber gar nicht beitrugen <sup>6)</sup>.

Der Beitrag der Stifter, Klöster und Städte betraf bloß die Verwaltungskosten des Magazins und der Commisbäckerei, nämlich so wie in den vorfallenden Diäten und Baukosten, und in diesem Maße ist auch im Jahre 1817 bei der Herstellung des alten Steuerfußes jener Beitrag wieder bestimmt und auf  $\frac{3}{4}$  eines simpli contributionis festgesetzt worden. Dagegen beträgt das Uebrige der, jetzt durch den Landtagsabschied

<sup>6)</sup> So zahlten an Proviantgelde anno 1734:

Stifter und Klöster . . . . . 312 Rthlr.

Städte . . . . . 1881 =

Amts- und Gerichtsörfer und

Schrißtsassen . . . . . 10,151 =

und letztere lieferten dazu in Natur 572 Scheffel Hafer; und anno 1773:

Stifter und Klöster . . . . . 240 Rthlr. 6 Ggr. 4 Pf.

Städte . . . . . 1456 = 4 = 2 =

welches  $1 \frac{3}{4}$  simplum contributionis betrug

Amts-Örfer . . . . . 28,159 Rthlr. 13 Ggr. 5 Pf.

Gerichtsörfer . . . . . 6286 = 8 = 5 =

Schrißtsassen . . . . . 360 = 4 = 6 =

nämlich  $9 \frac{19}{88}$  simpla contri-

butionis und außerdem für

Hafer an Gelde . . . . . 1383 = 17 =

und noch in Natur 11,289 Himten.



von 1823 auf 40,000 Rthlr. bestimmten Pauschsumme den bisher eigentlich contributionspflichtigen Theil der Unterthanen 10  $\frac{3}{16}$  Simplen der Contribution, und zwar sowohl der von Grundstücken als vom Viehe. Uebrigens hat weder das Fürstenthum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried <sup>7)</sup>, noch das Amt Thedinghausen zu dieser Abgabe etwas beigetragen; das Amt Campen und die andern drei vormals Lüneburgschen Ortschaften aber haben einen dreizehnten Contributionsmonat nach deren besondern Veranlagung statt des Proviantgeldes entrichtet.

Diese zuletzt erwähnten, mit dem Fürstenthume Wolfenbüttel vereinigten Ländertheile hatten ihren besondern Besteuerungsfuß beibehalten. Und zwar zahlten Amt Campen und die Dörfer Waggen, Bienrode und Bevenrode, nach Grundlage des alten Lüneburgschen Contributionsfußes (S. Anlage A.), monatlich 3 simpla, also jährlich mit dem dreizehnten Monate für das Proviantgeld 39 simpla, und ein gewisses, von dem vorerwähnten verschiedenes Reitersservice und Landmilizgeld, auch eine Steuer vom Hirtenviehe und einen besondern Viehschaz von jährlich 1 Ggr. 9 Pf. für jede Kuh, 10  $\frac{1}{2}$  Pf. für ein Schwein und 7 Pf. für ein Schaaf.

Das Amt Thedinghausen brachte nach einem eigenen, wahrscheinlich dem alt-bremischen Contributionsfuße (Anlage B.), monatlich 3 simpla auf, und außer-

---

<sup>7)</sup> Denn die 200 Rthlr., welche aus der Blankenburgschen Contributions-Casse an Kornmagazingeldern in die Kriegs-Casse gezahlt wurden, sind nicht besonders aufgebracht, sondern von der Contribution in der Maaße verwendet worden.

durch Besteuerung der bisher erimirten Grundbesitzungen. 51

dem einen Schaafschaz von jährlich 1 Ggr. 6 Pf. von jedem Stücke <sup>8)</sup>).

Das Fürstenthum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried hat seine besondere Steuer-  
verfassung gehabt, welche unstreitig aus der herkömmlich  
begründeten Subrepartition der Reichs- und Kreis-  
anlagen entstanden ist. Bei dem verhältnißmäßig geringen  
Grundbesitz der dortigen Unterthanen und dem entspre-  
chenden unbedeutenden Ertrage der Grundsteuer daselbst  
ist das Steuersystem in seiner alten Gestalt gelassen. Es  
fehlt dort an einem durchgreifenden Veranlagungs-  
fuße, und man hat bei jedem Orte ein Localherkommen besteu-  
ren lassen, ja, sogar die Summe dessen, was bei der zu-  
letzt im Jahre 1723 vorgenommenen Revision der Ca-  
daster als Contributionsbetrag eines Orts ermittelt wor-  
den ist, als ein Fixum betrachtet, was von demselben  
ohne Berücksichtigung nachmaliger Veränderungen zu er-  
heben wäre. Das Cammer-, Kirchen- und Klostergut  
ist frei gelassen, übrigens in der Regel keine Exemption  
gestattet. Beide Landestheile unterscheiden sich übrige-  
ns darin, daß im eigentlichen Blankenburgschen jähr-  
lich 33  $\frac{1}{2}$  simpla nach dem in Anlage C. beigefügten  
Contributionsfuße aufzubringen gewesen sind; wogegen  
im Stiftsamte Walkenried von Sorge 99 Rthlr. 16 Ggr.  
9 Pf., Hohegeiß 103 Rthlr. 9 Ggr. und Wieda 98  
Rthlr. jährlich dergestalt eingezahlt sind, daß dazu von  
jedem Hause 18 Ggr., von jedem Tagwerk Grummt-  
wiesen 2 Ggr., von Heuwiesen aber in Sorge 1 Ggr.,  
in Hohegeiß 1 Ggr 4 Pf. und in Wieda 1 Ggr. 6 Pf.

---

<sup>8)</sup> Bode, a. a. O. S. 67 Note 65, giebt denselben irrig zu  
8 Pf. vom Stücke an.

entrichtet werden. Balkenried selbst und Neuhoß hat nichts gezahlt, wohl weil die Einwohner des ersten Orts, die früher nicht einmal eine Gemeinde gebildet, aus Gefinde des Klosters entstanden sind, die des letzten aber die Grundsteuer herkömmlich an Preussen zu zahlen haben.

Die Schatzungen werden nach der Schatzordnung von 1719 und zwar bloß im Alt-Wolfenbüttelschen Theile erhoben <sup>9)</sup>. Der Landschatz ist nicht gleichförmig veranlagt worden, vielmehr ist dessen halbes simplum, welches um Michaelis fällig wird, weil es statt des abgeschafften Hufenschates erfolgt, auch denjenigen Orten nicht angesetzt, von denen letzter nicht bezogen ward. Da diese wegen der schlechten Eigenschaft ihrer Länderei mit solcher Abgabe übersehen wurden, so ist der hiermit gemachte Unterschied als eine Bonitirung in Beziehung auf die Veranlagung des Landschates und eine ordnungsmäßige Herabsetzung des gewöhnlichen Satzes anzusehen <sup>10)</sup>. Einige Orte sind, als vom Lüneburgschen und Bremischen erworben, oder herkömmlich ganz vom Landschate befreiet <sup>11)</sup>.

Indem nun das bestehende Steuersystem durchgängig eingeführt und die bisherigen Befreiungen beseitigt werden sollten, so mußte vor Allem

## 2. Der Umfang der verordneten Gleichstellung

bestimmt werden. Hier ergab sich, daß die angeführte Verordnung nach den Eingangsworten zwar eine vollständige Gleichheit in der Besteuerung zum Ziele sich ge-

<sup>9)</sup> Bode, Beiträge 2c. S. 44 flg.

<sup>10)</sup> S. Schatzordnung v. 1719, Cap. vom Landschate; vert. „Woselbst aber gar 2c.“

<sup>11)</sup> Bode, a. a. O. S. 46, Note 21.

setzt hat, allein diesen Zweck vorerst nur vorbereiten will. Die Gleichstellung aller Theile des Landes unter einen und denselben Besteuerungsfuß bleibt noch ausgesetzt, wohl aber soll dieselbe in Beziehung auf die Einwohner der einzelnen Theile unter sich sofort Statt finden. Diese Landestheile bestimmen sich nicht nach den bisherigen staatsrechtlichen Unterscheidungen, sondern nach den Abweichungen in der bestehenden Besteuerung, so daß nicht nur das Blankenburg-Walkenriedsche, sondern auch die vom Lüneburgschen erworbenen Ortschaften und das Amt Thedinghausen als solche gesonderte Bestandtheile betrachtet werden. Da, es mußte dieser Grundsatz sogar auf Unterscheidung der Städte vom Lande ausgedehnt werden, da dieselben herkömmlich einem verschiedenen Steuerfuße unterliegen, der Contributionsfuß von 1683 bloß auf das Land berechnet ist, Braunschweig und Wolfenbüttel ohnehin, statt einer Contribution, der städtischen Accise auch ferner unterworfen bleiben, und, weil dieses einer durchgreifenden Gleichstellung der Städte entgegensteht, kein Grund vorhanden seyn würde, in Beziehung auf die andern Städte eine solche Maaßregel auszuführen.

Von der Ausgleichung werden in der Verordnung §. 16. zwar nur, außer dem Herzogl. Cammergute, die Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwen-thümer und Schulen ausdrücklich ausgenommen; da jedoch bei den Gütern der milden Stiftungen ein gleicher Grund eintritt, so ist jene Ausnahme zugleich auf diese ausgedehnt worden <sup>12)</sup>.

<sup>12)</sup> S. Herzogl. Rescript an das Landes-Steuer-Collegium vom 14ten April 1827.

Die verordnete Gleichstellung sollte nach Entschädigung der bisher Privilegirten durch Reluition geschehen; es ist also

### 3. Der Begriff der Exemption

zu diesem Ende genau zu bestimmen gewesen. In Beziehung auf Steuerbefreiung gab es zwei Classen von Privilegirten, nämlich diejenigen, welche in Hinsicht auf gewisse Abgaben gänzlich frei gemacht worden, oder solche, denen nur durch die Substituierung einer andern Abgabe eine verhältnißmäßige Befreiung zugestanden war. Zu Letzten gehörten die Ritterschaft, welche zu den außerordentlichen Anlagen nach der Ritter-Matricul zu steuern hatte, und Stifter und Klöster, indem sie mit einem hergebrachten Firum sich von den gewöhnlichen Lasten, als mit einer Aversionalsumme, löseten. Die Ersten bildeten die Grundbesitzer, welchen die Freiheit unbedingt von dem Landesfürsten verliehen war. Zu einer solchen Abweichung von der Regel ward eine specielle Begründung, ein ausdrücklich oder zwar stillschweigend ertheiltes, jedoch aus entscheidenden und von einem bloßen Uebersehen wohl zu unterscheidenden, Thatfachen hervorgehendes Privilegium erfordert. Unsere Steuer-Gesetze haben daher die Verbesserung der Cadaster durch Heranziehung bisher übergangener Gegenstände unbedingt und ohne auf die Dauer einer unterlassenen Veranlagung Rücksicht zu nehmen, vorgeschrieben<sup>13)</sup>. Wenn also ein bisher unveranlagt gebliebenes Grundstück sich findet, so kann es, den Fall einer ausdrücklichen Befrei-

<sup>13)</sup> Die Schatzordnungen von 1619 und 1719. Instruction, wonach sich die zur Untersuchung des Contributionswesens Deputirte zu richten, v. 28. September 1677.

ung ausgenommen, nur dann für stillschweigend eximirt angesehen und der Relution würdig erklärt werden, wenn bei der letzten Rectificirung der Cadaster, vom Jahre 1775 flg. die Steuerpflicht bei der Monitur der Contributionsbeschreibungs-Entwürfe zur Sprache gebracht, und dennoch das Grundstück unveranlagt geblieben ist. Eine gleichfalls stillschweigend anerkannte Exemption ist anzunehmen in Ansehung der Ländereien, welche als Zubehör eines freien Gütercomplexus angesehen und nicht ad corpus gravatorium gezogen, obwohl sie nicht zur Rittermatricul profitirt gewesen sind. Denn das Gesamtgut, sofern es nicht erweislich pflichtig, war exempt und die Unterlassung der Profession zur Matricul bewirkte den Verlust der Befreiung nicht <sup>14)</sup>. Dagegen sind solche Grundstücke, welche früher zu der Classe der Befreiten gehört haben, aber erblich ausgethan sind, wie die Meier- und Zinsgüter der Herzogl. Cammer, der geistlichen Stiftungen und der Ritterschaft, als pflichtig zu betrachten, da die Exemption damit hinweggefallen ist <sup>15)</sup>. Es ist jedoch wegen der zu Erbpacht ausgethanen Güter solcher Art ein Unterschied zu machen; denn wenn bei Vermeierungen, nach der Eigenthümlichkeit des Meiercontracts, die Pflicht zur Abführung der Abgaben auf den Meier übergeht, so bleibt dort die ganze Wirkung des unverrückt bestehenden Eigenthums und die daran geknüpfte Exemption ungeschwächt wie zuvor, und

<sup>14)</sup> Herzogl. Rescript an das Landes-Steuer-Collegium v. 21. März 1823 Nro. 2.

<sup>15)</sup> Landt. Absch. v. 1615, §. 9 und P. U. v. 1693, §. 5, auch Landesfürstl. Rescript vom 14ten Jul. 1684 und vom 4ten Mai 1790.

die Veranlagung kann also in jenem Falle nur gegen Reluition Statt finden. Sind hiernach die vom exemten Gute zu Meier- und Zinsrechte ausgethanen Grundstücke, sofern sie bisher unveranlagt geblieben, in Regel als übersehen zu behandeln und unbedingt heranzuziehen; so muß dagegen eine Reluition ihnen angedeihen, wenn die Umstände abnehmen lassen, daß die Exemption als ein Realrecht, mittelst stillschweigender Bedingung und unter ebenfalls stillschweigender Genehmigung der Regierung mit übergegangen ist. Dieses tritt ein, wenn die Verleihung nach Einführung der Contribution und Errichtung der Cadaster geschehen und das Grundstück seitdem unveranlagt gelassen ist <sup>16)</sup>.

In Ansehung der ausdrücklichen Befreiungen ist zu erwägen gewesen, daß die Fürstlichen Cammern, sowohl hier als in Blankenburg, und die Klostersathsstube keine Veräußerungen ohne Genehmigung der Regierung haben vornehmen können, und daß auch die „zur Dirigirung der Rectificirung der Contributionsbeschreibungen“ früher niedergesetzt gewesene Commission unter den Augen der Regierung ihre Beschlüsse gefaßt und die Cadaster berichtigt hat. Wo also von jenen Behörden Grundstücke als steuerfrei ausgethan, von dieser Exemption zugestanden worden sind, mußte die Befreiung für begründet angenommen werden.

#### 4. Die Anwendung des Contributionsfußes und der Schatzordnung auf die exemten Güter

ist nach folgenden Grundsätzen geschehen.

---

<sup>16)</sup> Herzogl. Rescript an das Landes-Steuer-Collegium vom 2. September 1823.

Da Contribution und Landschatz nur auf die bäuerlichen Besitzungen berechnet waren, so ist für die Gehöfte kein höherer Ansat als der der Ackerhöfe vorgeschrieben, und indem der Steuerfuß nicht ergänzt, vielmehr allgemein angewendet werden soll, so suchte man das Mißverhältniß, was mit einer Gleichstellung bedeutender Rittergüter und bloßer Ackerhöfe verbunden gewesen wäre, dadurch zu mindern, daß bei jenen der Haupthof zwar nur als ein Ackerhof, überdem aber jeder dazu gehörige Nebenhof, z. B. Vorwerke, Gesinde- und Tagelöhner-Wohnungen, nach Verhältniß besonders als soviel Gehöfte angesehen sind. Da die Holzungen im Contributionsfuß relativ nach dem Saxe der Höfe geschätzt sind, so führte dieses zu einer ähnlichen Auskunft, wie bei den Höfen. Gehört nämlich eine Forst zum Complex eines Guts, so wird sie mit der ordnungsmäßigen Quote des Ansatzes von sämmtlichen darin begriffenen Höfen veranlagt. Für sich und ohne Verbindung mit einem Landgute bestehende Forsten werden aber nach einem Ueberschlage des Durchschnittsertrages und dessen Vergleichung mit dem Bedarfe eines Bauerngutes angesehen; so daß der geringste Ansat ein Sechstheil des simpli einer Brinkfischerstelle, der höchste aber ein Viertel desjenigen ausmachen muß, wozu ein Ackerhof anzusetzen seyn würde.

Die Veranlagung des Ackers konnte ohne Weiteres nach der Verordnung (§. 2.) vorgenommen werden, und bei den Wiesen, deren Ansat nach Fuderzahl vorgeschrieben ist, ward ein Fuder zu 12 Centnern gerechnet, als entsprechend dem Betrage eines Bauernfuders, worauf der Contributionsfuß sich bezieht. Da man schon früher, bei Veranlagung der Erernten-



steuer, den Morgen Grummtwiesen zu  $1\frac{1}{2}$  Fuder, Heuwiesen aber den Morgen zu 1 Fuder angenommen hatte, so ließ man es bei diesem Maaße als Regel bewenden, um die nur bekannte Größe auf Fuder zu reduciren, oder von der nur bekannten Fuderzahl auf die Morgenzahl zu schließen, wie solches zur Berechnung des Landshages nöthig ist.

Da die Contribution vom Viehe auf ein Fixum für jede Ortschaft gesetzt ist, der wirkliche Bestand also nicht ferner zum Maaßstabe derselben dient, obnehin die Professionen zur Rittermatricul ungenügend sich zeigten, so legte man bei der Veranlagung exempter Güter eine Berechnung zum Grunde, nach dem Verhältnisse, welches zwischen den Aeckern und Wiesen der betreffenden Gemeinde und der Anzahl Viehes, worauf sich derselben Fixum beziehet, befunden ward. Es ergab sich hieraus das Maximum der bei einem exempt gewesenen Gute anzusetzenden Contribution vom Viehe, was jedoch nach der speciellen Profession des Eigenthümers gemindert ward, wenn diese geringer ausgefallen war.

Der Schaffschah mußte, obwohl eine ungewisse Abgabe und keiner Veranlagung bedürftig, fixirt werden, um bei der Reluition berechnet werden zu können. Da nun die Exemption sich nur auf drei Vierteltheile der Heerde bezog, indem das letzte Vierteltheil als Hirtenvieh betrachtet und demgemäß immer verschahzt worden ist; so kam jene Quote zur Berechnung und zwar nach einem Durchschnitt der Jahre von 1802 bis 1806, weil die ältern Schaffschahbeschreibungen nicht vollständig vorgefunden worden sind. Auch diese Durchschnittssumme ward als Maximum betrachtet, und sofern die Professionen geringer ausgefallen waren, nach diesen gegangen.

Der Landschatz von Höfen ward eben so behandelt, wie die darauf zu veranlagende Contribution, nämlich mit besonderer Ansehung der Nebengehöfte. Bei den Grundstücken ergab sich keine Schwierigkeit, und da die Verschätzung des Viehes nach gleichen Grundsätzen mit der Contribution von diesem behandelt ist, so ward auch hierin bei den Exemten wie mit der Leuten verfahren.

5. Die Berechnung der Relution geht von verschiedenen, die Verordnung ergänzenden Bestimmungen aus.

Die Anwendung des §. 5. gestattete nicht, für einzelne Gütercomplexe gesonderte Berechnungen zuzulegen, und getrennte Besitzungen, z. B. außer Verbindung stehende Zehnten und Meiergefälle als Einzelheiten zu behandeln, vielmehr mußte der ganze Umfang des erimirt gewesenen Grundbesitzes eines Eigenthümers zusammengefaßt werden <sup>17)</sup>. Es ist dieses von Folgen bei dem ordnungsmäßigen Abfah der bisherigen Exemtensteuer, weil Meiergefälle überall keiner Grundabgabe, Zehnten aber nur dem unbedeutenden Zehntschake unterliegen, allein beide Arten von gutherrlichen Gefällen zur Exemtensteuer herangezogen gewesen sind; so daß also, wenn dergleichen Besitzungen als für sich bestehend behandelt werden, die Anrechnung der Exemtensteuer entweder hinwegfällt, oder wegen Compensation mit der jetzigen geringern Abgabe die Relution ausschließt.

Bei der Abrechnung der ohne Vergütung ferner von den bisherigen Exemten zu tragenden 1 1/2 Sim-

---

<sup>17)</sup> Herzogl. Rescript an das Landes-Steuer-Collegium vom 16. September 1823.

plen, als des Betrages der Exemtensteuer, ist jetzt von einer, von der Veranlagung der letzten abweichenden Grundlage auszugehen. Denn als im Jahre 1807 die Exemtensteuer eingeführt worden, nahm man den Bestand der freien Grundbesitzungen nach den in der Rittermatricul befindlichen Angaben, ohne deren Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen <sup>18)</sup>, und bei der Wiederherstellung des vaterländischen Abgabensystems im Jahre 1817 ward diese außerordentliche Veranlagung der Exemten vorläufig beibehalten. Jetzt ist aber die bisherige Exemtensteuer, als der Beitrag der früher eximirt gewesenen Eigenthümer zu den vermehrten Staatslasten, nach dem wirklichen Bestand ihrer Besitzungen zu bestimmen, und damit der bisher vorläufig bestandene Veranlagungsfuß der allgemeinen Steuergrundlage gewichen <sup>19)</sup>. Eine Folge davon ist, daß die bisher befolgte Veranlagung zur Exemtensteuer einer Revision unterworfen werden mußte, und die mit der jetzigen Veranlagung verbundene Berichtigung der Rollen zu einer Vermehrung der Ansätze für Grundstücke führt, wenn sich deren mehr, als in der Rittermatricul verzeichnet und also bisher versteuert waren, vorfinden oder die Classification berichtigt werden muß.

Da verordnungsmäßig (§. 4.) die bisherige Exemtensteuer als Abschlagszahlung fortbesteht, die Veranlagung der Exemten nach dem Contributionsfuße und die Bestimmung der Reluition aber Zeit erfordert und nur

<sup>18)</sup> Ministerial-Ausschreiben v. 15. Jul. 1807.

<sup>19)</sup> Verordnung vom 29. October 1821, Ausgleichung u. s. w. betr. §. 4. verglichen mit dem Ministerial-Ausschreiben v. 15. Jul. 1807 und der Verordnung v. 31. März 1817 §. 4.

allmählig geschehen kann, so muß die Berechnung über das, was zu zahlen gewesen und wirklich abgeführt ist, von Zeit der Ausfertigung der Relutionscheine bis zurück zum Anfange des Jahrs 1822, mit welchem die neue Steuerverfassung in's Leben getreten ist, aufgestellt und danach ermittelt werden, ob den Pflichtigen ein Nachschuß anzurechnen, oder etwas zu gut zu sehen ist.

Um die Relutionssummen möglichst abzurunden, ist angenommen, daß dieselbe immer mit Rthlrn. aufgehen muß; was darüber bis zu 12 Ggr. ist, wird baar herausgezahlt werden, der mehr betragende Ueberschuß aber bis zum Belauf eines Thalers ergänzt <sup>20)</sup>).

---

<sup>20)</sup> Herzogl. Rescript an das Landes-Steuer-Collegium v. 19. Aug. 1823.

# A n l a g e A.

## C o n t r i b u t i o n s = F u ß der sonst Zelleschen Gemeinden des vormaligen Amtes Campen.

### I. Höfe.

1 Ackerhof	in simpla	2 Ggr.	8 Pf.
1 Halbspännerhof	=	2	= —
1 Rothhof	=	1	= 4
1 Brinkfegerhof	=	1	= —
1 wüster Ackerhof	=	—	= 4
1 = Halbspännerhof	=	—	= 3
1 = Rothhof	=	—	= 2
1 = Brinkfegerhof	=	—	= 1 1/2

### II. Acker.

Ohne Unterschied, ob das Land Meier- oder Erbenzins giebt, oder ob dasselbe zehnt- oder dienstpflichtig, oder zehnt- und dienstfrei ist.

In 1ter Classe pro Morgen	in simpla	4 1/2 Pf.
= 2ter	=	2 1/2
= 3ter	=	1 1/2
= 4ter	=	1
= 5ter	=	3/4
= 6ter	=	1/2

### III. Wiesen.

1. Masch- und Ager-Wiesen pro Fuder in simpllo 4  $\frac{1}{2}$  Pf.
2. Moor- und Haide- " " " " 3 "

### IV. Weide.

1. Pferde in simpllo . . . . . 4 Pf.
2. Rindvieh
  - a. Maschweide in simpllo . . . . . 4 "
  - b. Ager- und Brackweide . . . . . 3 "
  - c. Moor- und Haideweide . . . . . 1  $\frac{1}{2}$  "
3. Schweine
  - a. Mast und Weide . . . . .  $\frac{3}{4}$  "
  - b. Weide, gut, . . . . .  $\frac{1}{2}$  "
  - c. dito, schlecht, . . . . .  $\frac{1}{4}$  "
4. Schafe
  - a. Reinsche . . . . .  $\frac{1}{2}$  "
  - b. Mänglinge . . . . .  $\frac{1}{5}$  "
  - c. Schnucken . . . . .  $\frac{1}{6}$  "
5. Immen à Stocck . . . . .  $\frac{1}{2}$  "

Hinsichtlich der Holzungen, Gärten und Teiche wird, wie bei den alt Braunschweigischen Gemeinden, nach dem Contributionsfuße de 1683 und den nachher angenommenen Principien verfahren. (Conclusum der Rectifications-Commission d. d. Braunschweig den 24sten October 1784).

## U n l a g e B.

### Co n t r i b u t i o n s = F u ß

des

### Amts Thedinghausen.

Das Simplum, deren monatlich drei zu bezahlen sind, beträgt

von Höfen,

ein ganzer Hof, oder ein Höfner, nach Verhältniß 1 Ggr.

4 Pf., 1 Ggr. 8 Pf. und 2 Ggr. 8 Pf.

ein halber Hof 10 Pf.

ein Pflugkötter 1 Ggr., auch 2 Ggr. 8 Pf.

ein Handkötter 8 Pf.

ein Brinkfeger 8 Pf.

Holzungen, zu den Höfen gehörig, sind in den Ansätzen für dieselben begriffen. Besonders besessene Holzung, pro Morgen  $\frac{1}{2}$  Pf.

Äcker, nach Himsaat, zu 2  $\frac{1}{2}$  Himten auf 1 Morgen gerechnet.

Marſchland, 1 Himten  $\frac{7}{8}$  bis 1 Pf.

Geestland, 1 Himten  $\frac{2}{5}$  —  $\frac{7}{8}$  — 1 Pf.

Wiesen, nach Fuderzahl, 1  $\frac{1}{2}$  Morgen auf das Fuder 2 — 3 — 6 Pf.

Gärten, davon werden frei gelassen, bei einem ganzen Hof oder Höfner 1 Morgen, einem Pflugkötter  $\frac{3}{4}$  Morgen, einem Handkötter und Brinkfeger  $\frac{1}{2}$  Morgen. Was darüber ist, pro Himten oder  $\frac{2}{5}$  Morgen  $\frac{2}{3}$  Pf.

Weide, Hornvieh 1 Stück 2  $\frac{1}{2}$  Pf. — 8 Pf.

Pferde, 1 Stück 4 — 8 Pf.

Schweine. 1 Stück  $\frac{1}{2}$  Pf.

Immen, 1 Stock  $\frac{1}{2}$  Pf.

# U n l a g e C.

## N a c h w e i s u n g

der

Contribution von Grundstücken, wie solche in dem Fürstenthume Blankenburg bis zum Jahre 1806 in simplio entrichtet ist.

### I. Stadt Blankenburg.

1. Brauhäuser à 4 Egr., bei Wittwen 3 Egr. 6 Pf.
2. Gemeinehäuser à 1 Egr. = 6 Pf.
3. Erbenzinshäuser à 3 Pf.
4. Wüste Stelle à 3 Pf.
5. Acker à Morgen 1 Pf., 1  $\frac{1}{4}$  Pf., 1  $\frac{1}{2}$  Pf.
6. Acker- oder Grasetheilung in 4 Schwaden  $\frac{1}{4}$  Pf.
7. Gärten, unbestimmt, nach Verhältniß der Größe.

### II. Gattenstedt.

1. Haus, 1 Egr.
2. Kirchenhaus, 8 Pf.
3. Wiesen, à Fuder Heu 4 Pf.
4. Acker, 1 Pf. à Morgen.
5. Holzung, à Morgen 1 Pf.

### III. Wienrode.

1. Ackerhof, 1 Egr. 4 Pf. 2 Egr.



2. Rothhaus, 1 Ggr.
3. Acker
  - a. Erbacker à Morgen 1 Pf.
  - b. Dienstland à Morgen  $\frac{1}{4}$  Pf.,  $\frac{1}{2}$  Pf.
4. Wiesen,
 

a. Erbwiesen à Morgen 1 Pf.	}	bei unbestimmter Größe à F. Heu 4 Pf.
b. unterm Dienste à M. $\frac{1}{2}$ Pf.		
5. Garten, unbestimmt.
6. Grasetheilung  $\frac{1}{2}$  Pf.
7. Kalkröhe 3 Pf.

#### IV. Timmenrode.

1. Ackerhof 2 Ggr.
2. Rothhaus 1 Ggr.
3. Acker,
  - a. Erbacker à Morgen 1  $\frac{1}{2}$  Pf.
  - b. Erbenzinsacker à Morgen 1 Pf.
  - c. Dienstland à Morgen 1 Pf.
4. Wiesen, à M. 1  $\frac{1}{2}$  Pf. oder à Fuder Heu 4 Pf.
5. Grasetheilung,  $\frac{1}{4}$  Pf.
6. Garten, unbestimmt.

#### V. Börnecke.

1. Vollspannerhof 3 Ggr.
2. Halbspännerhof 2 Ggr.
3. Rothhaus 1 Ggr.
4. Acker,
  - a. Erbacker à Morgen 1  $\frac{1}{2}$  Pf.
  - b. Erbenzinsacker à Morgen 1 Pf.
  - c. Dienstacker à Morgen 1 Pf.
  - d. Dienstmeierland à Morgen  $\frac{1}{2}$  Pf.
5. Garten, à Morgen 2 Pf.

#### VI. Heimbürg.

1. Halbspännerhof 2 Ggr., bei Wittwen 1 Ggr. 6 Pf.
2. Kärnerhof 2 Ggr.
3. Rothhaus 1 Ggr.
4. Acker,

- a. Erbkacker à Morgen 1  $\frac{1}{2}$  Pf.
- b. Dienstland à Morgen 1 Pf.
- c. Meierdienstland à Morgen  $\frac{1}{2}$  Pf.
- 5. Gras à Fuder 2 Pf.
- 6. Garten à Morgen 2 Pf.
- 7. Theilung  $\frac{1}{4}$  Pf.

## VII. Benzingerode.

- 1. Halbspännerhof 2 Ggr.
- 2. Kothhaus 1 Ggr.
- 3. Acker,
  - a. Erbland à Morgen 1  $\frac{1}{2}$  Pf.
  - b. Dienstland à Morgen 1 Pf.
  - c. Meierdienstland à Morgen  $\frac{1}{2}$  Pf.
- 4. Gras à Fuder 2 Pf.
- 5. Garten à Morgen 2 Pf.
- 6. Theilung  $\frac{1}{4}$  Pf.
- 7. Kalkröthe 2 Pf.

## VIII. Hüttenrode.

- 1. Ackerhof 1 Ggr. 4 Pf.
- 2. Kothhaus 1 Ggr.
- 3. Acker,
  - a. Kothland à Morgen 1 Pf.
  - b. Dienstland à Morgen  $\frac{1}{2}$  Pf.
- 4. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

## IX. Rübeland.

- 1. Haus 8 Pf.
- 2. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

## X. Neuwerk.

- 1. Haus 8 Pf.
- 2. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

## XI. Altenbraß.

- 1. Haus 8 Pf.
- 2. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

## XII. Stadt Hasselfelde.

## 1. Häuser,

- a. Vollspänner 1 Egr. 8 Pf.
- b. Halbspänner 1 Egr. 4 Pf.
- c. Kärner 1 Egr. 4 Pf.
- d. Handdiener 1 Egr.
- e. Erbzinsleute 4 Pf.

## 2. Acker,

- a. guter, à Morgen  $\frac{3}{4}$  Pf.
- b. leber, à Morgen  $\frac{1}{4}$  Pf.

## 3. Wiesen, à Fuder 2 Pf.

## XIII. Stiege.

## 1. Häuser,

- a. Vollspänner 1 Egr. 8 Pf.
- b. Halbspänner 1 Egr.
- c. Kärner 1 Egr. 4 Pf.
- d. Handdiener 1 Egr.

## 2. Acker,

- a. guter, à Morgen  $\frac{3}{4}$  Pf.
- b. leber, à Morgen  $\frac{1}{4}$  Pf.

## 3. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

## XIV. Mrode.

## 1. Häuser,

- a. Vollspänner 1 Egr. 4 Pf.
- b. Halbspänner 1 Egr.
- c. Kärner 1 Egr.
- d. Handdiener 8 Pf.
- e. Neu-Erbzinsleute 8 Pf.
- f. Alte:       "       "       "       4 Pf.

2. Acker, a. guter, à Morgen  $\frac{3}{4}$  Pf.

- b. leber, à Morgen  $\frac{1}{4}$  Pf.

## 3. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

## XV. Trautenstein.

## 1. Häuser, a. Vollspänner 1 Egr.

- b. Halbspänner 8 Pf.
- c. Handdiener 8 Pf.
- d. Mühle 2 Ggr.
- e. Alte Erbenzinsleute 4 Pf.
- f. Neue Erbenzinsleute 8 Pf.
- 2. Acker, à Morgen  $\frac{3}{4}$  Pf.
- 3. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

### XVI. Lanne.

- 1. Haus 8 Pf., der Brauhof 1 Ggr. 4 Pf.
- 2. Wiesen, à Fuder Heu 2 Pf.

### XVII. Braunlage.

- 1. Häuser,
  - a. Brauhaus 1 Ggr.
  - b. Rothhaus 8 Pf.
- 2. Wiesen,
  - a. gute, à Fuder Heu 3 Pf.
  - b. schlechte, à Fuder Heu 2 Pf.

## R a c h w e i s u n g

der Contribution vom Viehe, wie solche bis zum Jahre 1806 in dem Fürstenthume Blankenburg in simplo entrichtet worden.

### I. Stadt Blankenburg.

- 1. Pferd 4 Pf.
- 2. Kuh 2 :
- 3. Rind 1 :
- 4. Schaf  $\frac{1}{2}$  :
- 5. Ziege 2 :
- 6. Sau 3 :

### II. Gattenstedt.

- Kuh 4 Pf.

### III. Wienrode.

- 1. Pferd 4 Pf.
- 2. Kuh 4 :
- 3. Ziege 2 :

## IV. Timmenrode.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Schaf  $\frac{1}{2}$  =
4. Schwein  $\frac{1}{2}$  =

## V. Börnecke.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 3 =
3. Schaf  $\frac{1}{2}$  =

## VI. Heimburg.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Schaf  $\frac{1}{2}$  =
4. Ziege 2 =

## VII. Benzingerode.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Schaf  $\frac{1}{2}$  =
4. Ziege 2 =
5. Schwein 2 =

## VIII. Hüttenrode.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =

## IX. Rübeland.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =

## X. Neuwerk.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =

## XI. Altenbrak

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =

## XII. Stadt Hasselfelde.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Rind 2 =
4. Schaf  $\frac{1}{2}$  =

## XIII. Stiege.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Rind 2 =

## XIV. Alrode.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
4. Rind 2 =

## XV. Trautenstein.

1. Pferd 6 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Rind 2 =

## XVI. Tanne.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 4 =
3. Rind 2 =

## XVII. Braunlage.

1. Pferd 4 Pf.
2. Kuh 2 =
3. Rind 1 =

## V.

### Ueber Schäfererei und Schafhalten, nach allgemeinen und im Herzogthume Braunschweig geltenden Rechtsgrundsätzen.

---

Die Schafzucht unterscheidet sich von der übrigen Viehzucht in mehrerem Betrachte. Sie gehört einmal nicht gleich der andern Viehzucht, der Zucht des Zug- und eigentlichen Milchviehes, zu den unerläßlichen Bedingungen eines Landhaushalts, und ist daher immer, weniger wie eine Benutzungsart der Landgüter, als wie ein besonderes ländliches Gewerbe betrachtet worden. Wenn das Haushaltsvieh seinen Maßstab in einem Verhältnisse zu dem Umfange des Landguts, wozu es gehört, findet und von dessen Bedarf und Fütterungskräften abhängt; so wird die Ausdehnung der Schafzucht hierdurch nicht bedingt. Dieselbe besteht vielmehr für sich allein und oft ohne allen Grundbesitz. Sodann kann sie gehörig nur im Großen betrieben werden, erfordert also ausgebreitete Weidereviere und geht von Voraussetzungen aus, welche bei den kleinen Landbesitzern, den Inhabern von Bauerhöfen, zumal in Gegenden, wo diese Höfe nicht vollständig separirt sind, vielmehr ihre Zubehörungen zerstreuet unter den Besitzungen der übrigen Feldmarksgenossen liegen, und manche gar mit diesen gemeinschaftlich haben, überall nicht zutreffen.

Aus diesen Ursachen eignete sich der Besitz der größern Landgüter, der Cammer-, Kloster- und Rittergüter, theils wegen ihrer Ausdehnung, theils aber wegen des mit ihnen gewöhnlich verbundenen Obereigenthums an den Besitzungen der Hintersassen, worauf sich Ansprüche an die gesammte Feldmark begründen ließen, fast ausschließlich zur Schafzucht. Nur in Gemeinen, die über ihre Feldmark eine uneingeschränkte Weidebefugniß hatten, stand der Ausübung der Schafzucht, jedoch nicht durch die einzelnen Mitglieder, vielmehr als eines gemeinsamen Unternehmens (*res universitatis*) ein Hinderniß nicht entgegen.

Unterschieden von der Schafzucht zeigt sich das Halten einzelner Schafe, um den Bedarf an Wolle für den eigenen Gebrauch zu gewinnen; ein solches mochte von jeher auch dem kleinen und beschränkten Hofbesitzer gestattet seyn.

Diese, in der Natur der Sache gegründeten Verhältnisse finden sich in den Gesetzgebungen und Einrichtungen der deutschen Länder, besonders des Herzogthums Braunschweig, bestätigt und entwickelt. Denn allgemein betrachtete man von Seiten der Regierungen die Schafzucht, wegen der mit ihrer Ausübung verbundenen Bedenkllichkeiten und der dabei betheiligten Weidegerechtsame für das eigentliche Wirthschaftsvieh, als einen Gegenstand einer besondern polizeilichen Aufsicht, so wie man dazu eine besondere Concession oder einen speciellen Erwerb voraussetzte, wo die Befugniß nicht schon aus einem ausgebreiteten und von Einschränkungen befreiten Grundeigenthume hervorging <sup>1)</sup>. Das Preussische

<sup>1)</sup> Struben, Recht. Bd. I. 122 IV. 117. §. 2. *Oecomia*

Landrecht (Th. I. Tit. 22. §. 146.) spricht als Regel aus, daß die Schäferereigerechtigkeit ein Vorrecht der Guts herrschaft sey, und in dem Braunschweig'schen ging man schon in der Mitte des 16ten Jahrhunderts, beim Entwurfe der von Herzog Heinrich dem Jüngern den Ständen im Jahre 1562 vorgeschlagenen, jedoch nicht angenommenen Polizeiordnung (Art. 43.) von der Ansicht aus, daß Schäferereien auf einer Berechtigung, einem besondern Erwerbe beruheten, dabei aber einer obrigkeitlichen Aufsicht zur Sicherung der übrigen Hütungs berechtigungen unterworfen seyn mußten 2).

Der Landtagsabschied von 1595, Art. 33, sichert die Befugniß, Schäferereien anzulegen und die schon bestehenden zu erweitern, sofern kein Anderer damit beeinträchtigt wird, dem Landesfürsten und den Landständen zu; bestätigt und ertheilt also die Befugniß dazu

*forensis*, VIII. Cap. 12. Danz, deutsch. Recht, II. S. 551.  
 Sagemann, Landwirthschafter. §. 311.

- 2) „ — da Dorfschaften sein, so mit Schäfererei berechtigt, soll durch — unsere Amtleute — mit Ernst aufgesehen werden, daß solche Schäfererei nicht höher als von Alters, und auch ihre Trift und Weide vermögen, belegt werden ic. — Es sollen auch sonderlich keine fremde Schafe, ohne Vorwissen der ordentlichen Obrigkeit, in der Bauern Schäfererei aufgenommen werden.“

„Wir wollen auch hiermit ernstlich verboten haben, daß unsere Amtleute, Beschloßte und Räthe in Städten und Flecken, auch die Prälaten und Ritterschaft, so eigene Viehzucht und Schäfererei haben, ein Jeder sich an seiner zugehörigen Weide und Trift, wie er die Alters hergebracht, begnügen lasse und den armen Leuten in ihren Weiden, Triften, auch der Saat und sonst keinen Schaden, Eintrag oder Beschwerniß zufügen ic.“



bloß den Gutsherrschaften und Städten, als selbstständigen Communen, und drückt damit stillschweigend aus, daß die bloße Weidebefugniß oder das Grundeigenthum keinesweges das Schäfereirecht in sich faßt. In der Taxordnung von 1645, Tit. 74, wird die polizeiliche Oberaufsicht über die Schafzucht dahin ausgeübt, daß über den Antheil der Sakschafmeister und andre Beziehungen der Schäfer überhaupt Bestimmungen ertheilt werden.

Bei dem Contributionsfuße von 1683 scheint man ebenfalls von dem Gesichtspunkte ausgegangen zu seyn, daß die Schafzucht in der Regel nur Sache der zur Contribution nicht mit zu veranlagenden, vielmehr andern Steuern unterliegenden Gutsherrschaften, bei dem Bauernstande aber nur in zu unbedeutendem Verhältnisse anzutreffen sey, um den Contributionsfuß mit auf die Schafe zu erstrecken. Denn obwohl die Bestimmung der Schafordnung über den Landschaf, worin der Schafe nicht gedacht wird, weil diese als ein selbstständiges landwirthschaftliches Gewerbe betrachtet und daher einer besondern Schakung unterworfen sind, dem Contributionsfuße zur Grundlage gedient haben, so ist diese doch dabei sorgfältig verbessert und selbst auf die Bienen erstreckt, also nicht anzunehmen, daß die Schafe dabei bloß übersehen wären.

Wenn nun hierauf die Amtskammerordnung von 1688, Tit. 78, der Ausdehnung der Schafzucht, zum Nachtheil der Hütungsberechtigten, durch das Verbot an die Beamten, als Verwalter der Cammergüter, entgegen zu wirken sucht, den Reichshöfen mehr Schafe „auf die gemeine Weide zu treiben und ein Mehreres nicht“ zu verstatten, wie 30, 15, 10 und 5 Stück

nach den bekannten verschiedenen Classen derselben, für die Mehrzahl aber ein Weidcgeld zu erheben; wenn ferner die Verordnung vom 27sten April 1699 (L. N. p. 213.) dem vermehrten Schafhalten, als einem „Mißbrauche und Eigennuße“ durch die höhere Beschätzung der, jenes Maximum übersteigenden Stückzahl, gleich dem andern fremden und nicht kraft eigenen Weiderechts aufgetriebenen Viehe mit zwei Groschen das Haupt, entgegen tritt, und diese Maßregel in die neueste Schafordnung von 1719 übergegangen ist; so hat sich daraus folgendes rechtliche Verhältniß gebildet.

Die Schafzucht ist nie eine willkürliche Benutzungsart des Grundeigenthums und Weiderechts, erfordert vielmehr einen besondern Erwerbstitul, welcher den Guts herrschaften, nämlich den Cammer-, Kloster- und Rittergütern, wie auch den Stadtgemeinen gesetzlich zugesprochen ist. Sie unterscheidet sich als Recht zu einer Schäferci und Recht zum bloßen Schafehalten; wo jene, die Schäfercierechtigkeit, die eigentliche und ursprüngliche Berechtigung betrifft, wenn das Schafehalten anfänglich nur nachgelassen, um als eine dem Schäferciherrschaften verstattete Befugniß, die Hütung nicht bloß mit eignem, sondern auch fremdem Vieh, und namentlich dem der Hintersassen und Feldmarksgenossen, auszuüben, betrachtet ward <sup>3)</sup>.

---

<sup>3)</sup> Im Fürstenthume Hildesheim, von dem ein beträchtlicher Theil geraume Zeit hindurch mit dem Wolfenbüttelschen vereint und gleicher Verfassung theilhaftig gewesen ist, hat die Gesetzgebung das Schafehalten aus einem gleichen Gesichtspunkte betrachtet. Daher verordnet die Polizeiordnung desselben vom 20sten October 1665, Art. 90, um dem Ueberreiben der gemeinen Weide zu steuern, wie viel jeder Reibe-

Das Schafehalten, anfänglich als precarium dem Befinden der Schäfereiherrn überlassen, bildete sich durch Herkommen bald zu einem, wiewohl beschränkten Rechte der Reihewohner. Allein wegen daraus hervorgehender, oder befürchteter Uebertreibung der Weide ward dem Schafehalten von Landespolizei wegen ein Maximum dahin gesetzt, daß der Schäfereiherr von den Reihhöfen über die bestimmte Zahl nach ihren Classen zum Nachtheile anderer Weideinteressenten kein Vieh aufnehmen dürfe, und wider seinen Willen ein Mehreres zuzulassen nicht brauche. Und zwar ist dieses Maximum nicht unbedingt, vielmehr nur in jener Maße vorgeschrieben, weil dem Schäfereiherrn die Aufnahme fremden Viehes, soweit die Weide erlaubt, zukommt, also die Zulassung einer Uebersahl nicht untersagt werden konnte, so weit es die Umstände gestatten. Zugleich ist die überschießende Stückzahl, als precario vom Schäfereiherrn angenommen, gleich dem fremden Vieh betrachtet und der doppelten Schätzung unterworfen.

Daß nur der Schäfereiherr fremdes Vieh auf die Weide bringen und mit dem seinigen hüten lassen dürfe, folgt aus dem Obigen \*).

Die Schäfereigerechtigkeit gründet sich also in einer, kraft speciellen Erwerbs bestätigten Benutzung der

---

wohner nach der Classe seines Hofes und dem Verhältnisse dessen Zubehörung an Vieh soll treiben dürfen, erwähnt aber der Schafe überall nicht, wohl nur deshalb, weil die Schafzucht ein außerordentlicher Erwerbszweig ist und den Bauer, gütern als Recht in Regel nicht zusteht.

\*) B. Bülow und Pagemann, Erörter. IV. 58. Pagemann, Landwirthschafter. §. 312.

Eigenthums- oder gutsherrlichen Rechte, oder, sofern sie auf fremdem Grunde Statt findet, in einer Dienstbarkeit, der *servitus pascendi*. Das Schafehalten hingegen hat die Natur einer Dienstbarkeit, wosern die als Maximum bestimmte Zahl nicht überschritten wird, und zwar activ hinsichtlich der Theilnahme an der zur Schäferci gehörenden Schafweide, passiv soviel die Verpflichtung betrifft, die Milchnutzung und den Dung dem Schäferciherrs zu überlassen. In Ansehung der überschießenden Anzahl tritt ein *precarium* ein, und wird solches seine Natur selbst unter den übrigens zu treffenden Erfordernissen der Verjährung nicht verändern, einem Reihchöfe kein Recht auf ein ausgedehnteres Schafehalten erwerben können, weil das gesetzliche Gebot entgegensteht, und aus Landespolizeilichen Rücksichten die privatrechtlichen Verhältnisse hier zur Entscheidung nicht führen können.

Steht einer Dorfgemeine die Schäfercierechtigkeit als *patrimonium universitatis* zu, so bleibt das Verhältniß der einzelnen Reihchöfe dasselbe. Einzig wenn und insofern eine völlige Freiheit des Grundbesitzes von fremder Weideberechtigung vorhanden ist, ein Fall, der künftig als Folge der Gemeinheitstheilung eintreten wird, muß die natürliche Freiheit hergestellt erscheinen und zwar, wo eine völlige Separation selbst der einzelnen Höfe bewirkt sich findet, um eine unbeschränkte Schafzucht, ohne den rechtlichen Begriff einer Schäferci zuzulassen; hingegen, wo nur eine Feldmark von fremden Servituten befreiet ist, aber die Gemeinschaft der Genossen ferner besteht, um nach vorgängiger Genehmigung der Regierung die Errichtung einer Gemeindefchäferci zu bewirken, welche ihrer Natur nach nur als patri-

monium universitatis wird betrachtet werden können.

Sofern nicht durch Vertrag, Herkommen oder Verjährung eine Beschränkung begründet ist, muß eine Schäferereigerechtigkeit für uneingeschränkt angenommen werden; sowohl in Hinsicht auf die Stückzahl des Viehes, als auf die Hütungszeit <sup>5)</sup>. Der Umfang und die Durchwinterungsmittel des mit der Schäfererei berechtigten Landguts können nie zum Maßstab für die Ausdehnung der Schafzucht desselben angesehen werden, eben weil der Begriff von Wirthschaftsvieh nur beim Zugvieh, den Kühen und Schweinen zutrifft, die Schäfererei aber einen für sich bestenden Zweig der Landwirthschaft ausmacht <sup>6)</sup>. Dabei befinden sich die übrigen Feldmarksgenossen, oder auswärtige Eigenthümer von der Schafhude unterworfenen Grundstücken, in dem Verhältnisse eines domini praedii servientis, welcher dem Rechte des domini praedii dominantis, hier des Schäferereiherrn nachstehen muß <sup>7)</sup>. Es darf dieses von Letztern jedoch nie soweit ausgedehnt werden, daß der Weidebedarf für das eigentliche Wirthschaftsvieh der übrigen Feldmarksgenossen oder Hütungspflichtigen, nach dessen hergebrachtem Bestand, beeinträchtigt wird, wie solches die oben angeführten Landesgesetze ausdrücklich verordnen.

<sup>5)</sup> Sagemann, a. a. D. §. 313. S. auch Preuß. allg. meines Landr. Th. I. Tit. 22. §. 150.

<sup>6)</sup> Bei der abweichenden Meinung — von Ende, jurist. Abhandl. Nro. 14. Kind, Quaest. forens. Cap. 42. (II. p. 160.) Danz, Deutsch. R. II. S. 527 flg. — scheint die Eigenthümlichkeit der Schafzucht übersehen zu seyn.

<sup>7)</sup> arg. L. 13 §. 1. D. de Serv. Pr. Rust. (VIII. 3.) L. 21. D. de Serv. Pr. Urb. (VIII. 2.)

Zwischen mehreren Schäferereien kann, in Ermangelung ausdrücklicher Bestimmungen, nur das Herkommen nach einer Durchschnittsberechnung gewisser Jahre das gegenseitige Verhältniß der Häupterzahl bestimmen, eben nach der Verordnung der erwähnten Landesgesetze, welche die Berücksichtigung der herkömmlichen Weidebefugnisse zur Pflicht machen <sup>8)</sup>).

---

- <sup>8)</sup> *Pufendorf*, *Animadversiones Juris*, Nro. 31. §. 3.  
Solche concurrirende Schäferereien werden übrigens nie als Koppelhütung, *compascuum*, wohl aber vermöge gegenseitiger Servitut ausgeübt. *Hagemann und Günther*, *Archiv für theor. und pract. Rechtsgel.* IV. Nro. 2.
-

## VI.

Landesmatricul, oder Matricularanschlag auf einen Monat Römerzugs im Fürstenthume Braunschweig = Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils.

---

Da die Vertheilung der Reichs- und Kreis- Steuern nicht unwichtige Aufschlüsse über das staatsrechtliche Verhältniß der einzelnen Classen der Unterthanen und ihre finanzielle Lage giebt, und die Basis derselben, die sogenannte Landesmatricul, wenig bekannt ist, und jetzt, bei veränderter Lage der Sache, leicht gänzlich vergessen werden könnte, so werden hier einige Copien der im hiesigen Landschaftlichen Archive bewahrten Originalien, theils vollständig, theils auszugsweise, geliefert.

Eine kurze Geschichte dieser Matricul wird hier am rechten Orte stehen.

Der Matricularanschlag des Fürstenthums Braunschweig = Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils, betrug 22  $\frac{1}{2}$  Mann zu Roß und 104 zu Fuß, jene zu 12 fl., diese zu 4 fl. monatlich gerechnet, betrug 686 Gfl. für einen Monat, welches wiederum, den Gfl. zu 21 Ggr. angenommen, 600 Rthlr. 6 Ggr. ausmacht.

Der Hildesheimische Landestheil, welcher in Folge der Stiftsfehde mit dem Fürstenthume Wolfenbüttel vereinigt worden war, ward zu ein Drittheil des Bisthums angenommen und in dem Verhältnisse jenem Matriculars

Anschlage 6 zu Roß und 26  $\frac{2}{3}$  zu Fuß, oder 178 fl. 14 Ggr. hinzugesetzt. Bis zur Restitution der Hildesheimischen Landestheile im Jahre 1643 betrug also der Wolfenbüttelsche Matricularanschlag 864 gute Gulden 14 Ggr. oder 756 Rthlr. 14 Ggr.; und da bei der Restitution einige Hildesheimische Parzellen zurückbehalten und dem Fürstenthume definitiv beigelegt wurden, so bestimmt sich seitdem dessen Anschlag auf 603 Rthlr. 19 Ggr. 6 Pf. in simplo.

Nach diesen Anschlägen ist ein Subrepartitionsfuß, die sogenannte Landesmatricul, entworfen und von Zeit zu Zeit nachgesehen und berichtigt, wenigstens geändert. Die erste Matricul ist vom Jahre 1532 <sup>1)</sup>. Nach einem Verzeichnisse von 1557 betrug damals das Simplum der Prälatur . . . . 157 Rthlr. 12 Ggr.  
der Städte . . . . 281 = 6 =  
der Beschlossenen u. Erbsassen 130 = — =  
der Unterthanen . . . . 194 = 6 =

---

Summa 763 Rthlr. — Ggr.

Als nachmals die, auf dem Reichstage zu Augsburg im Jahre 1566 verwilligte, Türkenhilfe zu 24 Römermonaten aufgebracht werden sollte, erhoben sich Beschwerden über eine Unrichtigkeit der Landesmatricul. Man unterhandelte in einem landschaftlichen Ausschusse zu Wolfenbüttel, den 26sten Juni, und auf einem Landtage zu Bockenem, d. 21sten August 1567, über eine Berichtigung der Matricul, welche hierauf auf dem Ausschustage zu Braunschweig, den 3ten März 1569 zu Stande kam. Man berücksichtigte bei dieser Berichti-

<sup>1)</sup> Braunschweigische Händel, I. S. 264.



gung die gutsherrlichen Einnahmen an Korn- und Geldzinsen und bestimmte die Quoten für

die Prälaten zu	. 148 Rthlr.	3 Ggr.	— Pf.
die Städte . . .	280	= —	= —
die Beschlossenen	. 44	= 14	= 6
die Erbgesessenen	. 99	= 19	= 6
die Amts- und Gerichtsunterthanen	191	= 23	= 6
Summa	764 Rthlr.	12 Ggr.	6 Pf <sup>2</sup> )

Auf den Landtagen von 1586, 1595 und 1596 ward wegen fernerer Berichtigung der Landesmatricul unterhandelt, aber erst nachdem, in Folge des Kreistages zu Braunschweig am 7ten October 1619, von der Landschaft durch den Landtagsabschied zu Salzthalen vom 19ten Juni 1620, dreizehn Römermonate und eine Tripelhilfe auf vier Monat verwilligt worden waren, ging man an's Werk, und im Deputations-Recess vom 13ten Juli 1620 wird erklärt, daß deputati den anno 1532 aufgerichteten Modum collectandi mit Fleiß revidirt hätten.

Diese damals berichtigte Matricul findet sich unten <sup>5)</sup>; dergleichen eine solche vom Jahre 1643, mit Nachweisung der Ansätze für die damals wiederum an das Stift Hildesheim zurückgegebenen Landestheile; endlich eine später entworfene, mit den speciellen Ansätzen

<sup>2)</sup> Landt. Absch. v. 23sten Mai 1567 und 3ten März 1569. Braunschw. Händ. I. S. 271 und S. 277.

<sup>5)</sup> Sie ist nur im Auszuge beigebracht, weil sie in Schopp, thesaur. iur. feud. pag. 159 abgedruckt und überdem in den folgenden Copien enthalten ist.

im Fürstenth. Braunschweig-Lüneb., Wolfenbüttelschen Thls. 83  
 der einzelnen Dörfer nach Verhältniß des, nach dem  
 Jahre 1619, in Befolgung der Schatzordnung, auf be-  
 stimmte Gegenstände veranlagten und im Jahre 1624  
 für die einzelnen Ortschaften, nach deren ausgemitteltem  
 Gesamtbetrage, auf ein Fixum gesetzten Landschages.

Vom Jahre 1656 findet sich folgendes Verhält-  
 niß beobachtet; zum simplio steuernten

die Prälaten . . .	98 Rthlr.	1 Ggr.	6 Pf.
die St. Braunschweig			
mit ihren Dörfern	200	= 10	= — =
die übrigen Städte .	72	= 12	= — =
die Ritterschaft . .	77	= 22	= — =
die Aemter u. Gerichte	154	= 22	= — =
Summa	603 Rthlr.	19 Ggr.	6 Pf.

Im Jahre 1716 ward das Simplum der Ritter-  
 schaft, in Beziehung auf dessen Subrepartition, berich-  
 tigt, und die Rittermatricul zu diesem Zwecke entwor-  
 fen 4).

Im Jahre 1735 betrug das Simplum der Rit-  
 terschaft 92 Rthlr. 15 Ggr. 3  $\frac{5}{12}$  Pf.;

das Simplum der Stifter und Klöster hingegen  
 und zwar für

St. Blasii . .	2 Rthlr.	14 Ggr.	6 Pf.
St. Cyriaci . .	1	= 1	= — =
Gandersheim .	—	= 23	= 9 =
Königsutter . .	1	= 13	= 6 =
Stedterburg . .	4	= 7	= 10 $\frac{1}{3}$ =

---

Latus 40 Rthlr. 12 Ggr. 7  $\frac{1}{3}$  Pf.

---

\*) Abgedruckt in v. Liebhaber's Landr. u. Th. II. S. 266 flg.

Transp.	10 Rthlr.	12 Ggr.	7 $\frac{1}{3}$ Pf.
Amelunxborn .	6 =	7 =	10 $\frac{1}{2}$ =
Brunshausen .	1 =	16 =	— =
Claus . . .	1 =	1 =	— =
Kemnade . .	1 =	13 =	— =
Frankenberg .	1 =	1 =	— =
St. Lorenz . .	1 =	6 =	— =
Marienberg . .	1 =	13 =	— =
Marienthal . .	2 =	14 =	6 =
Riddagshausen .	7 =	12 =	11 $\frac{1}{6}$ =
Summa	35 Rthlr.	2 Ggr.	11 Pf.

## das der Städte

Braunschweig .	104 Rthlr.	4 Ggr.	— Pf.
Gandersheim .	10 =	20 =	— =
Helmstedt . .	19 =	1 =	6 =
Holzminde . .	11 =	11 =	— =
Königsutter . .	7 =	5 =	9 $\frac{2}{3}$ =
Stadt Oldendorf	5 =	5 =	— =
Seesen . . .	13 =	13 =	— =
Scheppenstedt .	9 =	15 =	— =
Schöningen . .	9 =	9 =	— =
Wolfenbüttel .	15 =	15 =	— =
Summa	206 Rthlr.	3 Ggr.	3 $\frac{2}{3}$ Pf.

endlich für die Aem-

ter und Gerichte 269 Rthlr. 21 Ggr. 11 $\frac{11}{12}$  Pf.

im Fürstenth. Braunschweig-Lüneb., Wolfenbüttelschen Theils. 85  
 Auszug aus dem Anschlag auff einen Monat Rö-  
 merzugs Im Fürstenthumb Brunßweig Wolf-  
 fenbüttelschen Theils. 11. Juli ao. 1620.

Der Stifter vndt Klöstere Anschlag.

Summarum 129 ₰ — 3℔ — 3

Der Stedte Anschlag.

Summa 298 ₰ 6 ℔ — 3

Der Beschloßten vndt Dro-  
 sten Anschlag.

Summa 21 ₰ 4 ℔ 6 3

Der Herren von Adell vndt  
 Erbsassen Anschlag.

Summarum 111 ₰ 18 ℔ — 3

Die Beambten vndt Gerichts-  
 herrn.

Summa alten Anschlages aus  
 den Gerichten

201 ₰ 8 ℔ 10 3

Summa Summarum alten  
 Anschlages von Herrn Prälaten,  
 Stifften, Klöstern, Stedten, Be-  
 schloßten, Drostten, Ritterschafft,  
 Flecken vndt Dörffern

754 ₰ 13 ℔ 4 3<sup>5)</sup>

Als auch befunden, das folgende Dörffer im An-  
 schlage der Türkensteuer nicht gewesen sein, die hie zu-

<sup>5)</sup> Die einzelnen Summen sind im Original corrigirt, die ge-  
 zogene ist es nicht, ist aber irrig berechnet, wie denn hier  
 761 Rthlr. 13 Ggr. 4 Pf und 6 Rthlr. 19 Ggr. sich er-  
 geben.

gebracht vndt biß auff gründliche Erkundigung gesehet.

Im Ambt Wolfenbüttel u. f. w.

Summa *ic.* 6 *℥* 19 *℞* — *℥*

(L. S.)      Friedrich Ulrich. *mpr.*

Henning v. Rhe-	Joh. v. Uslar	Hans v. Oldershu-
den.	Reinerns Abt	sen meine Handt.
Friedrich v. Uder	zu Ringelheimb.	Stenni von Stein-
Psc.	Valentin Möller	berg.
Ericus. N.	Dechant St.	
Tutius Reinhard.	Blasii.	

Joachimus Biffstorf der Stadt  
Helmstedt Secretarius.

Andreas Kyne der Stadt Al-  
feldt Secretarius. *mpr.*

Auszug einer alten Abschrift der Landesmatricul  
auf einen Monat einfachen Römerzugs, dem  
Fürstenthum Braunschweig, Wolfenb. Theils  
vndt dazu gehörigem  $\frac{1}{5}$  Stiffts Hildesheimb  
angeschlagen.

Von dem Rentm. Conr. Casp. Reichen aufgeantwortet ao. 1627.

Monatl. in simpl.

<i>℥</i>	<i>℞</i>	<i>℥</i>	Stiffte vndt Klöster.
127	10	6	Summa der Stiffte <i>ic.</i>
291	6		Summa der Städte
			der Herren Beschlöffen vndt Drosten
21	4	6	Summa.

NB. Hiervon wirdt abgesetzt, für Königs-  
lutter, so von dem von der Streithorst wieder  
eingezogen, 2 Rthlr. 18 Ggr. 6 Pf., für Neu-  
brück 1 Rthlr. 16 Ggr., von dem v. Mahren-

			holz und für Ottenstein 2 Rthlr. 19 Ggr. 6 Pf. von denen v. Landesberg eingezogen; wonach hier nur 13 Rthlr. 22 Ggr. 6 Pf.
114	15	—	der Herren von Adell vndt Erbsassen Summa.
			NB. Durch Berichtigungen reducirt auf 110 Rthlr. 20 Ggr. Dazu wegen Kirchberg u. Friedenswunsch zu Ildehausen 13 Ggr. 6 Pf.
208	—	10	Die Beamten vndt Gerichtsherren Summa.
762	14	4	Summa summarum, oder nach der Berichtigung 751 $\text{R}$ 13 $\text{M}$ .

Landesmatricul nach 1643 entworfen, mit Bemerkung der Ansätze für die damals wieder zurück gegebenen Hildesheimischen Landestheile; ohne Datum.

„Also vermüge des sub dato Braunschweig den 17/27 April Ao. 1643 getroffenen Vergleichs die bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel gewesene Hildesheimische Stücke hinwieder restituirt worden, dannenhero auch gemeltes Stifft den dritten Theil der Reichscolleoten, nemlich 178 fl. 14  $\text{M}$ , thuet 156  $\text{R}$  8  $\text{M}$ , vermüge der Reichs- vndt Kreismatricul das Fürstenthumb Wolfenbüttel bisdaher mit abgestattet nebenst den abgetretenen Stücken vndt Unterthanen hinwieder mit zurücknehmen müssen; So ist darauf nachfolgende Separatio gemacht, dem Fürstenthumb Wolfenbüttel die seinige, vndt dem Stifft Hildesheim die seinige nebest deren Quoten, so ein inder vermüge der Landesmatricul bisdaher getragen, angewiesen worden.“

## Prälaten

So Wolfenbüttelisch bleiben.

	℥	℔	℔
Ebtei vnd Capittel des Stiffts Ganders-			
heim . . . . .	6	—	—
Stift St. Blasii in Braunschweigk .	17	17	—
Stift St. Cyriaci daselbst. . . . .	8	8	—
St. Aegydii daselbst . . . . .	3	—	—
Kloster Königslutter . . . . .	3	3	—
= Riddagshausen . . . . .	18	18	—
= Marienthal . . . . .	12	12	—
= Amelunxborn . . . . .	12	12	—
= Claus . . . . .	1	13	6
= St. Lorenz vor Schöningen .	2	2	—
= Unser lieben Frawen Berg vor			
Helmstedt . . . . .	3	18	—
= Stedterburg . . . . .	3	18	—
= Frankenberg . . . . .	1	13	6
= Brunshausen . . . . .	1	13	6
= St. Marien vor Gandersheim	—	15	—
= Remnade . . . . .	1	6	—
Summa der Prälaten ic.	98	1	6

# Prälaten

So an das Stifft Hildesheim gangen.

		℥	℔	℥
Kloster	Ringelheimb . . . .	3	3	—
=	Grawhoff . . . .	3	18	—
=	Reiffenberg . . . .	2	12	—
=	Dorstadt . . . .	3	18	—
=	Heiningen . . . .	3	18	—
=	Woltingerode . . . .	3	18	—
=	Dhlhoff . . . .	3	18	—
=	Lambspring . . . .	5	—	—
Summa		29	9	—



## St ä d t e

So Wolfenbüttelisch bleiben.

	℥	℔	℥
Braunschweig, die Stadt für sich selbst <sup>6)</sup> . . . . .	187	12	—
Helmstedt . . . . .	20	—	—
Gandersheim . . . . .	14	9	—
Seesen . . . . .	9	9	—
Schöningen . . . . .	6	6	—
Königslutter . . . . .	5	15	—
Scheppenstedt . . . . .	5	15	—
Stadt Oldendorf . . . . .	5	15	—
Holzminde . . . . .	5	15	—
Summa der Städte	260	—	—

## D r o s t e n

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleiben.

	℥	℔	℥
Die von der Streithorst uff Königslutter	2	18	6
Cappau, ieko Bülow zu Brunsrode	1	13	—
Mahrenholz zu Neubrück . . . . .	1	16	—
Latus	5	23	6

<sup>6)</sup> Wegen ihrer behaupteten Unabhängigkeit hat die Stadt Braunschweig die Reichs- und Kreisanlagen unmittelbar abgeführt, daher ihr Ansaß auch in einem vorhandenen Verzeichnisse derjenigen Pöste, welche von den Anschlägen der Landesmatricul abgingen, mit aufgeführt sich findet, gleich denen für Eich und Wendhausen.

# St ä d t e

So an das Hildesheimische gangen.

	℥	℔	℥
Alfeldt . . . . .	15	5	—
Bokenem . . . . .	12	—	—
Summa	27	5	—

# D r o s t e n

So an das Stifft Hildesheim gehen.

	℥	℔	℥
Hennig von Quikow Erben wegen			
Wiedenlah . . . . .	5	—	—
Summa	5	—	

## Drosten

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleiben.

	℥	℔	℔
Transp.	5	23	6
Dr. Daniel von Campen wegen Kirch-			
berg . . . . .	—	12	—
Landsberg wegen Ottenstein . . .	2	19	6
Der Rath zu Braunschweig wegen			
Wendhausen . . . . .	1	21	—
Derselbe wegen Gericht Eich . . .	5	—	—
Summa	16	4	6

## Ritterschaft

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleibet.

	℥	℔	℔
Edele Herr von Warberg . . . . .	4	4	—
Comptorei Süpplingburg . . . . .	2	19	6
Comptorei Lucklum . . . . .	2	19	6
Probstei St. Johannis in Braunschweig	—	12	—
Die von Beltheim zu Destedt . . .	3	18	—
Die von Bartensleben zur Wolffsburg	6	6	—
Die von der Affeburg . . . . .	6	6	—
Die von Steinberg, wegen Achim, Bo-			
denburg und Bornumhausen . . .	3	1	6
noch wegen der Spadischnen Güeter	—	8	—
Die von Salder . . . . .	3	12	—
Die von Hohn zu Großen Bahlberg	3	3	—
Latus	36	13	6

# Ritterschaft

So an das Stifft Hildesheim gehet.

	℥	℔	℔
Comptorei Bedding . . . . .	1	—	—
Die von der Affeburg zu Almstedt . . . . .	1	6	—
Die von Oidershausen . . . . .	3	—	—
Die von Steinberg, wegen Brüggem . . . . .	1	—	—
Die von Steinberg zum Wispenstein . . . . .	2	22	—
Die von Salder . . . . .	2	12	—
Die von Bortfeldt vom Söderhof . . . . .	1	12	—
Die von Wallmoden insgesamt . . . . .	2	12	—
Chedel B. von Wallmoden, wegen Hon-			
rode . . . . .	—	8	—
Die von Schwicheldt insgesamt . . . . .	2	12	—
Die von Gadenstedt . . . . .	2	12	—
Latus	21	—	—

## Ritterschaft

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleiben.

	Transp.	℥	℔	℔
Die von Gramm zu Samptleben . .	2	12	—	—
NB. geben aber ich nur 1 Rthlr.				
Die von Bortfeldt, von Delber, En- gerode und Nienhagen . . . .	4	8	—	—
Die von Bülow zu Döbsefelde . . .	2	12	—	—
Die von Hohnrodt . . . . .	2	2	—	—
Probstei Döbburg . . . . .	—	12	—	—
Die von Wallmoden, wegen der Gü- ter zu Seesen . . . . .	—	6	—	—
Gurdt von Schwicheltdt, wegen Bahrunb	—	8	—	—
Die von Gramm, wegen Delber . .	2	12	—	—
Dieselben, wegen Dölkersen . . .	1	—	—	—
Die von Wehrder zu Bisperode . .	2	12	—	—
Die von Wrisberg . . . . .	—	20	—	—
Die Stopeler postea Hambstedt, icho D. Brünning's Erben, wegen der Kauschenplatten Güeter zu Wolperode vndt Hilprechtshausen . . . .	1	21	—	—
NB. Hierzu müssen die im Stift Hil- desheim belegenen Güeter, so Göze in possessione hat, contribuiren.				
Lippen Erben, vom Behndten zu Rhüden . . . . .	—	2	—	—
<hr/>				
Latus	57	20	6	—

# Ritterschaft

So an das Stifft Hildesheim gehet.

	⌘	℔	℥
Transp.	21	—	—
Die von Wrisberg . . . . .	1	16	—
Die von Wrisberg, wegen der Rehe- bocke Güeter . . . . .	—	12	—
Die Stopeler, wegen der Linden Güeter	1	16	—
Die Stopeler, wegen Wehrstedt . .	1	16	—
Strauben Erben, wegen Upstedt . .	—	1	—
Latus	26	13	—

## Ritterschaft

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleibet.

	Transp.	℥	℔	℥
Die von Beltheim, wegen der wüsten Dorfschaft vndt Holzung zu Orts- hausen . . . . .	—	57	20	6
Die Ingemann, ieko Obr. Koch, vom Zehnten zu Herrnhausen . . . .	—	—	6	—
Schulenburg zu Heelen . . . . .	—	—	1	—
Windensehe, wegen der Wendischen Güeter . . . . .	2	12	—	—
Die Schenken, wegen Langleben . .	—	—	17	—
D. Heinrich Schrad, wegen Kauten- berg (NB. bleibt im Wolfenbüttelschen)	—	—	1	—
Die von Dberg . . . . .	—	2	6	—
Die von Campe zu Deensen vndt Stadt Oldendorff . . . . .	—	10	—	—
Die von Gronde zu Kirchbrack . .	1	6	—	—
Die von Hoym zu Esbeck . . . . .	1	6	—	—
Die von der Streithorst zu Schlieffedt	1	3	—	—
Die von Mahrenholz, ieko Keese- bock zu Steimbke . . . . .	1	—	—	—
Die von Münchhausen zu Bevern .	—	22	6	—
Die von Münchhausen zu Meinbrexen	—	22	6	—
Eitel Carl von Beverling zu Wabum	—	12	—	—
Die Schenken, wegen Lauingscher Gü- ter . . . . .	—	12	—	—
Latus	70	8	6	

## Ritterschaft

So an das Stifft Hildesheim gehet.

	Transp.	⌘	℔	℥
Bertholdt von Rautenberg . . .	1	18	6	—
Kauschenplatten zu Sellenstedt . . .	—	20	—	—
Mengersheim zu Meimerhausen . . .	—	20	—	—
Die von Dberg . . . . .	—	20	—	—
Die von Rheden zu Rheden . . .	1	6	—	—
Die von Stöckheim . . . . .	1	6	—	—
Die von Röpzig . . . . .	1	6	—	—
D. Königs Erben, wegen Vochtem .	—	21	—	—
Glausz von Haus zu Stendel . . .	—	12	—	—
Die von Kniestedt zusammen . . .	—	12	—	—
Die von Garmßen . . . . .	—	12	—	—
Die von Gittelde, wegen Willershausen	—	15	—	—
Summa	37	3	6	—



## Ritterschaft

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleibet,

	℥	℔	℔
Transp.	70	8	6
Heinrich Julius von Kniestedt, wegen der Affellschen Güeter . . . . .	—	8	—
Obr. Leut. Gans, wegen Rhüdenschers Güeter . . . . .	—	18	—
Die Hacken zu Bodenwerder. . . . .	—	12	—
Die von der Streithorst zu Rottorf . . . . .	—	16	—
Die von Wendessen zu Bornum . . . . .	—	9	—
Pithan, wegen Sanderscher Güeter . . . . .	—	12	—
Mynsinger . . . . .	1	—	—
Steinbring zu Schöningen . . . . .	2	—	—
Nap, wegen Thiede . . . . .	—	12	—
Summa der Ritterschaft	77	11	6

## Ämter und Gerichte

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleiben.

	℥	℔	℔
Amt Wolfenbüttel . . . . .	57	12	—
= Eich . . . . .	4	4	—
= Wendhausen . . . . .	—	7	6
Behelde und andere Braunschw. (b. h. städtische) Dörfer . . . . .	1	13	6
Amt Bahrdorf . . . . .	1	13	6
= Neuhaus . . . . .	—	9	—
Iatus	65	11	6

# Aemter und Gerichte

So an das Stifft Hildesheim gehen.

	fl	M	h
Ambt Steinbrück . . . . .	4	4	—
= Schladen . . . . .	3	18	—
= Wiedelah . . . . .	3	18	—
= Bienenburg . . . . .	1	—	—
= Liebenburg . . . . .	14	4	—
= Woldenberg . . . . .	10	10	—
= Heinde und Pistringen . . . . .	—	12	—
<b>Summa</b>	<b>37</b>	<b>18</b>	<b>—</b>

## Aembter vndt Gerichte

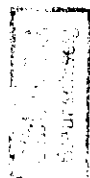
So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleiben.

	Transp.	℥	℔	℔
Brunsbode . . . . .	—	65	11	6
Ambt Neubrück . . . . .	—	—	7	6
= Calvörde . . . . .	—	—	10	6
= Calvörde . . . . .	1	13	6	—
= Schöningen . . . . .	6	6	—	—
= Königsutter mit Rottorf . . . . .	3	3	—	—
Süpplingburg . . . . .	—	—	7	6
Ambt Warberg . . . . .	2	4	6	—
= Terzheim . . . . .	5	16	—	—
= Voigtsdahlum . . . . .	1	—	—	—
= Samptleben . . . . .	1	—	—	—
= Hessen . . . . .	2	12	—	—
= Harzburg . . . . .	1	—	—	—
= Gebhardshagen . . . . .	—	15	—	—
= Lichtenbergk . . . . .	14	4	—	—
Bodenburgk vndt Destern . . . . .	—	9	—	—
Borumhausen . . . . .	—	7	—	—
Brunkensen vndt Holtensen . . . . .	—	6	—	—
Ambt Lutter am Barenbergk . . . . .	1	6	—	—
= Seesen . . . . .	6	6	—	—
= Staufenburgk . . . . .	2	19	6	—
= Gandersheim . . . . .	9	9	—	—
= Grena . . . . .	4	18	10	—
= Wickensen . . . . .	7	15	—	—
= Fürstenbergk . . . . .	—	15	—	—
= Forst . . . . .	1	12	—	—
= Ottenstein . . . . .	—	18	—	—
Ialms		141	2	4

# Aembter vndt Gerichte

So an das Stifft Hildesheim gehen.

		℥	℔	℥
	Transp.	37	18	—
=	Wintzenburg . . . . .	14	4	—
=	Alm = vndt Wehrstedt . . . . .	—	15	—
=	Steinbergische Dörfer . . . . .	—	21	6
=	Wrisbergische Dörfer . . . . .	—	12	—
=	Wispensteinische Dörfer . . . . .	—	18	—
=	Bilderlahe . . . . .	2	4	6
=	Westerhoffe . . . . .	3	18	—
Iatus		60	5	—



## Gerichte vndt Dörfer

So bei dem Fürstenthumb Wolfenbüttel bleiben.

	℥	℞	℥
Herbst und andere Riddagshäusische Dörfer . . . . .	—	6	—
Beltheim an der Ohe . . . . .	—	6	—
Lucklum . . . . .	—	6	—
Großen Bahlberg . . . . .	—	6	—
Neindorff . . . . .	—	2	—
Beltheimsche Dörffer im Gerichte De- stedt . . . . .	—	12	—
Duttenstedt . . . . .	—	3	—
Essinghausen . . . . .	—	2	—
Bartenslebische Flecken vndt Dörffer im Wehrder . . . . .	—	18	—
Bartenslebische Dörffer im Ambte Behr- dorff . . . . .	—	12	—
Der von Bülow Dörffer im Ambte Bahrdorff . . . . .	—	9	—
Nordtsteimke . . . . .	—	2	—
Quernhorst . . . . .	—	2	—
Halbgericht im Ambt Calvörde . . . . .	—	4	—
Grasleben im Ambt Schöningen . . . . .	—	4	—
Delsburg im Ambt Lichtenberge . . . . .	—	6	—
Bodenstein im Ambt Lutter . . . . .	—	2	—
Volkersen im Ambt Seesen . . . . .	—	6	—
Windhausen im Ambt Stauffenburg . . . . .	—	2	—
Hohenbüchen und Coppingen . . . . .	—	2	—
Latus	4	16	—

Gerichte vndt Dörfer  
So in's Stift Hildesheim gehen.

	⌘	℞	℥
Oberg . . . . .	—	3	—
Gadenstedt und Gr. Ilse . . . . .	—	10	—
Eiquordt . . . . .	—	2	—
Lüt. Ilse . . . . .	—	4	—
Flachs Stöckheim . . . . .	—	6	—
Ost Lutter . . . . .	—	1	—
Lerstedt . . . . .	—	2	—
Halb Rheden . . . . .	—	2	—
Sellenstedt . . . . .	—	2	—
Wetkenstedt . . . . .	—	1	—
Walmoden . . . . .	—	2	—
Binder . . . . .	—	1	—
Meimerhausen . . . . .	—	1	—
Armseul . . . . .	—	1	—
<hr/>			
Iatus	1	14	—
Summa der Aemter, Gerichte und			
Dörffer . . . . .	61	19	—

## Gerichte vndt Dörffer

So bei dem Fürstenthumb Wolffenbüttel bleiben.

	Transp.	fl.	ss.	z.
Merxhausen . . . . .	—	4	16	—
Altendorf . . . . .	—	—	1	—
Brede . . . . .	—	—	2	—
Krolbissen . . . . .	—	—	1	—
Meinbrechsen . . . . .	—	—	1	—
Meinbrechsen . . . . .	—	—	3	—
Laubach im Amte Forst . . . . .	—	—	1	—
Deenßen . . . . .	—	—	2	—
Bevern . . . . .	—	—	4	—
Negenborn . . . . .	—	—	2	—
Holenberg . . . . .	—	—	1	—
Iatus		5	10	
Summa der Aemter, Gerichte und Dörffer . . . . .	146	12	4	

## Summa summarum.

## Wolffenbüttelisch.

	fl.	ss.	z.
Stifftte vndt Klöster . . . . .	98	1	6
Städte . . . . .	260	—	—
Drosten . . . . .	16	4	6
Ritterschaft . . . . .	77	11	6
Aemter vndt Dörffer . . . . .	146	12	4
598		5	10

Summa summarum.

Hildesheimisch.

	⌘	ℳ	℔
Stifte vndt Klöster . . . . .	29	9	—
Städte . . . . .	27	15	—
Drosten . . . . .	5	—	—
Ritterschaft . . . . .	37	3	6
Nembter vndt Obrffer . . . . .	61	19	—
	160	22	6



Des Fürstenthums Braunschweig, Wolfenbüttel-  
schen Theils Matricul.

So nach dem in anno 1624 verdingten Landschatz ge-  
macht.

NB. Es ist diese Landesmatricul nicht datirt vorhanden, of-  
fenbar aber später entworfen, als die nächstvorstehende.  
Die Berücksichtigung des Landschatzes ist, seiner Natur  
nach, nur bei der Veranlagung der Dörfer angebracht  
worden.

Der Stifter und Klöster

	Einfache Römerzugsanlage.			Taxe.
	℥	℔	℥	
Abtei und Capittel des Stifts				
Gandersheim . . . . .	6	—	—	500
Stift St. Blasii in Braun-				
schweig . . . . .	17	17	—	458
Stift St. Cyriaci daselbst .	8	8	—	150
Kloster St. Aegydii daselbst	3	—	—	200
= Königsutter . . . . .	3	3	—	200
= Riddagshausen . . . .	18	18	—	916
= Marienthal . . . . .	12	12	—	458
= Amelunxborn . . . . .	12	12	—	458
= Clausß . . . . .	1	13	6	66
= St. Lorenz vor Schö-				
ningen . . . . .	2	2	—	200
Latus	85	13	6	

		Einfache Römerzugsanlage.			Taxe.
		⌘	III	2	⌘
Transp.		85	13	6	
=	St. Marienberg vor				
	Helmstedt . . .	3	18	—	200
=	Stedterburgk . . .	3	18	—	375
=	Frankenbergk . . .	1	13	6	66
=	Brunshausen . . .	1	13	6	58
=	St. Marien vor Gans-				
	dersheimb . . .	—	15	—	50
=	Kemnade . . .	1	6	—	50
Summa		98	1	6	

## Der Städte.

Braunschweigk . . . .	187	12	—	
Helmstedt . . . . .	20	—	—	650
Gandersheimb . . . . .	14	9	—	200
Seesenn . . . . .	9	9	—	250
Schöningen . . . . .	6	6	—	160
Königsutter . . . . .	5	15	—	160
Scheppensstedt . . . . .	5	15	—	210
Stadt Oldendorf . . . . .	5	15	—	150
Holzminde . . . . .	5	15	—	150
Summa	260	—	—	

## Der Beschlossenen und Drossen.

Der Rath zu Braunschweigk,				
wegen Wendhausen . .	1	21	—	
Derselbe, wegen Gerichts Eich	5	—	—	
Summa	6	21	—	

## Der Ritterschaft und Landsassen.

	℥	℔	℥
Edle Herrn zu Warbergk . . . . .	4	4	—
Commendator zu Lucklum . . . . .	2	19	6
Commendator zu Süpplingburg . . . . .	2	19	6
Probsten St. Johannis in Braunschweigk	—	12	—
Die von Büelow zur Brunsrohde . . . . .	1	13	6
Die sempliche v. Beltheim zu Destedt	3	18	—

Dazu geben Nachfolgende:

℥ ℔ ℥

Heinrich Julius von Belt-			
heim zu Bartensleben . . . . .	1	11	=
Heinrich von Beltheim zum			
Rosenthal . . . . .	=	21	3
Hans von Beltheims Erben			
zu Glentorf . . . . .	=	11	3
Philipp von Beltheim Er-			
ben zu Ueplingen . . . . .	=	11	3
Gurdt von Beltheim Er-			
ben zu Uderstedt . . . . .	=	11	3

Sa. 3 ℥ 8 ℔

Die von Beltheim, wegen der wüsten			
Dorf und Holzung Ortshausen . . . . .	—	6	—
Die von Bartensleben zur Wulffesburg	6	6	—
Die von der Affeburgk . . . . .	6	6	—

℥ ℔ ℥

Dazu giebt Christof von der			
Affeburgk . . . . .	1	13	6
Busse von der Affeburgk . . . . .	1	13	6

Latus 28 7 6

	⌘	℔	℔
Transp.	28	7	6

Die v. Quikow wegen Affeburgk 1 13 6

Löhneysen Erben wegen Affeb. 1 13 6

Weil aber solche Löhneysische  
alte Affeburgsche Stücke iezo  
vertheilet, so wird solche Por-  
tion nach folgender Gestalt  
iezoh aufgebracht, daß Löhney-  
sen selbst . . . 15 ℔,

Ganzel. Schwarzh-

kopff . . . 9 ℔

wegen Semmenstedt,

Am Wolfenbüttel

wegen des Zehnten

zu Groß. Bahlberg 7 ℔,

Knochenhauers Er-

ben wegen des

Zehnten zu Hachen 6 ℔ 6 ℔

Sa. 6 ⌘ 6 ℔

Die von Steinberg zu Bodenburg	2	1	—
--------------------------------	---	---	---

" " " zu Bornumhausen	1	—	6
-----------------------	---	---	---

" " " wegen Spaden Güeter	—	8	—
---------------------------	---	---	---

" " " wegen Achim	—	8	—
-------------------	---	---	---

Die von Salder haben vor diesem ge-  
ben 6 ⌘: davon werden in's Hildes-  
heimische nunmehr contribuiert 2 ⌘

12 ℔. Bleiben in Wolfenbüttelschem	3	12	—
------------------------------------	---	----	---

Dazu giebt der Hoeff zu Salder,

Tatus	35	13	—
-------	----	----	---

	Transp.	℥	℔	℔
den Sachse gehabt, . . . 1 ℥ 18 ℔		35	13	—
Der ander Hoeff zu Salder,				
darin Quikow inmittirt 1 = 6 =				
Der Saldersche Hoff zu				
Abersen . . . . . — = 4 =				
Wieweg, wegen inhabend				
Güter . . . . . — = 8 =				
<hr/>				
Sa. 3 ℥ 12 ℔				
Die von Hoym zu Großen Bahlberg℥	3	3	—	
Die von Hoym zu Essbeck . . . . . 1	1	3	—	
Die von Bortfeldt haben vor diesem				
von allen ihren Wulffenbüttelschen				
vnd Hildesheimischen Guetern ins-				
gesamdt gegeben 5 ℥ 20 ℔. Da-				
von gehen ab wegen Söder, so nach-				
her Hildesh. contribuiret 1 ℥ 12 ℔,				
bleiben nach Wulffenbüttel . . . . . 4	4	8	—	
Dazu giebt Christoff Gebhard von				
Bortfeldt, nunmehr Werner von				
Bortfeldt bewohnt, . . . 1 ℥ 6 ℔				
Friedrich von Bortfeldt				
des Strargen Sitz, so				
Carl von Gramm besizet,				
die dazu gehörige Meier-				
güter eingeschl. . . . . 1 = 6 =				
wegen Engerode . . . . . — 20 =				
wegen Nienhagen . . . . . 1 = — =				
<hr/>				
Sa. 4 ℥ 8 ℔.				
<hr/>				
	Latus	44	3	—

	Transp.	℥	℔	℥
Die von Buelaw zu Obßfelde . . .	44	3	—	—
Dazu geben die von Buelaw selbst . . . . . 1 ℥ 6 ℔	2	12	—	—
Die Spiegel, wegen der andern Hälfte, so sie von dem von Buelaw erkaufte, . . . . . 1 = 6 =				
Sa. 2 ℥ 12 ℔				
D. Daniel von Campen, wegen Kirchberg . . . . .	—	12	—	—
Noch derselbe, wegen des Guts zu Stedehausen . . . . .	—	1	6	—
Georg Friedrich von Hohnrodt zu Weltheim an der Dhe . . . . .	2	2	—	—
Noch derselbe wegen der Probstei Alsburg . . . . .	—	12	—	—
Die von Walmoden, wegen Seesenscher Gueter . . . . .	—	6	—	—
Die von Schwiechelt zu Bahrum . . . . .	—	8	—	—
Die von Gram zu Olber und Volkersen . . . . .	2	12	—	—
Viborius von Briessbergk zu Brunkensen . . . . .	—	20	—	—
Johst von Wehrder zu Wisperode . . . . .	2	12	—	—
Die Stapeler, wegen der Gueter zu Gandersheimb . . . . .	—	2	—	—
D. Brünigs Erben wegen Hamstedt . . . . .	1	—	—	—
Lippen Erben vom Zehnten zu Rühden . . . . .	—	2	—	—
Acket von der Schulenburg zu Heelen . . . . .	2	12	—	—
Philipp Siegmundt von Windensee, wegen Wendessen Gueter . . . . .	—	17	—	—
Latus 60 13 6				

	⌘	℔	℔
Transp.	60	13	6
Die Schenken, wegen Launwingscher Gueter . . . . .	—	12	—
Dieselben, wegen Vangeleben . . . . .	—	1	—
Gangel. Heinrich Schrader, wegen Hau- tenbergk . . . . .	—	2	6
Die von Oberg haben von ihren Gue- tern vorhin gegeben 1 ⌘ 6 ℔. Davon kommen in's Hildesheimbsche 20 ℔. Bleiben im Wulffenbüttel- schen wegen Duttonsiedt und Essing- hausen . . . . .	—	10	—
Die von Campe, wegen Deensen vnd Stadt Oldendorf . . . . .	1	6	—
Die von Grohnde zu Kirchbrake . . . . .	1	6	—
Die von Grohnde zu Westerbrak			
Die von der Streithorst zu Schliesedt	1	—	—
Die von der Streithorst zu Rübblingen	—	12	—
Die von der Streithorst zu Rottorf . . . . .	—	16	—
Franz Julius von dem Knefebeck, wegen der Mahrenholtschen Gueter zue Nordsteinfke . . . . .	—	22	6
Die von Münchhausen zue Bevern . . . . .	—	22	6
Die von Münchhausen zue Meinbrechtsen	—	22	6
Eitel Carl von Weverling zue Wakem	—	12	—
Die von Kniestedt zue Burchtorff, we- gen Affelscher Gueter . . . . .	—	8	—
Obristlieut. Gans Erben, wegen der Rühdenschen Gueter im Ampte Lut- ter . . . . .	—	18	—
Latus	70	16	6

	℥	℔	℔
Transp.	70	16	6
Obristlieut. Hans Erben, wegen des Großen Roths am Elme . . . . .	—	4	—
Die Haken zum Bodenwerder . . . . .	—	12	—
Die von Gittelde haben vor diesem von ihren Guetern insgesambt gegeben 1 ℥ 3 ℔. Davon gehen ab wegen Willershausen 15 ℔. Bleiben in's Wollfenbüttelsche . . . . .	—	12	—
Die von Wendessen zu Bornum . . . . .	—	9	—
General-Major Pithaen zu Langelsheim . . . . .	—	12	—
Meynsfingerische Gueter . . . . .	1	—	—
Steinbring zu Schöningen . . . . .	2	—	—
Christoff Burchard Nep zu Thiede . . . . .	—	12	—
Oberster Koch zu Herrhausen . . . . .	—	6	—
Derselbe, wegen des Zehnten zu Herr- hausen . . . . .	—	1	—
Cangelar Schwarzkopf zu Lütken Fahl- berg . . . . .	—	3	—
Canzl. Henrich Schrad zu Niedern Sicke . . . . .	—	2	2
Obrister Berkesfeld zu Rittigerohde . . . . .	—	4	—
Adam von der Lanne . . . . .	—	2	—
Sa. der Ritterschaft vndt Landsassen	77	14	8



**Der Kempter vndt Gerichte**

	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschaft de 1624.
Ambt Wulffenbüttel.	℥	℔	℔	℥
Gericht Beddingen.				
Beddingen . . . . .	1	4	1 1/2	90
Blekenstedt . . . . .	—	20	7 1/2	66
Sawingen . . . . .	—	14	4 1/2	46
Ufingen . . . . .	—	15	7 1/2	50
Alvesse . . . . .	—	10	7 1/2	34
Wierthe . . . . .	—	9	4 1/2	30
Walstedt . . . . .	1	7	3	100
Stiddien . . . . .	—	7	9 3/4	25
Seitelde . . . . .	—	20	7 1/2	66
Reifferde . . . . .	—	10	—	32
Thiede . . . . .	—	21	10	70
Großen Stockheim . . . . .	—	10	7 1/2	34
Ganzler Königs Hof daselbst	—	1	10 1/2	6
Halchter . . . . .	—	18	9	60
Adam von der Tanne Hof				
Wümmelsen . . . . .	—	23	9	76
Adersen . . . . .	—	13	5 1/4	43
Drütte . . . . .	—	10	3 3/4	33
Immendorf . . . . .	—	10	11 1/4	35
Summa Gericht Beddingen	11	16	—	896
Halbgerichte.				
Sygerse . . . . .	—	12	6	40
Wendeburg† . . . . .	—	21	10 1/2	70
Bethmar . . . . .	—	18	9	60
Latus	2	5	1 1/2	170

## Der Aemter vndt Gerichte

Amt Wolfenbüttel.	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschaft de 1624.
	⌘	℥	℔	
Halbgerichte.				
Transp.	2	5	1 ½	170
Wendezell . . . . .	—	15	7 ½	50
Piedingen . . . . .	—	10	7 ½	34
Bohnstedt . . . . .	—	18	9	60
Wahlbe . . . . .	—	19	8 ¼	63
Abching . . . . .	—	12	6	40
Woltorff . . . . .	—	9	4 ½	30
Summa Halbgerichte	5	19	8 ¼	447
Gerichte Dahlum.				
Obern Dahlum . . . . .	—	15	11 ¼	51
Niedern Dahlum . . . . .	—	19	8 ¼	63
Gabel Stöckheim . . . . .	—	15	7 ½	50
Rothem . . . . .	1	—	4 ½	78
Abelfiedt . . . . .	—	10	11 ¼	35
Ahem . . . . .	—	11	3	36
Ahlem . . . . .	—	22	6	72
Kehden Hoff daselbst . . . . .	—	5	—	16
Wendessiem . . . . .	—	13	5 ¼	43
Vinden . . . . .	—	7	9 ¾	25
Kentmeister Lauck Hoff . . . . .	—	3	10 ⅞	25
Der Eberdingen Hoff . . . . .	—	3	10 ⅞	25
Melverohde . . . . .	—	7	9 ¾	25
Summa Gericht Dahlum	6	18	1 ¼	494

## Der Aemter vndt Gerichte

	Einfache Römerzuge Anlage.			Vandschap.
Amtdt Wulffenbüttel.	⌘	M	℥	⌘
Gericht Evesen.				
Evesen . . . . .	—	15	—	48
Kneittlingen . . . . .	—	7	9 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	25
Eilem . . . . .	—	15	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	50
Weverling . . . . .	—	9	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	30
Streithorff's iho Schue-				
machers Hoeff . . . . .	—	2	6	8
Dettem . . . . .	1	5	8 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	95
Hachem . . . . .	—	7	9 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	25
Bolkem . . . . .	—	14	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	45
Obern Sichte . . . . .	—	14	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	45
Hehem . . . . .	—	15	—	48
Gilkem . . . . .	—	12	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	39
Summa Gericht Evesen	5	23	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	458
Gericht Scheppenstedt.				
Bansleben . . . . .	—	12	6	40
Eilem . . . . .	—	14	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	45
Warll . . . . .	—	15	—	48
Barnstorff ohne das Vorwerk	—	11	3	36
Byrde . . . . .	—	21	10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	70
Bergklingen . . . . .	—	15	7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	50
Sa. Ger. Scheppenstedt	3	18	3 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	289
Gericht Affeburgk.				
Großen Denkte . . . . .	1	2	6 <sup>5</sup> / <sub>4</sub>	85
Welken Hof daselbst . . . . .	—	1	3	4
Latus	1	3	9 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	89

## Der Aemter vndt Gerichte

Amt Wölffenbüttel.	A	Einfache Kömerzugs Anlage.			Landische.
		M	A	A	
Gericht Affeburgk.					
Transp.	1	3	9 $\frac{3}{4}$	89	
Lütken Denkte . . . . .	—	9	4 $\frac{1}{2}$	30	
Witmer . . . . .	—	7	9 $\frac{3}{4}$	25	
Sotmer . . . . .	—	7	9 $\frac{3}{4}$	25	
Nemlingen . . . . .	—	21	10 $\frac{1}{2}$	70	
Semmenstedt . . . . .	—	17	2 $\frac{1}{4}$	55	
Großen Winnistedt . . . . .	—	16	3	52	
Lütken Winnistedt . . . . .	—	15	7 $\frac{1}{2}$	50	
Hedeber . . . . .	1	7	3	100	
Timmern . . . . .	—	11	10 $\frac{1}{2}$	38	
Großen Biewenden . . . . .	—	20	3 $\frac{3}{4}$	65	
Lütken Biewenden . . . . .	—	17	2 $\frac{1}{4}$	55	
Seinstedt . . . . .	—	20	3 $\frac{3}{4}$	65	
Borsum . . . . .	1	2	6 $\frac{3}{4}$	85	
Kelm . . . . .	—	5	—	16	
Borum . . . . .	—	15	7 $\frac{1}{2}$	50	
Strobken Hof daselbst . . . . .	—	2	2 $\frac{1}{4}$	7	
Münche Bahlberg . . . . .	—	13	1 $\frac{1}{2}$	42	
Sa. Ger. Affeburgk	12	4	9 $\frac{3}{4}$	979	
Sa. Amt Wölffenbüttel	46	4	1 $\frac{1}{4}$	3606	

## Riddagshausische Dörfer.

Mascherode . . . . .	—	12	6	40
Münche Scheppenstedt . . . . .	—	7	9 $\frac{3}{4}$	25
Quernheimb . . . . .	—	6	10 $\frac{1}{2}$	22
Latus	1	3	2 $\frac{1}{4}$	87

## Der Aembter vndt Gerichte

	Einfache Römerzugs Untage.			Landschap.
	℥	℔	℥	℥
Riddagshausische Dörfer.				
Transp.	1	3	2 1/4	87
Honlage . . . . .	—	14	3/4	45
Gliesmarode . . . . .	—	4	8 1/4	15
Mehrdorff . . . . .	—	15	7 1/2	50
Dorf Herbst oder Herbst . . . . .	—	1	3	4
Die Nienhofer vor'm Kloster . . . . .	—	—	11 1/4	3
Sa. Riddagsh. Dörfer	2	15	9	204
Gerichte Destedt.				
Destedt . . . . .	—	3	1 1/2	10
Urkerohde . . . . .	—	5	7 1/2	18
Hennekenrohde . . . . .	—	5	11 1/4	19
Schulenrohde . . . . .	—	5	—	16
Kremlingen . . . . .	—	8	1 1/2	26
Sa. Ger. Destedt	1	3	9 3/4	89
Belthheim an der Dhe . . . . .	—	7	9 3/4	25
Lucklum, Dorff . . . . .	—	3	1 1/2	10
Großen Bahlbergk . . . . .	—	15	—	48
Niendorff . . . . .	—	6	3	20
Achim . . . . .	—	5	7 1/2	18
Lütken Bahlberg . . . . .	—	9	4 1/2	30
Niedern Sichte . . . . .	—	18	9	60
Rübbelingen . . . . .	—	9	4 1/2	30
Schlifstedt . . . . .	—	8	1 1/2	26
Wakumb . . . . .	—	13	5 1/4	
Summa	4	—	10 3/4	267

## Der Aemter und Gerichte

	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschap.
	⌘	℞	λ	⌘
Stdt. Braunschweigische Dörfer.				
Wendthausen . . . . .	—	7	6	24

## Eichgerichte.

Wedlenstedt . . . . .	—	4	4 1/2	14
Broihem . . . . .	—	13	9	44
Bortfeldt . . . . .	—	18	9	60
Watenbüttel . . . . .	—	8	9	28
Lamme . . . . .	—	7	6	24
Zimmerlahde . . . . .	—	10	—	32
Denstorf . . . . .	—	11	3	36
Sonnenbergk . . . . .	—	12	6	40
Bolkerohde . . . . .	—	12	6	40
Gleidingen . . . . .	—	6	3	20
Sa. Eichgerichte	4	9	7 1/2	338

## Mehr Braunsch. Dörfer.

	⌘	℞	λ	⌘	℞
Becheldt . . . . .	—	3	1 1/2	10	—
Ampleben . . . . .	—	7	6	24	—
Rühden . . . . .	—	6	3	20	—
Rühningen . . . . .	—	10	—	32	—
Lehndorf . . . . .	—	8	9	28	—
Schonlage . . . . .	—	8	9	28	—
Olber . . . . .	—	10	10	34	16

## Sa. dieser Braunsch.

Dörffer . . . . .	2	7	1 1/2	176	16
-------------------	---	---	-------	-----	----

## Der Aemter, Gerichte und Dörffer

Amt Bährdorf.	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschag.		
	℥	℔	℥	℥	℔	℥
Bährdorf . . .	—	12	6	40	—	—
Riekensdorf . . .	—	10	3 3/4	33	—	—
Papenrohe . . .	—	10	—	32	—	—
Meyenrothe . . .	—	7	9 3/4	25	—	—
Lütken Twülpstedt	—	10	3 3/4	33	—	—
Lütken Sissbeck . .	—	6	3	20	—	—
Rümmer . . . .	—	6	10 1/2	22	—	—
Sa. A. Bährdorf	2	16	3/4	205	—	—

## Bülowische Dörffer das.

Mackendorf . . .	—	4	2	13	8	—
Salzdorf . . .	—	4	2	13	8	—
Wehrstedt . . .	—	4	2	13	8	—
Belpke . . . .	—	14	3/4	45	—	—
Sa. Bülow. Dörff.	1	2	6 3/4	85	—	—

## Bartenslebsche Dörffer.

Graffhorst . . .	—	2	3	7	5	4
Dandorf . . .	—	1	5	4	10	8
Groß. Twülpstedt	—	—	10 1/4	2	18	8
Großen Sissbeck . .	—	9	4 1/2	30	—	—
Nort Steimke . . .	—	2	7 1/4	8	8	—
Bosfelde . . . .	—	2	7 3/4	8	8	—
Restorf . . . .	—	2	5 1/2	7	18	8
Barmenow . . .	—	3	5 3/4	11	16	—
Brachstedt . . .	—	2	3	7	5	4
Latus	1	3	4	87	18	8

## Der Aemter, Gerichte und Dörffer

	Einfache Römerzug- Anlage.			Landschas.		
	℥	℔	℥	℥	℔	℥
Bartenslebische Dörffer.						
Transp.	1	3	4	87	18	8
Hoitlingen . . .	—	2	3	7	5	4
Eidesche . . .	—	2	7 ¾	8	8	—
Borgfelde . . .	—	2	3	7	5	4
Abnebeck . . .	—	2	11 ½	9	10	8
Parfow . . .	—	2	3	7	5	4
Brechdorff . . .	—	3	4 ½	8	8	—
Wendschott . . .	—	2	3	7	5	4
Wischott . . .	—	1	5	4	10	8
Welftorff . . .	—	—	7 ½	1	22	8
Vorlassen vor der						
Wulfesburgk .	—	—	9 ½	2	18	8
Sa. *) Bartens-						
lebische Dörffer	1	14	9 ¾	124	17	4
Amt Neuhaß.						
	℥	℔	℥			℥
Reislingen . . .	—	3	9			12
Wolkmarßdorff . . .	—	3	9			12
Sa. Amt Neuhaß						
	—	7	6			24
Gerichte Brunsrohde.						
Großen Brunsrohde . . .	—	6	3			20
Kleinen Brunsrohde . . .	—	3	1 ½			10
Sa. Brunsrohde						
	—	9	4 ½			30

\*) Die richtige Summe ist 2 Rthlr. — Ggr. 1 ¾ Pf. Einf. Römerz. Anlage und 151 Rthlr. — Ggr. 8 Pf. Landschas.



## Der Kempter, Gerichte vndt Dörffer

Ambt Neuburgl.	Einfache Römerzugs Anlage.			Pandschag.
	℥	℞	℥	
Vorsassen . . . . .	—	1	3	4
Thune . . . . .	—	2	6	8
Wenden . . . . .	—	3	9	12
Sa. Ambt Neuburgl.	—	7	6	24

## Ambt Calvörde.

Flecken Calvörde . . . . .	—	18	9	60
Hünnerdorff . . . . .	—	4	8 $\frac{1}{4}$	15
Bernbroch . . . . .	—	4	8 $\frac{1}{4}$	15
Elzbeck . . . . .	—	5	7 $\frac{1}{2}$	18
Seferitz . . . . .	—	3	1 $\frac{1}{2}$	10
Perlep . . . . .	—	4	8 $\frac{1}{4}$	15
Kossowitz . . . . .	—	6	3	20

## Halbgericht daselbst.

Welftorff . . . . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Whtmöden . . . . .	—	1	6 $\frac{3}{4}$	5
Zobbenitz . . . . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Kluden . . . . .	—	—	—	—
Sa. Ambt Calvörde	2	3	3	164

## Ambt Schöningen.

Offleben . . . . .	—	11	10 $\frac{1}{2}$	38
Wobke . . . . .	—	7	9 $\frac{3}{4}$	25
Alversdorff . . . . .	—	12	6	40
Buddenstedt . . . . .	—	15	7 $\frac{1}{2}$	50
Latus	1	23	7 $\frac{3}{4}$	153

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

Amt Schöningen.	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschag.
	℥	℔	℔	
Transp.	1	23	7 $\frac{3}{4}$	153
Reinsdorff . . . . .	—	7	9 $\frac{3}{4}$	25
Erwießlingen . . . . .	—	17	2 $\frac{1}{4}$	55
Runstedt . . . . .	—	13	1 $\frac{1}{2}$	42
Heyerstorff . . . . .	—	14	$\frac{3}{4}$	45
Honsleben . . . . .	—	5	7 $\frac{1}{2}$	18
Westendorff . . . . .	—	3	1 $\frac{1}{2}$	10
Ostendorff . . . . .	—	3	1 $\frac{1}{2}$	10
Esbeck . . . . .	—	12	6	40
Sa. Amt Schöningen	5	4	4 $\frac{1}{2}$	398

## Marienthalsche Dörffer.

	℥	℔	℥	℥	℔
Emmerstedt . . . . .	—	17	2 $\frac{1}{4}$	55	—
Barmbecke . . . . .	—	12	6	40	—
Quernhorst . . . . .	—	3	1 $\frac{1}{2}$	10	—
Grasleben . . . . .	—	5	2 $\frac{1}{2}$	16	16
Göhen Hoeff daselbst	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3	—
Abtiffin Hoeff das.	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3	—
Sa. Marienth. Dörffer	1	15	10 $\frac{3}{4}$	127	16

## Amt Königsutter.

	℥	℔	℔	℥
Oberndorff Uutter . . . . .	—	6	3	20
Lawingen . . . . .	—	12	6	40
Rieschbergk . . . . .	—	6	3	20
Gunstedt . . . . .	—	6	3	20
Borum . . . . .	1	1	—	80
Latus	2	8	3	180

## Der Kempter, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzugs Anlage.			Landisches
	℥	℞	℥	
Ambt Königsutter.				
Transp.	2	8	3	180
Dreß Söplingen . . . .	1	7	3	100
Rottorff . . . . .	—	6	10 1/2	22
Elm . . . . .	—	18	9	60
Eangeleben . . . . .	—	—	3 3/4	1
Sa. Amt Königsutter	4	17	5 1/4	363
Söplingburgsche Dörffer.				
Söplingburgk . . . . .	—	7	9 3/4	25
Steinem . . . . .	—	9	4 1/2	30
Molinische Hoff daselbst	—	1	3	4
Sa. Söplingb. Dörffer	—	18	5 1/4	59
Warbergische Dörffer.				
Warbke . . . . .	—	3	1 1/2	10
Kepke . . . . .	—	18	9	60
Krellstedt . . . . .	—	15	7 1/2	50
Wolstorff . . . . .	—	10	11 1/4	35
Sa. Warberg. Dörffer	2	—	5 1/4	155
Ambt Ferraheimb.				
Ferraheimb . . . . .	—	21	10 1/2	70
Lappen Hoff daselbst	—	1	6 3/4	5
Beyerstedt . . . . .	—	20	3 3/4	65
Gevensleben . . . . .	—	21	10 1/2	70
Söllingen . . . . .	1	7	3	100
Latus	5	—	10 1/2	310

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

Ambt Terrheimb.	⌘	Einfache Römerzugs Anlage.		Pandschag. ⌘
		<i>M</i>	<i>A</i>	
Transp.	5	—	10 1/2	310
Wattenstedt . . . .	—	15	7 1/2	50
Ingeleben . . . . .	—	21	10 1/2	70
Dobbeleem . . . . .	—	10	11 1/4	35
Sa. Ambt Terrheimb	6	1	3 3/4	465

## Ambt Bogtsdählem.

Großen Dählem . . . .	—	14	3/4	45
Kleinen Dählem . . . .	—	7	9 3/4	25
Sa. Ambt Bogtsdählem	—	21	10 1/2	70

## ● Ambt Hessem.

Dorff Hessem . . . . .	1	16	7 1/2	130
Dabstorff . . . . .	1	4	1 1/2	90
Sa. Ambt Hessem	2	20	9	220

Dorff Gamleben . . . .	—	4	8 1/4	15
Dorff Wagleben . . . .	—	7	9 1/4	25

## Ambt Harzburg.

Büntheim . . . . .	—	5	3 3/4	17
Newstadt . . . . .	—	7	2 1/4	23
Harlingerohde . . . . .	—	16	10 1/2	54
Bettingerohde . . . . .	—	11	3	36
Westerrohde . . . . .	—	9	4 1/2	30
Schlecke . . . . .	—	5	7 1/2	18
Sa. Ambt Harzb.	2	7	7 1/2	178

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

Amt Gebharzhagen.	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschap.
	℥	℔	℥	
Gebharzhagen . . . . .	—	15	7 ½	50
Leinde . . . . .	—	15	—	48
Herte . . . . .	1	1	3 ¾	81
Lappen Hoeff daselbst . . . . .	—	2	6	8
Laubmachersen . . . . .	1	1	—	80
Salbecht . . . . .	—	9	8 ¼	31
Sa. A. Gebharzhagen	3	21	1 ½	298

## Obergische Dörffer.

Duttenstedt . . . . .	—	3	1 ½	10
Essinghausen . . . . .	—	1	6 ¾	5

## Amt Lichtenbergk.

Berell . . . . .	—	18	9	60
Niedern Frieden . . . . .	—	8	5 ½	27
Obern Frieden . . . . .	—	5	11 ¼	19
Reppener . . . . .	—	16	3	52
Barbecke . . . . .	—	22	6	72
Osterlinde . . . . .	—	9	4 ½	30
Westerlinde . . . . .	—	9	4 ½	30
Hohen Affell . . . . .	—	14	4 ½	46
Nord Affell . . . . .	—	7	9 ¾	25
Pesse . . . . .	1	11	11 ¼	115
Woltwische . . . . .	—	23	4 ½	75
Salder . . . . .	—	20	7 ½	66
Watenstedt . . . . .	—	16	10 ½	54
Latus	8	17	7 ¾	671

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschag.
	℥	℞	℥	
Amt Lichtenbergk.				
Transp.	8	17	7 $\frac{3}{4}$	671
Bruchmachtershem . . . .	—	10	11 $\frac{1}{4}$	35
Levensiedt . . . . .	—	22	2 $\frac{1}{4}$	71
Hasensuß Hoeff daselbst	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Broisiedt . . . . .	1	—	4 $\frac{1}{2}$	78
Engelsiedt . . . . .	—	15	—	48
Hallendorff . . . . .	—	15	—	48
Kramme . . . . .	1	11	11 $\frac{1}{4}$	115
Lessen Hoeff daselbst . .	—	1	10 $\frac{1}{2}$	6
Bahrumb . . . . .	—	14	4 $\frac{1}{2}$	46
Wicken Hoeff daselbst . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Olßburgk . . . . .	—	9	4 $\frac{1}{2}$	30
Obern Saukopff . . . . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Niedern Saukopff . . . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Sa. Amt Lichtenbergk	15	2	5	1160
Dorff Borchtorff . . . .	—	4	8 $\frac{1}{4}$	15
Olber . . . . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Engerode . . . . .	—	—	11 $\frac{1}{4}$	3
Steinberg. Flecken v. Dörffer.				
Bodenburg . . . . .	—	12	9 $\frac{5}{4}$	41
Nestern . . . . .	—	1	6 $\frac{3}{4}$	5
Bornumhausen . . . . .	—	10	11 $\frac{1}{4}$	35
Sa. Steinb. Fl. v. Dörffer	1	1	3 $\frac{5}{4}$	81

## Der Aempter, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschaft.
	⌘	℔	℔	⌘
Wrisbergische Dörffer.				
Brunkensen . . . . .	—	3	9	12
Lütken Holtensen . . . .	—	3	1 1/2	10
Sa. Wrisb. Dörffer	—	6	10 1/2	22

## A. Lutter a. Barenberg.

Lutter . . . . .	—	15	7 1/2	50
Haringen . . . . .	—	12	2 1/4	39
Hahausen . . . . .	—	7	2 1/4	23
Nawen . . . . .	—	11	10 1/2	38
Neuen Walmoden . . . .	—	5	7 1/2	18
Rohde . . . . .	—	—	7 1/2	2
Sa. A. Lutter a. Bbg.	2	5	1 1/2	170
Bodenstein, Dorff . . . .	—	5	7 1/2	18

## Ambt Seesen.

Schleweke . . . . .	—	18	9	60
Sehe . . . . .	—	6	3	20
Mahlum . . . . .	—	10	11 1/4	35
Lütken Rühden . . . . .	1	3	6	88
Ortshausen . . . . .	—	7	9 3/4	25
Engelshde . . . . .	—	7	6	24
Oßfelde . . . . .	—	15	7 1/2	50
Wulffshagen . . . . .	—	7	9 3/4	25
Bornumb . . . . .	—	14	3/4	45
Sa. Ambt Seesen	4	20	3	372

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzugß Anlage.			Landschaz.
	⌘	℥	℔	
Bolkersfen . . . . .	—	3	9	12
Eangelsheimb . . . . .	1	1	7 1/2	82
Oberst Hoffmanns Hoff				
dasselbst . . . . .	—	1	6 3/4	5
Heerhausen . . . . .	—	11	3	36

## Ambt Stauffenburgk.

Flecken Gittelde . . . . .	—	21	10 1/2	70
Oberhütte . . . . .	—	3	1 1/2	10
Teichhütte . . . . .	—	3	9	12
Neuehütte . . . . .	—	2	6	8
Badenhausen . . . . .	—	12	6	40
Moniehoff . . . . .	—	14	5/4	45
Zhlz = vndt Sievershausen	—	18	9	60

Sa. A. Stauffenburgk 3 4 6 3/4 245

Dorff Windhausen . . . . . — 6 10 1/2 22

## Gericht Kirchbergk.

Torneberg . . . . .	—	8	1 1/2	26
Elbehäusen . . . . .	—	11	6	36

Sa. Gericht Kirchbergk — 19 7 1/2 62

## Ambt Gandersheimb.

Wolperode . . . . .	—	3	9	12
Hamstedts Hoff daselbst	4	—	—	
Dankeloveffen . . . . .	—	11	10 1/2	38
Latus	4	15	7 1/2	50



## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

Ambt Gandersheim.	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschap
	℥	℔	℥	
Transp.	4	15	7 1/9	50
Heckenbeck . . . . .	—	10	—	32
Billerbeck . . . . .	—	4	3/4	13
Dixen . . . . .	—	4	3/4	13
Helmscherode . . . . .	—	4	3/4	13
Jonas Bruchtorffs Hoff	—	1	10 1/2	6
Gerenrohde . . . . .	—	8	1 1/2	26
Grembsen . . . . .	—	6	6 3/4	21
Oppershausen . . . . .	—	9	4 1/2	30
Kreienfen . . . . .	—	9	4 1/2	30
Sebelshausen . . . . .	—	5	7 1/2	18
Bentherode	} 12 ℥ gehen ab 14 = ins Ambt 11 = Westerhof			
Ellirohde				
Seberen halb				
Heyershausen . . . . .	—	4	5/4	13
Alten Gandersheim . . . . .	—	17	9 3/4	57
Uckenhausen . . . . .	—	11	3	36
Orrhausen . . . . .	—	4	3/4	13
Bressirohde . . . . .	—	5	3 3/4	17
Danhausen . . . . .	—	6	3	20
Kimmerohde				
Marx Rotker daselbst . . . . .	—	—	11 1/4	3
Georg Wilh. Probst Hoeff . . . . .	—	—	11 1/4	3
Boelshausen . . . . .	—	5	11 1/4	19
Neudorff				
Sa. Ambt Gandersheim	5	15	3 3/4	433

## Der Aemter, Gerichte und Dörffer

	Einfache Römerzug Anlage.			Landschap.
	℥	℔	℔	
Rittigerode . . . . .	—	4	8 1/4	15
Habenhausen . . . . .	—	5	7 1/2	18

## Amt Grehna.

Dorff Grehna . . . . .	—	7	9 3/4	25
Sppensen . . . . .	—	3	5 1/4	11
Garlepfen . . . . .	—	4	8 1/4	15
Hallershausen . . . . .	—	2	2 1/4	7
Boldagsen . . . . .	—	4	3/4	13
Holtensen . . . . .	—	3	1 1/2	10
Wettensen . . . . .	—	12	5	40
Bartshausen . . . . .	—	4	3/4	13
Brunsen . . . . .	—	9	4 1/2	30
Stroit . . . . .	—	7	9 3/4	25
Keyerde . . . . .	—	6	3	20
Desseligen (Delligsen) . . . . .	—	12	6	40
Casp. Reichen Hoeff das. . . . .	—	—	11 1/4	3
Bardegfen . . . . .	—	2	9 5/4	9
Ummensen . . . . .	—	7	6	24
Naenzen . . . . .	—	10	7 1/2	34
Erzhausen . . . . .	—	7	6	24
Bruchhoff . . . . .	—	3	9	12
Sa. Amt Grehna	4	14	11 1/4	355

Hohenbüchen . . . . .	—	3	1 1/2	10
Koppengraben . . . . .	—	3	1 1/2	10

## Der Aempter, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzugs Einlage.			Landschas.
Amt Wickenfen.	℥	℥	℥	℥
Niedere Börde.				
Harderohde . . . . .	—	10	7 1/2	34
Brembe . . . . .	—	13	1 1/2	42
Doensen . . . . .	—	10	7 1/2	34
Halle . . . . .	—	14	3/4	45
Hunzen . . . . .	—	5	7 1/2	18
Breidenkamp . . . . .	—	1	10 1/2	6
Kirchbracke . . . . .	—	4	8 1/4	15
Einft . . . . .	—	4	8 1/4	15
Heinrichshagen . . . . .	—	—	7 1/2	2
Wegensen . . . . .	—	2	6	8
Kreibke . . . . .	—	2	2 1/4	7
Luchtfelde . . . . .	—	8	1 1/2	26
Westerbracke . . . . .	—	4	4 1/4	14
Bockenhagen . . . . .	—	1	10 1/2	6
Haygen . . . . .	—	15	7 1/2	50
Sa. Niedere Börde	4	4	7 1/2	322
Obere Börde.				
Diermissen . . . . .	—	13	1 1/2	42
Lüerdissen . . . . .	—	6	6 3/4	21
Scharffoldendorff . . . . .	—	8	9	28
Flecken Eschershausen . . . . .	—	10	11 1/4	35
Holtensen unterm Rotenstein . . . . .	—	10	7 1/2	34
Borwohlde . . . . .	—	3	9	12
Joh. Steins Hoeff das.	—	—	11 1/4	3
Einem . . . . .	—	9	3/4	29
Latus	4	19	1/4	205

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

Obere Börde.	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschag.
	℔	℔	℔	
Transp.	4	19	1/4	205
Denkhausen . . . . .	—	1	10 1/2	6
Sandkühlen				
Wangelnstedt . . . . .	—	8	9	28
Heinade . . . . .	—	8	1 1/2	26
Emmerborn . . . . .	—	1	10 1/2	6
Vinnenkamp . . . . .	—	2	9 3/4	9
Venne . . . . .	—	7	6	24
Weinzholtensen . . . . .	—	3	9	12
Delkassen . . . . .	—	1	3	4
Sa. Obere Börde	4	3	8 3/4	319

## Gericht Heelen.

Dorff Heelen . . . . .	—	9	5/4	29
Daspe . . . . .	—	5	3 3/4	17
Brückell . . . . .	—	5	11 1/4	19

Frembte 18 ℔ geht ab.

Sa. Gericht Heelen	—	20	3 3/4	65
--------------------	---	----	-------	----

## Gericht Bisperohde.

Dorff Bisperohde . . . . .	1	7	3	100
Bessingen . . . . .	—	9	5/4	29
Sa. Gericht Bisperohde	1	16	3 3/4	129

## Ambt Fürstenbergk.

Borheim . . . . .	—	21	10 1/2	70
Derenthal . . . . .	—	15	7 1/2	50
Sa. Ambt Fürstenbergk	1	13	6	120

## Der Aembt, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzugs Anlage.			Landschaz.
	℥	℔	℥	
Ambt Holzminden.				
Merrhausen . . . . .	—	3	9	12
Altendorff . . . . .	—	7	2 1/4	23
Brack . . . . .	—	4	8 1/4	15
Krol disen . . . . .	—	5	11 1/4	19
Sa. Amt Holzminden	—	21	6 3/4	69
Meinbrechtsen . . . . .	—	1	6 3/4	5
Deensen . . . . .	—	4	8 1/4	15
Ambt Forst.				
Gelbach (Golmbach) . . . . .	—	17	9 3/4	57
Warbsen . . . . .	—	13	1 1/2	42
Rüchle . . . . .	—	10	11 1/4	35
Dolme . . . . .	—	10	—	32
Lütken Nahde . . . . .	—	7	9 3/4	25
Reilebsen . . . . .	—	6	3	20
Sa. Amt Forst	2	17	11 1/4	211
Dorff Bevern . . . . .	—	21	6 3/4	69
Amelunxborn'sche Dörffer.				
Laubach . . . . .	—	8	9	28
Holenberg . . . . .	—	6	3	20
Negenborn . . . . .	—	7	2 1/4	23
Sa. Amelunxb. Dörffer	—	22	2 1/4	71

## Der Aemter, Gerichte vndt Dörffer

	Einfache Römerzuges Anlage.			Landschas.
	⌘	℔	℥	
Ambt Ottenstein.				⌘
Flecken Ottenstein . . . .	1	7	3	100
Pichtenhagen . . . . .	—	9	4 ½	30
Grave . . . . .	—	10	—	32
Hohe . . . . .	—	7	9 ¾	25
Sa. Amt Ottenstein	2	10	5 ¼	187

Sa. aller Aemter, Gerichte

vndt Dörffer . . . . 12,548 ⌘ 3 ℔ 4 ℥

Deß Fürstenthumb Braunschweig-Lüneburgk, Wolfenbüttel, einfache Römerzuges Anlage thut 600 ⌘ 6 ℔.

Dazu geben:

	⌘	℔	℥
Stifter und Clöster . . . . .	98	1	6
Städte . . . . .	260	—	—
Beschloßte und Drosken . . . .	6	21	—
Ritterschaft und Landsassen . . .	77	22	8
Aemter, Gerichte und Dörffer . .	163	8	¾
Summa	606	5	2 ¾

## VII.

### Zur Geschichte der Stadt Helmstedt und des Klosters St. Lüdgeri.

---

Die Vorstellungen, welche man sich ehemals von dem Zustande unsers Vaterlandes und besonders des nördlichen Deutschlands zur Zeit der Römer und bis zu Carl dem Großen gemacht hatte, sind jetzt berichtigt, und man ist einverstanden, daß unsre Altvordern schon damals keine Wilde, vielmehr nur Barbaren in dem Sinne der Griechen und Römer gewesen sind, der verfeinerten gesellschaftlichen Ausbildung dieser Völker zwar fremd, allein nicht ohne feste Sitze und Gewerbe und Landwirthschaft. So mag denn die Hypothese Herrmann Conrings, daß die Gegenden, zu deren Geschichte hier ein Beitrag geliefert werden soll, früher von den Gothen bewohnt und angebauet worden wären, ein Schluß aus der Aehnlichkeit örtlicher Benennungen hier und in den schwedischen Provinzen Gothland, Bleking u. a. <sup>1)</sup> zwar gewagt, nicht aber mehr paradox erscheinen. Immer bleibt es jedoch eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit, daß die Cultur dieser Gegenden erst unter und nach

---

<sup>1)</sup> *H. Conring, de antiquissimo statu Helmstadii et viciniaconiecturae. Helmst. 1665.*

Carl dem Großen in ihrer nachmaligen Gestaltung gegründet worden ist, erst damals unter den spärlichen Ansiedelungen der Vorzeit Flecken und Städte entstanden sind, und daß diese bessere Bebauung größtentheils der Einführung des Christenthums und der Anlage geistlicher Stiftungen beigemessen werden muß.

1. Die Stadt Helmstedt hat auf diese Art unstreitig dem Kloster St. Lüdgeri ihr Daseyn zu verdanken, sollten auch früher schon ein Hof oder einige Wohnungen unter dieser Benennung daselbst gewesen seyn. Das Kloster ward, nach dem einstimmigen Zeugnisse der alten Chronisten <sup>2)</sup>, vom heiligen Lüdger, von dem es nachmals den Namen erhalten hat, errichtet. Die spätern Geschichtschreiber stimmen dem bei, und Heinrich Meibom besonders, welcher hier Ort und Kloster gleichbedeutend zu nehmen scheint, setzt die Zeit der Erbauung in das Jahr 789 <sup>3)</sup>.

Eine Hypothese des vormaligen Archiv-Registrators Nolten in Wolfenbüttel <sup>4)</sup>, das Kloster sey erst im zehnten Jahrhundert gestiftet, ist von J. F. Falke mit Scharfsinn und Gelehrsamkeit widerlegt <sup>5)</sup>.

Die Gegend um Helmstedt und der Grund selbst, worauf der Ort gebauet ist, findet sich später im Eigen-

<sup>2)</sup> *Ditmarus Merseburgensis, Analista Saxo, Chronicon picturatum und Lithania rhythmica.*

<sup>3)</sup> *Cranz, Metropolis, L. 1. c. 10. Dar. Chytracus, Chron. Saxoniae B. 2. Henr. Meibom, Oratio de origine Helmstadii in Script. rerum germanicarum T. III. p. 226 sq.*

<sup>4)</sup> *Braunschweig. Anzeigen von 1747, S. 2117 2c. unter dem Namen Constantius Olorino.*

<sup>5)</sup> *Eben daselbst v. 1748, S. 1881 2c.*



thume des Klosters St. Lüdgeri und wird also zu dessen ursprünglichen Gütern gehört haben, da sich keine Spur eines nachmaligen Erwerbs ergibt. Eine von Schaten <sup>6)</sup> angeführte Schenkung Kaiser Otto's des Großen vom Jahre 952, wodurch dem Kloster verschiedene Zehnten, unter andern der vor Helmstedt, ertheilt worden seyn soll, ist nicht unverdächtig <sup>7)</sup>; auch konnte der Zehnten vom Grundeigenthume bis dahin getrennt gewesen seyn, wie die Schlußworte der Urkunde abnehmen lassen <sup>8)</sup>.

2. Da der heilige Lüdger, nachmals erster Bischof von Münster, zugleich die Abtei Werden in Westphalen gegründet hat, so veranlaßte dieses eine Verbindung zwischen beiden Stiftern, welche ganz eigenthümliche Verhältnisse bewirkte, die zwar die Ursache mancher Verwickelung ward, allein mit wenigen Modificationen bis zur Säkularisation beider durch den Deputationshauptproceß von 1803 fortbestand und einen entscheidenden Einfluß auf die Beziehung des Klosters St. Lüdgeri zum Herzogthume Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils gehabt hat.

Der Stifter dieser beiden Convente und seine Nachfolger wünschten die abtheiliche Würde in beiden vereinigen zu können, und dachten daher darauf, die Verbote zu umgehen, welche solche Verbindung mehrerer Prälaturen in der Person eines Einzigen untersagten. Zur Zeit der Gründung von Helmstedt mußte gewiß das dahin gehende Verbot des Concilii Agathensis vom

<sup>6)</sup> Schaten, *Historia Westphaliae*, p. 295.

<sup>7)</sup> F. F. Falke, *Braunschw. Anzeigen* von 1748, S. 1881 flg.

<sup>8)</sup> concedimus — praeterea quidquid decimationis fuit ad curtes ipsorummet monacharum episcopo halverstadensi.

Jahre 506 noch in Andenken und Observanz seyn, wiewohl es nachmals einer Erneuerung bedürftig gefunden ist; und also gab man der Einrichtung beider Stifter die Einkleidung, daß man sie als ein Ganzes betrachtete unter einem und demselben Abte. Es erhielt dieses seine weitere Ausbildung, als im Jahre 1215 die Verordnung des ersterwähnten Conciliums auf dem Concilio Lateranensi erneuert worden war, indem der Abt Gerhard zu Werden im Jahre 1230 ausdrücklich verordnete und bekundete, daß beide Stifter von jeher nur ein Capitul ausgemacht hätten und ferner ausmachen, vinculo fraternae caritatis vereinigt seyn sollten; jedoch ward den Mönchen zu St. Lüdger der Besuch des Stifts Werden bei Abtswahlen u. d. nachgelassen, um ihnen die Gefahren der weiten Reise zu ersparen <sup>9)</sup>. Ein Abt Heinrich erließ im Jahre 1137 fast gleichlautende *literae renovatae unionis*.

3. Diese Vereinigung beider Stifter war aber wahrscheinlich nur zum Schein aufgestellt, wenigstens einzig darauf beschränkt, daß beide unter einem Abte bestanden. Denn das Kloster vor Helmstedt hatte stets seine eigenen, von den Besitzungen der Abtei Werden völlig gesonderten und unabhängigen Güter <sup>10)</sup>, ja, der

---

<sup>9)</sup> *Lichtenstein*, *epistolae observatiunculas historico iuridicas ex diplomatibus helmstadiensibus sistentes* — Epist. 7. Die Episteln sind 10 an der Zahl in den Jahren 1745 bis 1756 bei Gelegenheit verschiedener Prorektoratswechsel zu Helmstedt herausgekommen, und jedesmal in den Braunschw. Anzeigen durch einen vollständigen Auszug bekannt gemacht.

<sup>10)</sup> So schenkten z. B. die Gebrüder Curt, Hans und Rudolf, edle Herren zu Warberg, am St. Euphemientage 1427 dem

Abt hatte, wie zu Werden, so auch vor und in Helmstedt, zu seiner Pfründe gehöriges Grundeigenthum, welches lezte er jedoch dem Probst und Mitbrüdern zu St. Lüdgeri erst wiederkäuflich, hiernächst auf immer verkäuflich abtrat, so daß ihm seitdem an Temporalien aus Helmstedt nur freiwillige Geschenke zufließen, und bloß falls er daselbst sich einzufinden hatte, „Hülfe“ geleistet werden mußte <sup>11)</sup>).

Das Verhältniß befestigte sich bald dahin, daß der Abt zu Werden beiden Stiftern vorstand, und namentlich die Ober-Aufsicht auch über das zu St. Lüdger vor Helmstedt führte, beide sich gegen einander in *unione reali aequali* befanden und die Mitglieder des lezten Convents zu der Wahl eines Abts, eben, weil derselbe zugleich der ihrige war, mitzuwirken berechtigt waren: daß übrigens zu St. Lüdger bei Helmstedt ein besonderer Convent bestand, welcher unter der Benennung: Probst, Prior und Capitularen des Stifts Güter verwaltete und dem die Wahl des Probstes, unter Vorsitz

„Kloster to sünte Luder: vor Helmstede“ einige Güter in Honsleben, und im Jahre 1497 ertheilten „Henningus Provest, Johes P'or, undt vor de ganze saminge des Klostere sünte Lüdgers vor Helmsteden“ eine Erbenzinsverleihung über einen Hof in Weistorf. In beiden Urkunden wird der Abtei Werden überall nicht erwähnt.

<sup>11)</sup> Die beiden Urkunden sind an. 1483 von „Diderick von Godes gnaden Abt der Vreyer Stichte sünte Lüdgers Werden undt Helmstede“, und ac. 1489 von „Anthonius, von Godes gnaden Abt der vreyer Stichte Sünte Lüdgers Werden und Helmsteden“ ausgestellt, und verbreiten sich über die Verhältnisse des Abts zum Kloster St. Lüdgers.

oder Bestätigung des Abts, allein, ohne Hinzutritt des Convents von Werden, zusam<sup>12)</sup>).

4. Die Zeit, wann Helmstedt eine Stadt geworden ist, läßt sich nicht bestimmen; es muß jedoch angenommen werden, daß der Ort nicht gleich in dieser Eigenschaft entstanden, vielmehr erst durch allmälige Vergrößerung dazu erwachsen seyn wird. Daß der heilige Lüdger selbst, wie Cranz in Metropolis (s. Note 3.) oder ein Sohn Carl's des Großen ihn dazu gemacht habe, wie David Chyträus in Chronicon Saxoniae (ebendas.) behaupten, sind völlig unverbürgte Hypothesen, die, ohne Angabe der Quelle, vorgetragen werden und nicht nur unbegründet, sondern auch höchst unwahrscheinlich sich darstellen. Die Abneigung der Sachsen gegen städtische Lebensart war damals noch ungeschwächt, der Gewerbe, welche das Leben und Wesen der Städte ausmachen, waren in diesen Gegenden noch zu wenige, als daß der friedliche Stifter eines Klosters, welcher überdem ein Privatmann war, oder ein vorübergehender Befehlshaber, wie jener fränkische Prinz hier zu betrachten seyn würde, eine Stadt gleichsam aus dem Nichts hätte hervorrufen können. Ueberdem steht es fest, daß alle bekannten Städte dieser Gegenden erst seit dem eilf-

---

<sup>12)</sup> Auf Geldanforderungen des Abts zu Werden finden sich Antworten des jedesmaligen Probstes zu St. Lüdger: „Der Hr. Abt wäre dort, und er, (der Probst) hier Haushälter, jeder müßte also für sich sorgen.“ Und: „Wir sind zwar Brüder, aber unsere Börsen sind keine Schwestern.“ Ueber das Recht zur Wahl des Probstes verfügte so die Urkunde von 1483 (S. Note 11.) und ein Instrumentum electionis et confirmationis Praepositi Adolphi von 1507.

ten Jahrhunderte entstanden sind <sup>13)</sup>, und für Helmstedt eine Ausnahme zuzulassen, ist kein Grund vorhanden. Bei der Seltenheit einer solchen Erscheinung würde auch die Ausnahme nicht unbeachtet, nicht ohne nähere Angabe geblieben seyn. Sollte ja der Ort schon damals mit einer Befestigung oder Mauer umgeben gewesen seyn; so konnte das allein ihn noch nicht zur Stadt erheben, da auch Burgen, neben der Wohnung des Gutsherrn oder dem Kloster, Häuser der Hintersassen und Angehörigen einschließen mochten.

5. Die Verheerungen, welche in den hiesigen Gegenden in den letzten Zeiten Herzogs Heinrich des Löwen und während der Regierung seiner Söhne durch fast ununterbrochene kriegerische Unruhen Statt gefunden haben, werden auch bei Helmstedt, wie bei den meisten unserer Städte, die Veranlassung gegeben haben, ihre Ausbildung zur Stadt herbeizuführen. Die Bewohner zerstörter Dörfer suchten und fanden Schutz gegen die Beraubungen der streifenden Parteien hinter den Mauern schon vorhandener Burgen, und vermehrten dadurch die Zahl deren Einwohner, woraus denn wiederum das Bedürfniß einer Communal-Ordnung und der Begründung eigentlicher Gewerbe und Handwerker hervorging. Dieses ist die Geschichte der meisten Städte im deutschen Norden, und wendet man die Voraussetzung einer gleichen Entstehung auf Helmstedt an, so ist wahrscheinlich der zerstörende Einfall des Erzbischofs Ludolf von Magdeburg im Jahre 1199, welcher als Anhänger Philipps von Schwaben dessen Gegenkaiser, den Welfen Otto IV. bekriegte, die Veranlassung zur Ver-

<sup>13)</sup> *Spittler*, Gesch. von Hannover, I. S. 22 fl.

größerung dieses Orts und dessen Erhebung zu einer Stadt gewesen.

Damals wurden die Ortschaften bis zum Elmwalde niedergebrannt, und die jetzt wüsten Dörfer Basdal, Seedorp, Wormstedt, Crisenrode und Strevelingerode, im Umfange der jetzigen Feldmark von Helmstedt belegen, theils ganz, theils größtentheils verlassen, indem ihre Bewohner sich in Helmstedt vereinigten, um dieses, was ebenfalls mit Warberg zerstört war, in erweitertem Umfange wieder aufzubauen <sup>14)</sup>.

6. Seit dieser Zeit erscheint Helmstedt als Stadt. Schon im Jahre 1208 ward den „burgensibus in Helmeſtat“ vom Domſcholaſten zu Halberſtadt, zu welchem biſchöflichen Sprengel der Ort gehörte, die Erlaubniß ertheilt, eine eigene Schule anzulegen, damit ihre Kinder nicht „extra civitatem“ Gefahren ausgeſetzt würden <sup>15)</sup>. Im Jahre 1228 beſtätigte der Abt Gerhard von Werden und Helmſtedt die alten Statuten und Gebräuche der Stadt <sup>16)</sup>. Damals bekam Helm-

---

<sup>14)</sup> *H. Conring*, de antiq. statu Helmſtadii etc. p. 57 sq. Chronicon Magdeburgense, bei *Meibom*, script. rerum germanic. II. p. 329. — Die Dörfer Seedorf und Wormſtadt ſind übrigens erſt ſpäter und wohl erſt während des ſchmalſkalbiſchen Krieges gänzlich eingegangen; denn alte Rechnungen des Kloſters St. Lüdgers enthalten Einnahmen aus jenen Ortschaften bis zum Jahre 1527. *Lichtenſtein*, Geſch. des ſchmalſkalbiſchen Bundes, §. 12.

<sup>15)</sup> *Lichtenſtein*, epistolae obſervatiunculas etc. No. 1.

<sup>16)</sup> *Meibom*, de origine Helmſtad. in ſcriptor. III. p. 230. Die Statuten, welche *Lichtenſtein*, epistola 4, und in Diss. de iure Weichbildico etc. hat abdrucken laſſen, ſcheinen eine Sammlung bereits beſtandener Geſetze und Gewohnheiten zu ſeyn.

stedt auch Handwerkszünfte, und die Urkunden, wodurch dieselben von dem Abte bestätigt wurden, gedenken eines Stadtmagistrats <sup>17)</sup>, so daß also, da der Ort auch mit Mauern umgeben ward, sich alle Kennzeichen einer Stadt in ihm vereinigt vorfinden. Es waren nämlich die Bürger in dem Muth der jungen Freiheit, bei Erbauung der Stadtmauern dem Grunde des Klosters St. Eüdgens zu nahe gekommen, und deshalb vom Bisthofs von Halberstadt excommunicirt worden. Dieser Zwist ward durch einen Vergleich mit dem Abte und Convente dahin beigelegt, daß die Stadt ihre Mauer wieder einrücken, dem Abte aber innerhalb derselben einen Hof kaufen und abtreten mußte, damit derselbe nicht von der ihm zuständigen Stadt ausgeschlossen würde <sup>18)</sup>. Da dieser Vergleich im Jahre 1237 zu Stande kam, die Veranlassung dazu aber nicht wohl lange zuvor Statt gefunden haben kann; so ergiebt sich hieraus der Zeitpunkt der Ummauerung des Orts und die Vermuthung, daß diese in Folge der Wiederherstellung desselben nach der Zerstörung im Jahre 1199 (§. 5.) geschehen seyn wird.

7. Der Abt zu Werden und Helmstedt zeigt sich bei diesen Verhandlungen und ferner als den Grund- und Gutsherrn des Orts, aber freilich, wie überhaupt in solchen Verhältnissen damals allgemein der Fall war, in stetem Kampfe gegen die Ausbildung der städtischen Ver-

<sup>17)</sup> *Lichtenstein*, epistola 7 et 8.

<sup>18)</sup> *Lichtenstein*, l. c. epist. 7: „verum ne nos ab oppido nobis pertinente excludi videamur, ipsi comparabunt nobis curiam de sua pecunia honestam et congruentem“  
sind die Worte in der Erklärung des Abts.

fassung und Autonomie, bei der zunehmenden Macht der Städte und der Entwicklung der landesherrlichen Hoheitsrechte der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.

Er bestätigte und genehmigte manche Einrichtung und die Verfassung der Stadt betreffende Anordnungen, so wie Verhandlungen unter den Bürgern. Von seiner Einwirkung in Beziehung auf die Statuten und die Innungsrechte ist schon früher Erwähnung geschehen. Die letzten wurden im Jahre 1244 den Fleischern, und 1247 den Krämern und Schmieden von ihm ertheilt, und sein Recht hierzu war in den Statuten selbst anerkannt <sup>19)</sup>. Im letzterwähnten Jahre gab der Abt der Stadt auch ein Gesetz über verschiedene Gegenstände der Polizei <sup>20)</sup>, und als später Augustinermönche in Helmstedt sich ansiedeln wollten, ward des Abts Einwilligung nöthig erachtet und in einer Urkunde von 1290 ertheilt, im Jahre 1307 aber diesen Mönchen gestattet, ihr Klostergebäude zu erweitern <sup>21)</sup>. Daß übrigens mehrere Einwohner der Stadt als Ministerialen dem Stifte St. Lüdgers verpflichtet waren, geht aus verschiedenen Documenten jener Zeit hervor <sup>22)</sup>.

8. Obwohl der Abt in diesen Verhandlungen zugleich Namens des Convents auftritt, so finden sich auch Fälle, wo er ausschließlich für sich gehandelt hat. So schloß

<sup>19)</sup> *Lichtenstein*, l. c. epist. 7. Das hierauf sich beziehende Statut lautet: „Item dat Recht, dat de Innynge hebben, dat schullen se eschen von der Pant des abbeth.“

<sup>20)</sup> *Kress*, Diss. vindiciae iusticiae iudicii recuperatorii. Weil. S. 327 2c. in der zweiten Auflage von 1737.

<sup>21)</sup> *Lichtenstein*, l. c. epist. 5 et 6.

<sup>22)</sup> *Ibidem* epist. 7. et 9.



er bei dem oberrühnten Streite wegen der zu weit hinausgerückten Stadtmauer, nachdem Probst und Convent besonders mit der Stadt unterhandelt und abgeschlossen hatten, eine besondere Uebereinkunft ab <sup>23)</sup>. Da, oft trat er selbst mit dem Convente in Unterhandlungen als Verwalter seines Tafelguts. Man findet davon, außer dem oben §. 3. angeführten, ein Beispiel in einem Tausche eines Leichs mit einer Mühle gegen zwei Hufen Landes in Kunstädt und einem zinspflichtigen Hause in Helmstedt <sup>24)</sup>. Der Hof, welchen nachmals der Canzler Mynsinger und später die von Bötticher als Rittergut in der Stadt besessen haben, gehörte zu den Tafelgütern des Abts <sup>25)</sup>.

9. Die Stellung des Stifts St. Lüdgers und seines Abts zum Herzogthume Braunschweig-Lüneburg und zu der Stadt Helmstedt war und blieb übrigens die eines landsässigen Prälaten und Gutsheeren; und wenn es dem Abte bei der Catastrophe des Welfischen Hauses und der Zersplitterung des Großherzogthums Sachsen unter Heinrich dem Löwen und seinen Söhnen gleich so vielen andern Prälaten und Großen in Westfalen für Werden glückte, eine gewisse Unabhängigkeit zu erringen, und dadurch den Grund zur künftigen Reichsunmittelbarkeit zu legen, so erstreckte sich solches keineswegs auf jene damit verschwisterte Abtei. Da jedoch eben von der Unmittelbarkeit des Abts später Zweifel gegen die Hoheitsrechte der Braunschweigischen Herzöge über Stift und Stadt Helmstedt abgeleitet worden sind, man einen

<sup>23)</sup> *Lichtenstein*, l. c. epist. 7.

<sup>24)</sup> *Ibid.* epist. 8.

<sup>25)</sup> *Meibom*, l. c. III. p. 234.

nachmals begründeten und erst in der letzten Zeit durch Consolidation aufgelöseten Lehnßnexuß zwischen dem Abte und dem Herzoge hat mißdeuten wollen, so wird eine nähere Beleuchtung der darüber bestandenen Verhältnisse noch immer einiges Interesse erregen.

10. In jener Zeit der Entwicklung der deutschen Reichsverfassung war an eigentliche Landeshoheit der Reichsstände, als einer dem Kaiser untergeordneten Regierungsgewalt, überall nicht zu denken. Die Herzöge übten einen Theil der obersten Staatsgewalt in der Eigenschaft königlicher Statthalter aus, und handelten übrigens als große Gutsherren kraft des denselben, zumal damals im umfassendsten Maße, zuständigen Hausvaterrechts. Bildung und Anführung der Heere im Kriege, Verwaltung der Reichsdomainen und unmittelbare, auch mittelbare Rechtspflege waren die Attribute des Herzogsamtes. Von einer Oberaufsicht in polizeilicher Beziehung war gar nicht, oder etwa nur in soweit die Rede, als Maßregeln wider die Stöhrer öffentlicher Ruhe zu treffen waren, und was in jener Hinsicht erfordert werden mochte, blieb dem Guts- oder Grundherrn vorzukehren überlassen.

Aus dem letzten Gesichtspunkte allein können denn auch die oben angeführten Beispiele, von Ausübung obrigkeitlicher Rechte von Seiten des Abts über Helmstedt, betrachtet werden. Der Ort hatte zu jener Zeit erst angefangen, sich in eine Stadt umzuwandeln, war daher vieler Polizei-Einrichtungen auf Einmal bedürftig und konnte diese nicht wohl von der eigenen städtischen Obrigkeit erwarten, da dieselbe noch nicht gehörig befestigt, auch wohl solchen Ansprüchen nicht gewachsen sich gefunden haben wird. Mit der fortschreitenden Aus-

bildung der städtischen Verfassung nahm die Einwirkung des Abts immer mehr ab und später verlieren sich die Spuren jener alten Befugnisse desselben gänzlich.

11. Wenn daher der Abt Helmstedt und dessen Einwohner seine Stadt und seine Bürger nannte; wenn er ausbedang, daß diese ihm unterthänig und treu seyn sollten, wie Bürger ihrem Herrn zu seyn pflegen, so kann dieses nur auf dessen Eigenschaft als Guts- und Grundherrschaft sich haben beziehen sollen, wie es denn dem Rechte des Herzogs nichts würde haben entziehen können, wäre es im weitern Sinne gemeint gewesen <sup>26)</sup>. Die mehrsten Bewohner der Stadt waren ja ohnehin Zinsleute, oder Vasallen des Abts oder als Ministerialen ihm verpflichtet <sup>27)</sup> und bekanntlich waren damals die Begriffe von Unterthan, und von Lehns-, Zinsmann oder Ministerialen so wenig bestimmt und gesondert, daß der Lehns- und Dienstnerus noch als das engere Band angesehen, auch vom Lehtern um das Jahr 1290 der Ausdruck *homagium* gebraucht ward.

12. Als Statthalter des Königs herrschten die

<sup>26)</sup> *Lichtenstein*, I. c. epist. 7. führte die Urkunde des Abts und den Revers an, welchen die Stadt Helmstedt zu Beilegung der oben (§. 6.) erwähnten Irrungen ao. 1237 ausstellte. Es ist merkwürdig, daß der vom Abte vorgeschriebene Ausdruck: „*Sicut esse solent aliis dominis et principibus suis burgenses*,“ im Reverse dem eigentlichen Verhältnisse angemessen modificirt worden ist. Hierin heißt es nämlich: „*wy vorsechte Borgermeyster Raatmanns vnd Borger willen vnsern gnedigen Herren dem Abte vorsecht vnderdänig vnd getruwe syn, als da syn vnd syn schollen erem rechten Erff- Herrn syne geschwornen Borger.*“

<sup>27)</sup> *Lichtenstein*, I. c. epist. 7, 8, 9.

Herzöge von Sachsen auch über Stadt und Kloster. Und selbst nachdem mit dem Sturze Heinrichs des Löwen, neben andern westfälischen Großen, der Abt für Werden den Grund zur Unmittelbarkeit gelegt hatte, vermochte diese Exemption einem ohnehin nur ein geringes Grundeigenthum besitzenden Prälaten aus der Ferne keinen Einfluß zu gewähren, um ihn in den Stand zu setzen, für seine hiesige, noch unbedeutendere Nebenprälatur, durch Benützung öffentlicher Unruhen, eine gleiche Stellung zu erwerben. Die Umstände waren, selbst bei der Auflösung des alten Herzogthums Sachsen und während des Kampfs der Welfen um die Trümmer ihrer frühern Herrschaft, immer nicht von der Art, wie später beim Ausgang der Hohenstaufen, als die Herzogthümer Franken und Schwaben zersplittert wurden und die hieraus entspringende Theilung den Unterschied zwischen geschlossenen und ungeschlossenen Territorien veranlaßte. Es war vielmehr die Macht der sächsischen Herzöge schon früher weiter und dergestalt ausgebildet, daß man von Heinrich auceps noch bevor er König geworden, rühmen konnte, er habe in Sachsen unumschränkt geherrscht <sup>28)</sup>. Vermuthlich war dieses eine Folge der von Carl dem Großen den besiegten Sachsen im Frieden von 803 zugestandenen Befreiung von allem sonst dem Könige zukommenden Tribute <sup>29)</sup>. Denn das Ansehen

---

<sup>28)</sup> *Wittekind, annales etc. ap. Meibom l. c. I. p. 634*, wo diese Anführung beim Jahre 913 steht, in welchem Heinrich noch allein Herzog war. S. auch *Gundling, Henricus auceps* p. 57.

<sup>29)</sup> *Poëta Saxo, ad annum 803. Eginhard, vita Caroli M.* cap. 7.

der Großen mußte in demselben Verhältnisse bei ihnen zunehmen, als ihre Abhängigkeit von dem Könige und dessen Macht, welche allein dem Wachstume Jener Einhalt thun konnte, sich verminderte; und Heinrich auceps vereinigte die herzogliche Würde mit einem ausgebreiteten Grundbesitze.

13. Von Heinrich dem Löwen an werden die geschichtlichen Quellen ergiebiger, und es ist als erwiesen anzunehmen, daß dieser Herzog vorzüglich in seinen nord-deutschen Staaten eine fast unabhängige Gewalt ausgeübt hat. Seine ausgebreiteten Familien-Stammgüter gestatteten, fast durch den ganzen Umfang des Herzogthums Sachsen die Rechte des Obereigenthums mit der herzoglichen Gewalt zu vereinigen: und in den weiten Eroberungen über die Wenden, Slaven und Obotriten herrschte er um so selbstständiger, als er diese Länder allererst dem Reiche wieder unterworfen hatte, ohne darin die übrigens eingeführte Form königlicher Statthalterschaften vorgefunden zu haben <sup>30)</sup>. Seine an 26 Jahre hindurch fortgesetzte enge Freundschaft mit dem Kaiser Friedrich I. trug ebenfalls dazu bei, sein großes Ansehen zu befestigen. Er übte sogar das königliche Vorrecht, die Bischöfe in seinem Staate durch Ring und Stab zu investiren, und zwar, obwohl er solches nach der darüber auf dem Reichstage zu Worms vom Jahre 1153 erhaltenen Bestätigung vom Kaiser ableitete <sup>31)</sup>, selbst mit

<sup>30)</sup> *Helmoldi, Chron. Slavorum* T. 1. cap. 22: „— in hac terra solius ducis auctoritas observatur.“ S. auch Scheidt, Anmerk. zu Moser's Braunschw. Staatsr. S. 155.

<sup>31)</sup> Die darüber ertheilte goldene Bulle findet sich in *Originihus Guelph.* III. pag. 27.

größeren Nachdruck als dieser aus, weil ihm nicht wie diesem die päpstlichen Machinationen dabei in den Weg traten <sup>32)</sup>.

Heinrichs des Löwen Fall zeigt, durch den langen Widerstand, welchen er zuvor seinen übermächtigen Feinden entgegensetzte, und durch den hartnäckigen Kampf, welchen er nach seiner ersten Niederlage nicht ohne Erfolg und unter Beitritt der sächsischen Großen wieder aufnahm, daß die Sachsen ihn nicht allein als königlichen Statthalter, sondern als ihren angestammten Oberherrn müssen angesehen haben.

Und ward auch in diesem Kriege, besonders während des Herzogs Sohne denselben wider das schwäbische Königshaus fortsetzten, der größere Theil des alten welfischen Familienguts eingebüßt; so ist doch gewiß, daß Otto Puer, nachdem er die Trümmer jener allbegehrten Größe seines Hauses gesammelt, in diesem kleinern Gebiete die großväterliche Gewalt dem innern Gehalte nach behauptet hat. Die im Jahre 1235 mit Kaiser Friedrich II. eingegangene Lehnsv Verbindung verminderte diese ererbten Rechte des Herzogs nicht. Denn ward er dadurch Vasall des Reichs, so blieb er nicht nur ferner allein dem Könige unmittelbar unterworfen, sondern er ward zugleich Reichsfürst und als solcher aller derjenigen Rechte theilhaftig, welche der Kaiser im Jahre 1232 denselben ertheilt hatte und welche den ersten Grund der verfassungsmäßigen Landeshoheit der deutschen Reichsstände gelegt haben <sup>33)</sup>.

<sup>32)</sup> *Tob. Eckhard*, *Henrici leonis auctoritas circa sacra Guelphenbyti* 1732. §. 74 sq.

<sup>33)</sup> *Pütter*, *Entwicklung der Staatsverfassung des deutschen Reichs* 1788, Th. I. Cap. 12.

14. Die Gewalt der sächsischen und nachmals Braunschweigischen Herzöge über das ganze Land erstreckte sich natürlich auch auf dessen einzelne Theile, und so mußte sie, wie später, so auch damals, das Kloster St. Eudgers und die Stadt Helmstedt mit umfassen, da in Ansehung ihrer nicht nur keine Ausnahme nachzuweisen steht, vielmehr manche erweisliche Thatfachen solches bestätigen.

Von dem Kloster selbst beweiset dieses unter andern ein Document vom Jahre 1252. Der Abt Gerhard erklärte in demselben, daß zur Beschützung des ganzen Landes Landgraben und Hecken auch über des Klosters Eigenthum angelegt wären und daher die Mönche diese in gleicher Maße, wie ihre Feldnachbarn ober- und unterhalb, bestehen lassen sollten <sup>34</sup>).

Die Stadt ist von jeher als eine Landstadt des Herzogthums angesehen, und in dieser Eigenschaft, bei den im Herzoglichen Hause vorgefallenen Erbtheilungen, gleich andern Städten namentlich aufgeführt und dem Wolfenbüttelschen Antheile beigelegt worden <sup>35</sup>). Die Herzöge benannten sie in öffentlichen Urkunden: ihre Stadt; und Herzog Heinrich mirabilis ertheilte den Bürgern derselben im Jahre 1288 die Versicherung, sie gleich seinen andern Städten in seinen Schutz nehmen und binnen Jahresfrist keine Steuer von ihnen erheben zu wollen, wogegen sie ihm, wie zuvor seinem Herrn Vater, zu jeder Art von Dienstleistung verpflichtet seyn sollten <sup>36</sup>). Als im Jahre 1307 Herzog Al-

<sup>34</sup>) *Lichtenstein*, l. c. epist. 7.

<sup>35</sup>) *Erath*, Erbtheilungen u. S. 4, 40, 46, 63, 97 und 103.

<sup>36</sup>) *Lichtenstein*, l. c. epist. 3 und 8.

bert pinguis ihnen die Neumark veräußerte, nannte er sie seine lieben Bürger, und Herzog Bernhard bediente sich im Jahre 1423 in einer Urkunde, wodurch ihnen die Anlegung einer Mühle vor dem Norberthore verstatet wurde, des Ausdrucks: „unsere lewen getrewen, dem Rade vnd Borgern ic,“ 37).

15. Diese Obergewalt der Herzöge, welche damals in die später ausgebildete Landeshoheit überzugehen den Anfang machte, erhielt einen bedeutenden, wiewohl in Ansehung des Grundes und Zwecks gänzlich verschiedenen Zuwachs; indem ihnen die Voigtei über das Kloster und seine Güter übertragen ward. Es war nämlich dieselbe vom Lothar von Sippplingenburg, nachmaligem Kaiser, auf seinen Schwiegersohn Heinrich den Stolzen, nach dessen Aechtung im Jahre 1138 aber an die Pfalzgrafen von Sommerschenburg und nach deren Aussterben wieder auf das welfische Fürstenhaus gekommen 38). Herzog Otto puer empfing sie vom Abt Gerhard im Jahre 1232 zugleich mit allen Lehnen, welche seine Vorfahren gehabt, für sich, seine Gemahlin und Söhne, gegen das Versprechen eines thätigen Beistandes und Schutzes, ohne daß übrigens eine besondere Lehnspflicht bedungen worden wäre 39). Die folgenden Herzöge

37) *Kress*, Vind. just. jud. recup. pag. 201 und 412.

38) *Kress*, vindic. etc. §. 8. pag. 90 sq.

39) Die Urkunde findet sich in *Rethmeier*, Chronik 2c. S. 1827. Da Treue und Beistand bereits eine Pflicht des Voigts waren, ein Mehreres aber gegen den Landesfürsten nicht wohl geltend gemacht werden konnte; so wird einer Lehnspflicht nicht weiter Erwähnung geschehen seyn.

Wenn übrigens *H. Conring*, de antiquiss. statu etc.



nahmen die Voigtei zu Lehn für-sich und ihre Nachkommen <sup>40)</sup>.

16. Die in dieser Voigtei begriffen gewesenen Rechte sind schwer zu bestimmen, da derselben Umfang in den einzelnen Fällen sich verschieden bestimmte und theils die geschichtlichen Quellen hierüber dürftig fließen, theils aber die Rechte der Herzöge als Landesfürsten damit zusammentrafen. Der Schutz des Klosters und seiner Güter gegen fremde Beeinträchtigungen und feindliche Angriffe, die Verwaltung der Gerichtsbarkeit über des Klosters Hintersassen und also auch über die Stadt Helmstedt, sind unstreitig unter der Voigtei begriffen gewesen, da dergleichen Rechte und Obliegenheiten in Regel den Voigten der geistlichen Stiftungen zukamen. Als der Abt Gerhard zugleich bei der vorgedachten Verleihung vom Jahre 1232 mit Herzog Otto sich verglich, im Umfange der Stadt Helmstedt eine Burg, Castrum, gemeinschaftlich zu erbauen, welche zur einen Hälfte dem Herzoge zu Lehn eingegeben, übrigens aber bei vorfallenden Kriegen demjenigen ganz eingeräumt werden sollte, welcher etwa ohne Beitritt des Andern darin verwickelt werden würde <sup>41)</sup>; so scheint hier der Herzog zugleich als edler Voigt und Landesfürst betrach-

---

p. 148 gegen das Datum dieser Urkunde rügt, daß Otto darin Dux genannt werde, solche Würde jedoch erst ao. 1235 durch die kaiserliche Belehnung erhalten habe; so übersieht er, daß Otto den Krieg seines Hauses um die erbten Ansprüche bis dahin fortgesetzt, also jenen Titel eben solcher Ansprüche wegen geführt haben wird.

<sup>40)</sup> Kress, Vindic. pag. 92 sq.

<sup>41)</sup> S. die Urkunde bei Methmeier, a. a. O. S. 1828.

tet worden zu seyn, indem der Herzog nur in letzter Eigenschaft für sich Kriege führen konnte. Wenn er aber Verhandlungen der Stadt und ihrer Bürger bestätigte, z. B. einen Vertrag vom Jahre 1232, wodurch die Schöffen der Stadt den Mönchen von Marienthal gestatteten, innerhalb der Stadt Grundstücke zu erwerben, und der Abt zu St. Lüdgers die Erlaubniß hinzufügte, in der erworbenen Behausung Messe lesen zu dürfen; wenn Unruhen in der Stadt im Jahre 1340 ausbrachen, und Herzog Magnus der Ältere sie beilegte, indem er die Aufrührer zur Strafe zog <sup>42)</sup>; so ist der Herzog, vermöge seiner voigteilichen Gerichtsbarkeit, dort bekräftigend als bürgerlicher Richter, hier als Handhaber der öffentlichen Ruhe aufgetreten.

17. Die Voigtei über die Stadt ward derselben im Jahre 1351 vom Herzoge Magnus pfandweise abgetreten, und diese Verpfändung später oftmals erneuert, indem die Stadt den Pfandschilling erhöhte.

Sie bestand bis zum Jahre 1735, wo Herzog Ferdinand Albrecht die Einlösung durchführte, und ist der Pfandschilling damals auf die Summe von 13,760 Rthlr. berechnet worden <sup>43)</sup>.

Aus dem Verhältnisse der Stadt Helmsstedt während der Dauer dieser Verpfändung ergiebt sich der Umfang der voigteilichen und der landesfürstlichen Rechte, und besonders, daß diese letzten durch jene Veräußerung auf keine Weise betroffen und geschmälert worden sind. Nur auf die örtliche Polizei und Gerichtsbarkeit und gewisse damit verbundene Erhebungen hat sich dieselbe be-

<sup>42)</sup> Meibom, l. c. III. pag. 230 et 232.

<sup>43)</sup> Kress, vindic. etc. pag. 104 sq.

zogen, auch genau auf die städtische Voigtei beschränkt, ohne diejenigen Rechte zu schmälern und auf die Stadt zu übertragen, welche übrigens zu der den Herzögen zugestandenen edlen Voigtei über das Kloster St. Eudgers gehörten.

Die Huldigung ward den Herzögen von der Stadt nach wie vor geleistet; daher die Herzöge Bernhard und Heinrich im Jahre 1388 die Bürger von dem ihnen geschwornen homagio entbanden und an ihren Bruder Herzog Friedrich überwiesen, dem damals das Wolfenbüttelsche ganz überlassen war <sup>44)</sup>. Als im Jahre 1358 der Abt die Aufhebung eines alten Stadtgesetzes über die Gerade genehmigte, so geschah es unter landesfürstlicher Bestätigung Herzogs Magnus <sup>45)</sup>; und im Jahre 1423 erwirkte die Stadt, zur Anlegung einer Mühle am Teiche vor dem Northerthore, die Concession Herzogs Bernhard <sup>46)</sup>.

18. Im Jahre 1490 ertheilte der Abt Anton von Werden und Helmstedt dem Herzoge Wilhelm dem Jüngern zugleich für seine männlichen Nachkommen die Belehnung über die Stadt Helmstedt mit Zubehör und alle Lehne, wie solche das Stift vom Kaiser zu Lehn getragen hatte <sup>47)</sup>. Die Veranlassung dazu war die Weigerung der Stadt, dem Abte die erlangte Beisteuer zu den Kosten einer Reise auf den Reichstag in Frankfurt

---

<sup>44)</sup> *Kress*, I. c. pag. 94.

<sup>45)</sup> *Meibom*, I. c. III. pag. 233 et Helmstadium Saeculis XIV. et XV. per Frauenradam volde afflictum etc. e museo J. A. Schmidii.

<sup>46)</sup> S. die Urkunde bei *Kress*. I. c. pag. 412 sq.

<sup>47)</sup> S. den Lehnbrief bei *Kress*, I. c. pag. 431.

zu entrichten. Zuerst trug der Abt die Stadt dem Bischof zu Halberstadt zu Kauf an, und erst als dieser solchen Erwerb ablehnte, kam der Vertrag mit dem Herzoge gegen eine Summe Geldes zu Stande <sup>48)</sup>).

Der eigentliche Gegenstand dieser Belehnung mag mehr in einer Befestigung der landesfürstlichen Rechte gegen künftige Zweifel aus der, freilich nur hinsichtlich Werdens bestandenen, Reichsunmittelbarkeit des Abts, als im wirklichen Erwerbe zu finden seyn, denn die herangewachsene Gewalt der Stadt hatte die ältern gutherrlichen Rechte des Abts längst verdunkelt, und es bleibt nur die Vermuthung, daß außer einigen Vasallen <sup>49)</sup> der Hof des Abts in der Stadt, woraus später das nachmals Mynsingersche, dann von Böttcherische und jetzt vereinzelte Rittergut entstand, in jenem Handel begriffen gewesen ist <sup>50)</sup>.

19. Diese Belehnung bezog sich überall nicht auf das Verhältniß des Klosters St. Lüdgers zum Herzogthume, ließ vielmehr solches bestehen, wie es damals

<sup>48)</sup> *Meibom*, l. c. III. pag. 234.

<sup>49)</sup> Als solche wurden nämlich dem Herzoge überwiesen, die Hrn. zur Wartburg, von Kisleben, von Samptleben, von Reben, von Schulenburg, von Klenken, von Beltheim, von Bornstedt, von Hollau, von Soderffen, von Hallenleben, auch Burgeren und Buren unsre Mannen." *S. Kress*, I c. pag. 436

<sup>50)</sup> Die Bemerkung *Conrings* (conject. I, c. pag. 155 et 157) und *Lichtensteins* (l. c. epist. 3 et 9), daß die Landeshoheit durch jene Belehnung dem Hause Braunschweig nicht erworben seyn könne, ist richtig, weil der Abt dieselbe nie gehabt, sie vielmehr immer mit dem Herzogthume verbunden gewesen ist.

sich befunden hatte. Da jedoch der Abt bei dieser Gelegenheit einige Clauseln vom Herzoge sich ausbedang, um die Rechte seines Klosters zu erweitern oder besser zu sichern; so ergiebt sich daraus die damalige Stellung des Lehtern und deren Verschiedenheit von der Unabhängigkeit und Unmittelbarkeit, welche aus der Reichsfürstenschaft des Prälaten wohl abzuleiten versucht und behauptet worden ist.

Es fand nämlich der Abt nöthig, für das Kloster eine vollständige Befreiung von Schakungen und andern Abgaben und, daß derselbe zu den Landtagen des Fürstenthums nicht sollte vorgeladen werden, als ein Privilegium zu bedingen <sup>51)</sup>. Jenes beweiset, daß eine solche Exemption nicht in den bestandenen Verhältnissen gegründet gewesen seyn mußte, und die letzte Ausnahme scheint eben jener Befreiung wegen nachgesucht zu seyn, weil der Hauptzweck bei Ausschreibung der Landtage in der Bewilligung von Abgaben bestand und eine Theilnahme an solchen leicht für eine Verzichtung auf jenes Vorrecht hätte angenommen werden können. In der Urkunde, wodurch der Abt seine Vasallen an den Herzog überweist, nennt er diesen stets „unsen Herren“ <sup>52)</sup>. Und als später die Kirchenverbesserung auch in den hiesigen Lanten sich auszubreiten anfang, die Besorgniß, derselben mit unterworfen und wohl gar säcularisirt zu werden, also auch für das Kloster St. Lüdgers eintrat; so erwartete man von Seiten desselben eine Gleichstellung mit den andern Klöstern des Landes <sup>53)</sup>. Wirk-

<sup>51)</sup> Kress, I. c. pag. 430 findet sich der Lehnbrief abgedruckt.

<sup>52)</sup> Kress, I. c. pag. 436.

<sup>53)</sup> Lichtenstein, Gesch. des Schmalkaldischen Bundes, giebt

lich behandelten die Schmalkaldischen Bundesgenossen, als sie im Jahre 1542 das Land besetzt hatten, jenes Kloster den übrigen gleich, unterwarfen es zugleich mit dem zu Marienberg einer Visitation und reformirten sie beide <sup>54</sup>).

20. Nachdem mit Herzog Friedrich Ulrich das mittlere Haus Braunschweig erloschen und, bei der Theilung der an die Lüneburgische Linie gefallenem Länder, das Fürstenthum Wolfenbüttel an Herzog August gekommen war, so suchte der Abt demselben die Lehnfolge in die, der ausgegangenen Linie eingegebenen Rechte streitig zu machen. Man verglich sich jedoch darüber im Jahre 1654, und der Abt erneuerte die Belehnung. Die darüber am 7ten März 1654 gefaßte, aber erst den 7ten October d. J. zu Wolfenbüttel ausgefertigte, nicht im Druck erschienene, Urkunde enthält verschiedene Bestimmungen über die damalige Stellung des Klosters St. Lüdgers.

Der Gegenstand der Belehnung ward auf die früher hergebrachte Weise bestimmt, daß sie „die Stadt Helmstedt und alle andern Lehnstücke, wie solches noch 1615 bei der Belehnung Herzogs Friedrich Ulrich der Fall gewesen,“ begreifen solle, und sodann wurden folgende Punkte vom Abte ausbedungen:

1. Der Durchlauchtige Lehnträger verspricht, daß

---

Anlage 12 eine Urkunde von 1541, worin der Abt der Stadt Helmstedt gewisse Stipulationen für den Fall nachläßt, daß das Kloster von der „weltlichen Obrigkeit“ hingenommen würde.

<sup>54</sup>) *H. Hammelmann*, *Opera genealogico-historica*, pag. 892 sq.

Kloster Lüdgeri und dessen Geistliche, auch derselben Renten, Pachtzinse, Zehnten, Güter, geistliche in Besitz habende Lehen, nebst allen andern Rechten und Gerechtigkeiten, in specie die Belehnung oder Collation der Pfarre in der Stadt Helmstedt zu St. Stephan, mit der damit verknüpften General=Superintendentur, in seinen Fürstl. Schutz, ohne einigen Entgeld oder Schutzgeld zu nehmen, und die freie und ungestörte Ausübung der katholischen Religion innerhalb des Klosters zu gestatten;

2. das Kloster auf keine Landtage zu citiren, noch in qualitate eines Landstifts mit einiger Schätzung, besonders mit dem Schaffhage zu belegen;
3. die hohen Gerichte auf dem Kloster binnen dessen Mauern und Zäunen, wie auch auf dessen Freiheit durch Bürgermeister und Rath zu Helmstedt, auf Requisition des Klosters verwalten zu lassen; die vor das Landgericht gehörigen Sachen außerhalb des Klosters aber sollten dem Amte Schöningen verbleiben;
4. die Niedergerichte, und modicam correctionem über das Gesinde und die Einwohner der Klosterfreiheit, auch der Gebrauch eines Gefängnisses und Halseisens, werden dem Kloster vom Herzoge verstattet, endlich,
5. demselben gewisse Dienste und Untergerichte im Dorfe Emmerstedt abgetreten.

21. Dieser Vertrag befestigte die staatsrechtlichen Verhältnisse des Klosters St. Lüdgers in der Maße, wie sie oben entwickelt sind. Der Ausdruck Schutz und Schutzgeld kann den Umständen nach nicht mißdeutet, noch

von einer wirklichen Schutzverwandschaft erklärt werden, welche stets eine Unabhängigkeit voraussetzt. Er wird nur in Rücksicht des veralteten Begriffs von der edlen Voigtei gebraucht seyn, vermöge deren die Herzöge von Braunschweig dem Kloster zur Beschützung besonders verpflichtet waren, und scheint vorzüglich gewählt zu seyn, um die Clausel herbeizuführen, welche den Geldforderungen vorbeugen sollte, die etwa eben aus diesem Grunde hätten gemacht werden können. Uebrigens finden sich in jeder Abtheilung dieser Urkunde Spuren der unbestrittenen Unterwürfigkeit des Klosters; als, die Concession der Niedergerichte und der freien Ausübung der katholischen Religion innerhalb des Klosters und das im §. 6. ausgesprochene Anerkenntniß der „Hoheit und Bothmäßigkeit des Amts Schönungen“ über des Klosters Ländereien.

22. Auf solche Weise bestand das Kloster, bis der französische Revolutionskrieg allen geistlichen Stiftungen den Untergang bereitete. Der Scheinfrieden von 1801, zu Linneville geschlossen, hatte das umfassende Säkularisationswerk zur Folge, und im Reichsdeputations-Hauptschlusse vom 25ten Februar 1803, Art. 4., ward die Vereinigung der aufgehobenen Abtei Helmstedt, oder St. Eüdgers, mit dem Cammer-Gute des Herzogs „von Braunschweig-Wolfenbüttel“ ausgesprochen; welcher bald die Vollziehung durch Besitzergreifung folgte.



## . VIII.

Besoldung der Herzoglich Braunschweigischen Staatsdiener gegen das Ende des sechszehnten Jahrhunderts.

---

Die Bedingungen der Anstellung der Staatsdiener in der Vorzeit gewähren ein mannichfaches Interesse, indem sie Blicke in den gesellschaftlichen Zustand jener Zeiten thun lassen und Aufschlüsse über den Geist der damaligen Staats-Verwaltung geben.

In dieser Hinsicht werden die folgenden Auszüge, aus Dienstbestallungen Herzoglich Braunschweig-Wolfenbüttelscher Staatsdiener aus der letzten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts, hier nicht am unrechten Orte stehen.

Um das Dienst Einkommen, welches in diesen Bestallungen den angesehenen Beamten zugesichert wird, gehörig würdigen und mit dem der spätern Zeiten vergleichen zu können, muß nicht nur der damalige Werth des Geldes und die Staffel, welche der Luxus zu jener Zeit erreicht hatte, sondern zugleich erwogen werden, daß die Mitglieder der Collegien, wie die übrigen Beamten, gewisse Sporteln bezogen. Obwohl nun die Entdeckung von Amerika die Einfuhr der edeln Metalle vermehrt und den Werth des Geldes bereits damals herabgedrückt

hatte <sup>1)</sup>; so war diese Wirkung doch zu der Zeit, wo die hier im Auszuge folgenden Dienstbestallungen ausgefertigt worden sind, in Deutschland noch wenig bemerkbar, da eben in diese Zeit der Verfall des deutschen Handels in Folge der Umschiffung des Vorgebirges der guten Hoffnung und der Uebertragung des ostindischen Handels von Venedig an Portugal fällt. Bei dem hierdurch bewirkten Stillstande des Verkehrs in unserm Vaterlande, konnte die Vermehrung des Geldes nur allmählig und erst dann fühlbar werden, nachdem der Welt-handel sich nach dem europäischen Norden, den Niederlanden und England, gezogen und weiter ausgebreitet hatte. Der Luxus war bis dahin größtentheils auf die Genüsse der Tafel an einzelnen Ehrentagen beschränkt und die Lebensweise im Uebrigen, zumal im deutschen Norden, höchst einfach und frugal. Dagegen gewährten die Gebühren einen bedeutenden Ertrag, und so ward es nicht nur möglich, sondern sogar gewöhnlich, daß ein Staatsdiener ein bedeutendes Vermögen erwarb und, wie in der neueren Zeit eine Familie zu Reichtum zu gelangen pflegte, wenn aus ihrer Mitte Einer die Fürstbischöfliche Würde bekleidete; so bedurfte es nur, damals und auch noch später, das Amt eines herzoglichen Kanzlers bekleidet zu haben, um seinen Nach-

---

<sup>1)</sup> Bis um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts war ein Steigen der Kornpreise in den hiesigen Landen nicht bemerkbar: von da an fand jedoch dasselbe Statt, und die Preise hielten sich nicht nur auf einer zuvor nie gekannten Höhe, sondern nahmen fortschreitend zu. Der Durchschnittspreis für 1 Scheffel (10 Himten) Roggen war nach den Blasianschen Registern im 7ten Jahrzehnten jenes Jahrhunderts 6  $\frac{1}{2}$  fl. und im 8ten etwas über 7 fl.

kommen auf lange Zeit hin einen ausgezeichneten Wohlstand zu begründen <sup>2)</sup>).

Im Jahre 1570 ward Levin von Mahrenholz auf 10 Jahr als Rath und Hofmarschall angenommen und ihm zugesichert: 200 Joachimsthaler <sup>3)</sup> jährlich, Futter auf 6 reissige Pferde, Mahl bei Hofe <sup>4)</sup>, Kleidung, freie Wohnung, eine Gnadenverschreibung (auf eine Summe Geldes als stehendes Capital) und die Anwartschaft auf das erste heimfallende Ritterlehn.

Anno 1571, den 30sten Mai, erhielt M. Valentin Besenbach eine Bestallung als Hofrath, mit 100 Rthlr. jährlicher Besoldung, auf zwei Personen fürstliche Sommer- und Winter-Hoffkleidung aus der Schneiderei, endlich freie Mahlzeit bei Hofe für sich und einen Jungen.

Anno 1573, den 11ten Febr.: Dr. Wilhelm

<sup>2)</sup> Die Familien von Stopeler, v. König, v. Brünings, v. Schwarzkoppen, v. Lübecke, v. Hugo, v. Kiepen u. a. m. verdanken allein ihrer Abstammung von Herzoglichen Canzlern ihren Eintritt in die hiesige, oder Calenbergische Ritterschaft und den Besitz oft sehr bedeutender Güter.

<sup>3)</sup> Eine Benennung der damals zu Joachimsthal in Böhmen, zu einem Gehalte von 8  $\frac{2}{15}$  Stück auf die feine Mark, ausgeprägten Gulden, welche an Metallwerthe jetzt 1 Rthlr. 13 Ggr. 6 Pf. Conv. Münze gleich seyn würden.

<sup>4)</sup> Die Fürstl. Räte und Diener wurden vormalis in Regel bei Hofe gespeiset; so daß der dadurch veranlaßte Aufwand wohl zu Vorstellungen von Seiten der Landschaft und Zusicherung einiger Beschränkung von Seiten des Herzogs, wie z. B. ao. 1505 geschehen ist, Gelegenheit gegeben hat. Es ward dieses erst im Jahre 1602 abgestellt, und für die freie Verköstigung jedem ein Kostgeld ausgesetzt und der Besoldung zugelegt. Wiffmann, Annalen zu d. I.

Kink, als Hof- und Canzleirath, jährlich 200 Rthlr., für sich und einen Diener, welcher Letzte „sich mit Handgelöbniß verwandt machen soll,“ Hoffkleidung und Tisch zu Hofe, oder Kostgeld, freie Behausung und Nothdurft an Feuerung, item 1 Ochsen, 4 Schweine, 4 Scheffel (d. i. einen Wispel) Roggen und eben so viel Gerste, u. d. auch eine Verehrung von 50 Rthlr. zum Antritte und 2 oder 3 freie Führen.

Anno 1573, die trium regum: Vicentiat Fr. Muckeltin, als Canzler auf 10 Jahr, freie Behausung, jährlich 300 Joachimsthaler und auf 4 Pferde Futter, Sommer- und Winter-Hoffkleider, Hufschlag und Ausquitung, auch wenn er zu Hofe, auf ihn und seine Pferde Futter und Mahl; jedoch, daß er eine Streitbüchse führe und einen Jungen mit einer Sturmhaube und einem Federspieße und sonst mit Harnisch schwarz und weiß gerüstet, halte, auch seine Knechte auf Erfordern Knebelspieße führen sollen, unter welchen ein beedigter Schreiber seyn soll; — item 1 Ochse, 4 Schweine, 6 Scheffel Roggen und so viel Gerste, 1 Hirsch, 1 Tonne Butter und so viel Käse; die halben Canzleigefälle. Hiernächst will man ihm vor Pferbeschaden und Gefängniß stehen <sup>5)</sup>, was an Gütern erledigt, so nicht in's Cammergut gehört, vor Andern ihn damit ansehen etc.

Anno 1573, den 6ten März: Carl von Werling, als Hoffschenk, Rath und Rittmeister, jährlich

---

<sup>5)</sup> Eine Hinweisung auf die Unruhe jener Zeiten, wo man nur bewaffnet außerhalb Orts erscheinen durfte und immer Gefahr lief, gewaltthätig behandelt zu werden. Spätlinge des gepriesenen Mittelalters!

200 Rthlr., 5 Pferde frei, neben freien Mahls, täglich Morgensuppe und Schlaftrunk u. s. w.

Anno 1573, den 20sten Juli: Dr. Josias Marcus, als Vicekanzler, Cammer-, Hof- und Canzleirath, jährlich 200 Rthlr., item Miethgeld 10 Rthlr., Feuerung 20 Rthlr., Kostgeld <sup>6)</sup> 40 fl. Braunschweigische Währung <sup>7)</sup>, 6 Scheffel Roggen, item Gerste, 1 Dhs, 4 Schweine, 1 Theil von den Hofgerichtsgesällen, den halben Theil der Canzleigesälle.

Anno 1578, den 4ten September: Melchior von Mahrenholz, als Großvoigt auf 10 Jahr, 200 fl. Münze à 20 Mgr., 4 Pferde frei, 10 Scheffel, 4 Schweine, 1 Dhs, 1 Tonne Butter, und Käse, nebst einer Gnadenverschreibung auf 2000 Joachimsthaler.

Anno 1589, den 13ten August: Wolf Ernst Graf zu Stollberg, als Statthalter, Hofrichter und Rath, 1500 Rthlr., 10 reißige und 4 Kutschenpferde frei u. s. w.

<sup>6)</sup> Diese Schätzungen des Miethgeldes, der Feuerung und des Kostgeldes für den Bedarf eines Mannes aus einer der ersten Classen der Staatsbeamten, geben den Maßstab für die damaligen Preise wichtiger Lebensbedürfnisse. Kaum ein Zehnthheil der jetzigen.

<sup>7)</sup> Seitdem das Münz-Edict Herzogs Heinrich des Jüngern vom November 1555 den Gulden zu 20 Silbergroschen bestimmt hatte, unterschied man davon die Währung der solchem nicht beigetretenen Stadt Braunschweig, welche den Gulden zu 21 Silbergroschen ausprägte oder rechnete.

## IX.

### Ueber das Ende der Streithorst'schen Partei im Ministerium Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig-Lüneburg.

Eine Erläuterung der von Spittler, (Geschichte von Hannover, I. S. 392 flg.) gegebenen Berichtigung der Rethmeier'schen Nachricht über diesen Vorfall. (Chronik, S. 1258.)

Da Spittler in seiner Geschichte von Hannover den Sturz der Streithorst'schen Partei und des sogenannten Landdrosten-Regiments unter der Regierung Herzogs Friedrich Ulrich nur kurz behandelt und seine Berichtigung der, über das Ende der Gebrüder von der Streithorst in Rethmeier's Chronik gegebenen Nachricht, daß beide in den Casematten neben dem Herzoglichen Schlosse in Wolfenbüttel gehängt wären, weniger bekannt geworden ist, als diese letzte, so wird eine ausführlichere Darstellung dieses Vorgangs, aus zuverlässigen, zum Theil archivalischen Nachrichten geschöpft, in dieser Sammlung eine Stelle verdienen. Auch dürfte es angemessen gefunden werden, zugleich die Veränderungen in der Form der Verwaltung des Landes, welche mit dem Emporsteigen und dem Falle der Gebrüder von der Streithorst innig verwebt waren und die damalige Zeit so merkwürdig für unsere vaterländische Geschichte, die Cata-

strophe jener Partei so erfolgreich für die gegenseitige Stellung der Staatsbehörden gemacht haben, hier näher entwickelt zu sehen.

Herzog Friedrich Ulrich war der schweren Aufgabe nicht gewachsen, welche seine Zeit und Stellung ihm zu lösen vorgelegt hatten. Bei seinem Regierungsantritte (20. Jul. 1613) zogen sich die Wolken bereits zusammen, welche sich dreißig Jahre hindurch in dem Ungewitter des deutschen Krieges über ihm und dem Vaterlande entladen sollten; die Entdeckung von Amerika und eines neuen Weges für den Handel mit Ostindien, deren Wirkung auf den Verkehr und den Geldwerth jetzt recht fühlbar geworden, hatten alle Verhältnisse der Gesellschaft verrückt und einen verderblichen Luxus herbeigeführt; endlich hatte Herzog Heinrich Julius manches Begonnene unvollendet und eine drückende Schuldenlast hinterlassen. Ein kräftiger Fürst möchte einer solchen Lage kaum genügt haben, und Friedrich Ulrich war das nicht. Furchtsam im Umgange, zog er sich zurück, sich gänzlich der Leitung einiger Günstlinge überlassend, welche den Zutritt der Unterthanen zu ihm immer mehr erschwerten, und so jeder freien Mittheilung, der Belehrung aus zufälliger Rede und der Stimme des Volks den Weg zum Fürsten verlegten. Ein Versinken in unmäßige Genüsse der Tafel vollendete das Unglück.

Unter diesen Umständen schien es selbst den nächsten Verwandten des jungen Fürsten nützlich, wenn ein Mann seiner Wahl und im vollen Besitze seines Vertrauens mit der Leitung der Regierung beauftragt würde. Als daher die landesfürstliche Zuneigung sich dem Anton von der Streithorst zuwandte, so folgte die öffentliche Stimme. War doch dieser ein angesehenes Mitglied

der einheimischen Ritterschaft und Sohn Christophs von der Streithorst, welcher die hohe Würde eines Statthalters unter Herzog Heinrich dem Jüngern bekleidet hatte. Es geschah daher auf „Rath und Beliebung“ des Königs von Dänemark, Oheims des Herzogs, und der Herzoglichen Frau Mutter, daß der Herzog unter dem 31sten October 1615 einen Revers ausstellte; keine Briefe oder Schriften, daran etwas gelegen, unterschreiben oder vollziehen zu wollen, ehe solche von seinem geheimsten Rathe und Oberhofmeister, sammt dessen Zugeordnete durchgelesen und erwogen worden; auch darauf durch das Patent vom 1sten Febr. 1616 <sup>1)</sup>, den Anton von der Streithorst statt des verstorbenen Statthalters zum Oberhofmeister, Geheimenrath und Hofrichter bestellte, und demselben vier Regierungs- und Geheimerräthe, Jobst von Wenhe, Hans von Mühesahl, Bartold von Rautenberg und Eberhard von Wenhe beordnete, um dahin zu sehen, daß alle Verordnungen befolgt würden, und ohne welche in wichtigen Angelegenheiten nichts beschloffen und ausgefertigt werden solle.

Diese neue Einrichtung traf verlegend die alte Fürstliche Rathstube, welche hergebrachter Weise den Mittelpunkt der Verwaltung, das Consistorium und das obere Justiz-Collegium vereint bildete, und verbreitete eine beunruhigende Ungewißheit unter den dabei angesetzten Räthen und im ganzen Lande; daher das Patent vom 10ten December 1616 erlassen und dadurch verordnet ward, „daß auf der Rathstube und Canzlei nur Justiz- und Parteisachen tractirt, andere und übrige Sachen aber in der Fürstlichen Zahlcammer und für dem

<sup>1)</sup> G. Wolterck, kurzer Begriff u. p. 50.



Oberhofmeister und Geheimenrâthen expedirt werden sollten <sup>2)</sup>.“ Es hat jedoch ~~diese~~ Einrichtung bald eine Aenderung erlitten, indem sich eine Partei gegen den Oberhofmeister bildete, welcher die Herzogliche Frau Mutter und die Oheime des Herzogs zum Stützpunkt dienten, und die Jenen veranlaßt haben mag, nachdem er zum Statthalter ernannt, und ihm durch ein Herzogl. Rescript vom 30sten April 1618 die neue Cammerordnung <sup>3)</sup> vom 31sten December 1617 zur Anweisung der dabei angestellten Officianten zugesertigt worden war, sich vier Landdrosten zuordnen zu lassen. Diese waren des Statthalters Bruder Joachim von der Streithorst, Bartold von Rautenberg, Henning von Rheden und Arnd von Wobersnau.

Von jetzt an fing das sogenannte Landdrostenregiment an, das arme Land zu bedrücken und die Regierung Herzogs Friedrich Ulrich, selbst vor dem Einbruche der Grâuel des dreißigjährigen Krieges, als die unglücklichste aller Regierungen der Fürsten des Welfischen

<sup>2)</sup> Man fürchtete damals besonders einen nachtheiligen Einfluß der Regierung auf die Verwaltung der Justiz; wie denn in landschaftlichen Verhandlungen (s. Wißmann ad annum 1615) solches geäußert ward, und in dieser Beziehung eben scheint jenes Patent erlassen zu seyn.

<sup>3)</sup> Die Benennung: Cammer bezeichnete damals und schon früher, die dem Fürsten zunächst stehende beratende Behörde. Und hatte man zuvor hier noch keine Behörde dieses Namens gekannt, so finden sich schon längst Cammerrâthe, als die betrautern Mitglieder der Rathstube. So waren unter Herzog Julius die Drs. Heinr. Reichelin und Götz von Ohlenhausen, und unter Heinrich Julius der nachmalige Cantzler Dr. Werner König Cammerrâthe.

Hauses auszuzeichnen. Um den gesteigerten Bedürfnissen der Zeit zu genügen, gestattete man auch hier dem Ripper- und Wipperwesen seine landesverderbliche Verbreitung und nahm zu den noch schädlicheren Münzverfälschungen seine Zuflucht, die bald jede Wohlhabenheit untergruben, da man den geringhaltigen Münzen einen erzwungenen Cours nach dem Nominalwerthe gab <sup>4)</sup>. Damit diese Maßregel ungestörter und unbemerkter betrieben werden konnte, haufete Landdrost Arnd von Wobersnau fortwährend auf dem Schlosse Calenberg, wo vorzüglich die Münzoperationen unter seiner Leitung vorgenommen wurden <sup>5)</sup>. Die Uebrigen hatten durch eine schriftlich errichtete Abrede alle Aemter, gleich Provinzen, unter sich vertheilt, um sie um so sicherer aussaugen zu können, wobei denn dem Herzog der Bedarf nur gleichsam zugemessen und die Regierung genöthigt ward, Eingriffe in das Gut der Kirche und geistlichen Stiftungen zu thun.

Nicht nur der Herzogliche Beichtvater, Oberhofprediger Basilius Sattler, suchte den Herzog aus der Lethargie zu erwecken, sondern auch die Landstände wur-

<sup>4)</sup> E. unter andern die Edicte vom 7ten April 1619, vom 24ten September 1619, vom 19ten Febr. 1620 u. a. m.

<sup>5)</sup> Das Einschmelzen der guten, und Ausprägen verfälschter Münzen ward dabei so weit getrieben, daß nach einem Reichs-Cammergerichtlichen Inhibitorial-Mandate vom 26sten Junij 1620, gerichtet an den Herzog und die Landdrosten v. Wobersnau und v. Neben und deren Münzmeister ic., die Mark Silber bis über 300 Rthlr. ausgebracht, alle richtige Münze eingeschmolzen, und zur Betreibung der Münzverfälschung Gehülfen und Unterunternehmer an sehr vielen Orten des Landes angestellt worden waren.

den unruhig und zogen durch ihre Vorstellungen den Unwillen der Streithorstischen Partei sich zu, welcher zuerst auf dem Landtage zu Salzthalen, im Januar 1621, ausbrach, indem Landdrost Joachim von der Streithorst in öffentlicher Versammlung den Prälaten vorwarf, „daß sie die Intraden der Clöster verhetet und verbubet, verfressen und versoffen und davon stolziret.“ Die Stände beschränkten sich damals auf die Hinweisung, „die *primaeva foundationis* wohl zu beachten“ und ihnen zukommen zu lassen, was danach ihnen gebühre <sup>5)</sup>.

Der Krieg zwischen beiden Parteien ward immer lebhafter betrieben. Daß unter der Benennung des königlichen Weckers bekannte Schreiben Königs Christian von Dänemark vom 21sten December 1620 an den Herzog, seinen Schwestersohn, wirkte zwar nicht unmittelbar, gab aber doch den Freunden des Vaterlandes einen neuen Antrieb und Rückhalt, und zugleich mit der Herzoglichen Frau Mutter ermunterte auch der väterliche Oheim des Herzogs, Philipp Siegmund, postulirter Bischof zu Osnabrück und Verden, die Landstände beider Fürstenthümer, Wolfenbüttel und Calenberg, zu kräftigen Vorschritten. Eine dringende Vorstellung derselben vom 8ten März 1622, worin schon von einem Regreß gegen die Urheber der so verderblichen Maßregeln die Rede gewesen, ward freilich ungnädig aufgenommen, und in einem Herzoglichen Rescripte vom 16. dess. Monats, vermuthlich vom Statthalter selbst verfaßt, mit harten Worten zurückgewiesen, indem den Ständen der Vorwurf gemacht ward, syndiciren, condominiren und aufwiegeln zu wollen, „eine neue Salber-

<sup>5)</sup> Wiffmann, ad annum 1621.

sche Zweigung auf die Bahn zu bringen,“ den Herzog zu behandeln, „gleich als ob Wir etwa Unsere mündige Jahre noch nicht erreicht, oder allbereits pro prodigo declarirt wären worden.“

Anfänglich beschränkte sich der landschaftliche Ausschuss auf eine nach Bockenem berufene Versammlung mehrerer Ständischen Mitglieder, durch Vorlegung jener Vorstellung sich zu rechtfertigen; worauf von sämmtlichen Anwesenden eine neue entschuldigende Vorstellung an den Herzog beschlossen und unter d. 20ten März 1622 den Fürstlichen Råthen zur Besorgung zugesandt ward. Es geschahen noch mehrere Schritte, jedoch vergeblich. Allein später nahm die Herzogin Mutter eine andere Vorstellung und Denunciation zur Besorgung an, und so erklärte sich der Sieg doch zulezt wider die verhasste Cabale, und am 10ten September 1622 schlug die Stunde derselben.

Es war nämlich von der Herzogin Mutter erslich der Bischof von Osnabrück, an welchen sich die Landstände auch gewendet, und später Herzog Friedrich Ulrich selbst, auf ihren Wittwensitz zu Hessen eingeladen und sodann die Landschaften unter der Hand dorthin beschieden worden. Beide Ausschüsse, sowol der Wolfenbüttelsche, als der Calenbergsche, stellten sich in der Nacht auf den 10ten September 1622 daselbst ein, wurden zur Audienz gelassen, und in Folge derselben der Statthalter Anton und sein Bruder, der Landdrost Joachim von der Streithorst, durch den Erbmarschall von Oidershausen, im Beiseyn des Canzlers Eberhard von Wenhe, des Vicecanzlers Friedrich von Uhder, Georgs von Bodungen, Marschalls beim Bischof Philipp Siegmund, Heinrichs Warnicken, Geheimenraths der

Herzogin Mutter, und endlich Tobst von Rheden außer Amtsthätigkeit gesetzt und verhaftet <sup>7)</sup>, und die peinliche Untersuchung wider sie eingeleitet, nachdem die Landschaften, unter der Erklärung, bloß das Civilinteresse des Landes verfolgt zu haben, und die Bestrafung dem Ausfalle eines Criminalverfahrens überlassen zu wollen, Caution de prosequenda lite mittelst Handgelöbnisses geleistet hatten <sup>8)</sup>.

Man schritt nun zuvörderst zu einer weitem Ausbildung der neuen Verwaltungsordnung und veränderten Besetzung der Behörden. Auf eine dahin gerichtete Vorstellung der Landschaft vom 16ten September 1622 erschien unter dem 31sten des folgenden Monats eine „Reformation Sr. Fürstl. Gnaden Hofstaat und Ordnung, wie es inskünftige in Justiz-, Cammer-, Amts- und Haushaltungssachen, mit Bestellung der Aemter und Diener gehalten werden soll.“ Durch dieselbe wurden zu den Fürstl. Cammer- und geheimen Sachen verordnet und als Geheime Cammerräthe bestellt, 1. der Statthalter Ernst von Steinberg auf Bodenburg, welcher bereits am 16ten September 1622 den Landständen in einer feierlichen Audienz zu Wolfenbüttel in solcher Eigenschaft vorgestellt war; 2. Bartold von Rautenberg; 3. der Hofmarschall Heinrich Julius von Kniestedt und 4. Heinrich Wernike, bisher im Dienste der Herzogin Mutter, und ihnen zur Expedition der Ober-Cämmerer Hermann Jakob Meyer beigegeben. Zum Vicehofrichter ward der Großvoigt Tobst von Weyhe und

---

<sup>7)</sup> Es ward denselben, wie der damalige Ausdruck war, „die Faust genommen.“

<sup>8)</sup> Wiffmann, a. a. O. zum September 1622.

zum Berghauptmann Burchard von Steinberg ernannt. Sodann bestellte man, statt der Landdrosten <sup>9)</sup>, deren Amtsbenennung sogar umgangen ward, vier Oberhauptleute in den Personen von Henning von Steinberg, Christoph Mellin, Ehdel Burchard von Balmoden und Johann Spiegel von Pückelsheim. Diese neue „Ordnung“ scheint nicht in Druck ergangen zu seyn, wie sie denn auch Woltered nicht gekannt hat; sie ist übrigens im Concepte nicht nur vom Herzoge, sondern auch von dessen Oheime, dem Bischof Philipp Siegmund von Werden und Snabrück, und von einigen Råthen unterschrieben.

Diese Trennung der Cammer- und Regierungs- von den Partei- und Justizsachen, durch Anordnung verschiedener Behörden zu deren Besorgung, war nur die weitere Ausführung einer schon früher nöthig befundenen und eingeleiteten Maßregel. Herzog Julius hatte nämlich bereits am 10ten Januar 1586, beim Anfall des Calenbergischen eine „Nebencanzlei-Ordnung“ erlassen und damit die Fürstliche Rathstube, welche sonst den vorkommenden vermehrten Geschäften nicht ferner hätte genügen können, in zwei Abtheilungen, Sectionen, ge-

---

<sup>9)</sup> Die „Ordnung“, erwähnt dreier Landdrosten; es ist jedoch ungewiß, welche damit gemeint worden sind. Denn von den um das Jahr 1618 ernannten Bieren fanden sich nur noch zwei im Dienste, da von Wobersnau am 3ten Jun. 1621 gestorben war, Henning von Rheden aber am 10ten März 1622 seinen Abschied genommen hatte. Vielleicht war der Letzte nicht ex nexu gelassen und deshalb mitgezählt worden; wenigstens findet sich, daß die Landschaft ihre Civilansprüche ausdrücklich mit gegen denselben gerichtet hat. S. Wißmann, a. a. D.

schieden; die eine für Justiz- und Parteisachen, die andere hingegen zur Erledigung der Reichs-, Kreis-, Chur- und Fürsten-, auch Amts- und Cammer-Angelegenheiten. Jetzt führte jener Vorschritt bald weiter und zur Vollendung der Behördensonderung, indem das erst neuerrichtete Collegium der Geheimen-Cammerräthe schon unter dem 8ten August 1623 aufgelöst und in die Geheimerathsstube und die Rent-Cammer getheilt ward. Nunmehr wurden zu Mitgliedern des ersten Collegiums als Geheimeräthe bestellt: der Statthalter E. von Steinberg, Bartold von Kautenberg, der Marschall H. J. von Kniestedt, der Cammerpräsident Virgilius Hofer von Urfahren <sup>10)</sup> und der Canzler Eberhard von Wenhe, auch kurz darauf der General-Kriegs-Commissar von Hardenberg <sup>11)</sup>. Die neue Rent-Cammer ward mit dem Canzler Franz Muzeltin, Otto von Hoym, Dr. Joachim Göke und Dr. Heinrich Reichelm, als Cammerräthen, besetzt, und wurden ihnen zugleich die Landräthe Caspar und Rabe von Brede, Melchior von Stockhausen, Hilmar von Amelunxen und Bodo von Adelefsen als Hülfsbeamte beigeordnet.

Es ergibt sich hieraus, daß die erste Veranlassung des auf die Streithorstsche Partei geworfenen allgemei-

<sup>10)</sup> Dieser von Urfahren war als Protestant aus Baiern vertrieben und von Herzog Heinrich Julius aufgenommen. Ao. 1605 zum Cammerjunker ernannt, diente er als Mitaufseher über die Erziehung der jüngern Prinzen, ward darauf Hofmeister des Prinzen Christian, welchen er auf Reisen führte, und ging endlich in den Civildienst über. † 1626.

<sup>11)</sup> Es wird dieses derselbe seyn, der unter Herzog August kurze Zeit hindurch Statthalter gewesen ist.

nen Hasses, die Bildung einer obersten, von der alten Rathsstube getrennten Regierungsbehörde nämlich, weniger den selbstsüchtigen Absichten dieser Familienverbindung, als dem Bedürfnisse der Zeit und den Umständen beigemessen werden muß.

Die Herzöge Julius und Heinrich Julius, welche mit dem Feuergeiste ihres Stammes, nachdem der Landfrieden die Fehden abgeschafft hatte, auf die Regierungsgeschäfte sich warfen und selbst schreiblustig einschritten, vermehrten die Arbeiten durch die neue Art, sie zu behandeln; der Anfall des Calenbergischen Landestheils erweiterte den Wirkungskreis, und wie gar der dreißigjährige Krieg den Zustand Deutschlands in einem zuvor nie gekannten Maße aufregte und die Berührungen der Staaten vervielfältigte, so konnten die Geschäfte ferner nicht, wie bisher, von einem einzigen Collegium erledigt werden. Dennoch findet sich die allgemeine Stimme gegen die von Streithorst und ihre Gehülfen gerechtfertigt durch den Mißbrauch des erlangten Einflusses: die dadurch bewirkte Umbildung der, erst kurz zuvor unter Dänischem Einflusse eingeführten, Dicasterialordnung in eine, die übrigen Behörden unterdrückende Familienverbindung, und die Umstellung und Absonderung des Landesfürsten, bei einer selbstsüchtigen und landesverderblichen Staatsverwaltung; und wie schon eine vorläufige Untersuchung ergeben hatte, daß unter ihrer Verwaltung die Unterthanen mit Herrendienstleistungen auf's Aeußerste bedrückt, die untere Dienerschaft zum Erkaufen ihrer Stellen genöthigt, das Mobiliar der Fürstlichen Häuser verschleudert, die Waldungen ausgehauen worden und im Ganzen so gewirthschaftet war, „daß nach dem bisherigen Haushalten innerhalb Zeit von einem halben



Jahre Se. Fürstl. Gnaden ganz schwachmatt hätte seyn müssen <sup>12)</sup>,“ so setzte man den eingeleiteten peinlichen Prozeß fort.

Es ward derselbe nur gegen die Gebrüder Anton und Joachim von der Streithorst gerichtet; denn Bartold von Kautenberg, obwohl einer der Landdrosten und mit jenen Beiden und dem H. von Rheden früher enge verbunden, muß sich vorwurfsfrei gehalten haben, da er in Ansehen und Amte nicht nur damals, wie oben bemerkt worden, sondern selbst unter des so unsichtigen und strengen Herzogs August Regierung geblieben ist; und Wobersnau erlebte die Catastrophe nicht, Rheden aber entzog sich derselben durch zeitige Entfernung. Die Angeschuldigten hatten zuerst auf das Schloß Erichsburg in Verwahrung gebracht werden sollen; sie blieben aber in dem Schlosse zu Wolfenbüttel verhaftet, und am 12. Mai 1623 ward auf dem dortigen Rathhause durch den Sohgrafen Lorenz Gödecke das peinliche Gericht gegen sie eröffnet. Es war dasselbe folgendermaßen besetzt: der Großvoigt und Vicehofrichter Jobst von Wenhe führte den Vorsitz, als eigentlicher Richter; die Beisitzer waren der Oberste Otto Plate von Helverßen, der Groß-

---

<sup>12)</sup> Wiffmann, a. a. O. Die wichtigsten Punkte der Anklage waren: 1. Anmaßung der obersten Regierungsgewalt; 2. Erregung von Zwiespalt in der Fürstlichen Familie; 3. Canzler und Rätthe vom Herzoge entfernt, 4. den Militär-état zu sehr erhöht, 5. die Landschaft beim Herzoge in Ungnade gebracht, 6. die Justiz gebeugt und die Gerichte bedrückt, 7. sich unangemessene Ehrenbezeugung angemast zu haben, 8. die Münzverfälschung und 9. eine verderbliche Staatswirthschaft.

voigt zum Calenberge, Lucas Langemantel von Sparren, Dr. Johann Struck, Dr. Eberhard Speckhan, Dr. Heinrich Andreas Cran, D. Georg Helmsold Wulbrand von Rheden, der Schultheiß und Amtmann Poppe Spangenberg und Melchior Franckenfeld; endlich führte Friedrich Ortlep die Feder als Secretair und Hermann Töneball und Zacharias Böttcher fungirten als Gerichtsbeisitzer.

Als Ankläger trat auf der Landfiscal Caspar Ume- lung, welchem Justus Brodersen, Namens des Herzogs Christian, Bischofs von Halberstadt, zur Seite stand und als Rathgeber beigeordnet waren Johann Goddäus, Hildebrand Rumann, Dr. Andreas Müller, Canzler und Geheimerath in Zerbst, Dr. Johann Wisel und Dr. Jakob Steinberg. Der Letzte führte die Feder.

Zum Vertheidiger war den Angeklagten Dr. Johann Wiegand aus Heiligenstadt beigegeben, nachdem er besonders dazu war beeidigt worden.

Die Specialuntersuchung begann zwar auf dem Rathhause, nachdem jedoch beide Inquisiten erklärt hatten, es nicht als eine Nichtigkeit gelten machen zu wollen, daß sie „in domo accusatoris respondiren“ mußten, so ist die Inquisition nach dem ersten Verhöre auf dem Herzoglichen Schlosse, im sogenannten Bergsaale fortgesetzt. Diese Verhöre haben bis zum 18ten December 1623 gedauert, und ist nach den Inquisitions-Protocollen, so viel deren noch vorhanden, der Statthalter Anton über fast 1200, sein Bruder Joachim aber über mehr als 2500 Artikel vernommen worden.

Die Familie des Angeklagten hatte sich inzwischen an den Kaiserlichen Hof gewendet, und ein Mandat de relaxandis captivis erga cautionem beim Reichs-

hofrathe ansgewirkt <sup>13)</sup>, und obwohl diesem keine Folge geleistet ward, so veranlaßte der Schritt doch eine Unterbrechung des Processes. Denn der Herzogliche Hof wandte sich an die Churfürsten von Sachsen und Baiern um ihre Intercession gegen solches Mandat, als die reichsständische Gerichtsbarkeit in peinlichen Sachen beeinträchtigend, unterhandelte auch mit den Angeklagten über die Bedingungen ihrer Entlassung, ohne vollständige Rückgabe des mit Arrest belegten Vermögens und gegen einen von ihnen auszustellenden Revers, welchen sie jedoch in solcher Maße zu vollziehen ablehnten; und darüber blieb die Untersuchung unvollendet. Als daher im Jahre 1629 Dr. Justus Linden eine Relation aus den Acten ausarbeiten sollte, rügte er deren Unvollständigkeit, und es scheint die Sache wohl wegen der Unruhen des dreißigjährigen Krieges und dessen unglücklichen Erfolgen für das Land und den Fürsten, seitdem eingeschlafen zu seyn.

Der gewesene Statthalter Anton von der Streit-  
horst starb am 17ten September 1625 im Gefäng-  
nisse <sup>14)</sup> und bald darauf ward sein Bruder Joachim

<sup>13)</sup> Das letzte derselben, vom 26sten Februar 1624, erklärt das wider die Angeklagten aufgestellte Libell für unförmlich und captios; weist darauf hin, daß die Schuld der schlechten Regierung zugleich auf den Herzog und dessen übrige Räthe falle, also es damit gegen die von der Streithorst nicht so strenge zu nehmen sey; entschuldigt das Münzwesen mit der allgemein darüber verbreitet gewesenen irrigen Ansicht, und bestimmt endlich die, gegen vorläufige vollständige Restitution, zu leistende Caution auf 100,000 fl.

<sup>14)</sup> Noch unter dem 12ten Jul. zuvor hatte er in einer Supplik den Herzog um endliche Entlassung gebeten, sich als un-

daraus gegen Ausstellung eines Reverses entlassen. Die Familie blieb unangefochten im Besitze ihrer Güter zu Schliestedt, Rübbelingen und Rottorf, und scheint nur die Pfandschaft am Amte Königsutter damals eingebüßt zu haben; wenigstens findet sie sich in den später errichteten Redactionen der Landesmatrikel nicht mehr, wie früher, unter den Drostern und Beschlossenen wegen dieses Amtes aufgeführt. Ja, es hat sogar Joachim von der Streithorst im Jahre 1631 Forderungen an die Landschaft gerichtlich verfolgt, ohne daß, wie es scheint, solchem aus jenem Criminalverfahren und der damit

---

schuldig und von der Landschaft verleumbet dargestellt und mit den Worten geschlossen: „Euripides sagt im *Hercule furente*, *Deus cum favet non est opus amicis*, Satis est, Deus iuvare nos si velit. Daß muß ich verlassener Mann auch vom Ausschusse gedenken; Gott der Allerhöchste und Eure Fürstl. Gnaden erzeigen mir nur Hülfe und Gnade.“ Eine lateinische Nachschrift enthält: „*Unicum superest, quod Celsitudinem Tuam rogem obnix et devote, ne fidem habeas istis meis delatoribus. Qui enim semel animum artibus calumniae obstrinxerit, ille numquam se integrum praestabit in cacteris. — Qui etiamsi totos Bructeros calumniarum ante oculos extruant, tamen iis nequaquam veritatem innocentiamque obruent. Illa enim sua vi insurgit adversus mendacia, et haec illius freta praesidio, vel non succumbet unquam, vel ex ultimo discrimine reviviscet alacrius. — Quod si me sublatum velint, rogo ne se admodum crucient. Nec enim longe absum ab illa ultima vitae meta, cum mox et propediem sinu ingressurus annum clymacterium magnum. Scio autem pro certo mihi morienti et mortuo melius futurum quam cuiquam calumniatorum superstiti.*“

verbundenen Civilklage Einreden entgegengesetzt worden wären <sup>15)</sup>).

Schon vor der Verhaftung der Gebrüder von der Streithorst war gegen die Wittwe und Kinder des im Jahre 1621 gestorbenen von Wobersnau, durch Beschlag auf dessen Vermögen, ein Anspruch verfolgt, weil er bei der Besitznahme des Mobiliarnachlasses der ausgestorbenen Grubenhagenschen Linie des Herzoglichen Hauses Unterschleif gemacht, auch die von den ihm untergebenen Aemtern und Klöstern erhobenen Gelder nicht gehörig nachzuweisen vermocht hatte, Der Erfolg ist gleichfalls nicht bekannt, nur findet sich, daß die Landschaft, auf einen Antrag der Familie zur gütlichen Auskunft, beschlossen hatte, zwei Tonnen Goldes zu fordern. Vermuthlich hat auch hier der dreißigjährige Krieg, indem er fast allgemeine Verarmung herbeiführte, und den Beklagten jedes Zahlungsmittel entzog, den Streit beigelegt.

---

<sup>51)</sup> Wiffmann, a. a. O. zu dem Jahre.

---

## X.

### Ueber den Zeitpunkt der Volljährigkeit der regierenden Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.

---

Der Termin der Mündigkeit der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg ist, bei einer illustern Veranlassung der neuesten Zeit, der Gegenstand mancher Erörterung geworden, ohne dadurch zu einer allgemein anerkannten Gewißheit gebracht zu seyn. Auch unabhängig von jenem Streite ist es für das Braunschweigsche Staatsrecht von hoher Wichtigkeit, diesen Theil desselben möglichst aufzuklären, und so mag denn der folgende Versuch, darüber Licht zu verbreiten, sich den frühern Untersuchungen anreihen, um vielleicht für eine zukünftige Zeit nützlich zu werden, wo es gestattet seyn wird, ohne Rücksichten über die Sache abzusprechen.

#### I.

Lange bevor das Welfische Haus durch den Erwerb der großen National-Herzogthümer Baiern und Sachsen zu dem damals mächtigsten Fürstenhause Deutschlands sich emporgeschwungen, hatte es in Schwaben einen ausgebreiteten Landbesitz erlangt. Als schwäbischen Ursprungs betrachteten sich daher die Fürsten dieses Stammes noch ferner, und Heinrich der Löwe bestritt aus diesem Grunde die gegen ihn auf dem Reichstage zu Würzburg im Ja-

nuar 1180 ausgesprochene Acht, indem er auf Schwabenrecht und den Ausspruch eines, in seinem Vaterlande Schwaben gehegten Gerichts provocirte <sup>1)</sup>. Da nun das Schwabenrecht die Dauer der Minderjährigkeit auf 18 Jahre beschränkt, so erklärt dieses, wie in Norddeutschland, wo übrigens Sachsenrecht galt und nach demselben die Volljährigkeit erst mit Vollendung des 21sten Jahres eintrat, jene Zeitbestimmung eingeführt werden konnte. Als Welfisches Familienrecht mag sie in einzelne Statuten des Landes eingedrungen seyn, wird sie aber auch im Herzoglichen Hause sich erhalten haben. Wenigstens können nicht wohl anders die vielen Beispiele erklärt werden, wo ohne Berücksichtigung des heimischen gemeinen Rechts, welches freilich bei der bestehenden Autonomie des hohen deutschen Adels dem regierenden Hause nicht zur Norm diente, auf jene Bestimmung des Schwabenrechts Bezug genommen worden ist.

## 2.

Werden die einzelnen Fälle erwogen, wo die Fürsten des Welfischen Hauses in einem für die bestrittene Frage bemerkenswerthen Alter zur Regierung gekommen sind, so müßte eben diese so oft sich erneuernde Berücksichtigung des 18ten Lebensjahres als Ende der Minderjährigkeit, in einem Lande sächsischen Rechts, uner-

---

<sup>1)</sup> *Arnoldi* Lubec. in supplemento *Helmoldi Chron. Slavor.* Lib. II. Cap. 24 §. ult. „Dux autem injuste de se judicatum esse affirmabat, dicens se de Suevia oriundum et nullum proscriptione damnari posse, non convictum in terra natalitatis suae.“

klürlich erscheinen, wenn jener Umstand nicht die Sache erläuterte. Und schon in dieser Hinsicht sind die Beispiele von Beachtung des achtzehnjährigen Termins für die aufgestellte Behauptung von größerem Gewichte, als die entgegenstehenden Fälle; indem bei jenen die Hinweisung auf eine bestandene gesetzliche Norm wahrzunehmen ist, wogegen diese nur Abweichungen bezeichnen, die in besondern Ursachen gegründet gewesen seyn können.

Um den Gesichtspunkt festzustellen, aus welchem die einzelnen Fälle dieser Art beurtheilt werden müssen, ist nicht zu übersehen, daß in Deutschland Testamente und andere einseitige letzte Willensverordnungen bis zur Einführung des römischen Rechts unbekannt waren <sup>2)</sup>; daß bis dahin nur durch Verträge über das Lebensziel hinaus verfügt werden konnte und daß also die vorhandenen Bestimmungen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, über die Vormundschaft ihrer Nachfolger und deren Regierungsmündigkeit, nur als solche zu betrachten sind, so lange nämlich bei uns allein die vaterländischen Rechte in Kraft waren. Auch muß erwogen werden, daß die Reichs- und Territorial-Verfassung Deutschlands noch nicht ausgebildet, das Band zwischen König und Fürsten locker geknüpft, zwischen Fürsten und Ständen aber erst zu knüpfen war; daß die Amtsverwesung der Herzöge mehr in Anführung der Heere, als einer innern Regierung bestand, und diese weniger erforderte, als später, die Mannen der Herzöge also sich um die Familienverhältnisse ihrer Fürsten und deren per-

<sup>2)</sup> K u n d e, Deutsches Recht, §. 678.



sönliche Eigenschaften zu bekümmern, weniger Veranlassung fanden.

## 3.

Aus diesem Gesichtspunkte sollen also die hierher gehörigen Fälle kürzlich erwogen werden <sup>3)</sup>.

Der Vertrag von 1292 zwischen H. Otto zu Lüneburg und H. Albrecht pinguis zu Göttingen, bestellt den Ueberlebenden zum Vormunde der Kinder des früher Verstorbenen bis zu deren zwölftem Jahre. Erwägt man, daß die Vormundschaft damals mit dem Nießbrauch verbunden war (*tutela fructuaria*), nach alter Sitte auch die Söhne im 13ten Jahre für fähig gehalten wurden, am Heereszuge Theil zu nehmen <sup>4)</sup>, so zeigt sich hier nur eine Beschränkung der Vormundschaft zum Besten der Kinder, und überdem nur eine Verfügung für einen besondern Fall, mit welcher die Beachtung der schwäbischen Volljährigkeit als Regel um so eher bestehen

<sup>3)</sup> Eine vollständige Aufzählung aller hieher gezogenen Fälle ist überflüssig erachtet, da sie aus den früher erschienenen Schriften leicht zusammengestellt werden kann. S. Hurlebusch, über den Zeitpunkt der Volljährigkeit zc. 1828, auch in: Gehörige Würdigung zc. S. 407. Die Gutachten von Graf von Alvensleben und Geheimrath von Schmidt-Phiseldorf, abgedruckt in Wit, Versuch zc. Anlage G. und in Graf von Münster's Widerlegung zc. S. 128, auch Bemerkungen zc. von einem Ungenannten, in letzterwähntem Werke, Seite 174 flg., endlich *D. D. Keane, Esq. Hints on the Time of the coming of Age of the Dukes of Brunsvic-Luneburg, derived from original documents. London 1828.*

<sup>4)</sup> S. Koch, pragm. Geschichte, S. 173.

kann, als kein aus dieser Bestimmung erworbenes Recht dadurch geschmälert ward.

Der Vorfall von 1370 <sup>5)</sup>, wo H. Magnus Torquatus mit Einigen seiner Ritterschaft den Vertrag errichtet hat, von seinen vier Söhnen Einen zum Landesfürsten zu wählen und bis zu dessen 25sten Lebensjahre die Vormundschaft zu führen, ist unerheblich, indem die Verfügung gar nicht zur Ausführung gekommen ist. Er beweiset also überall nichts und um so weniger, als hier von einem Vertrage zwischen Fürsten und Ständen einer staatsrechtlichen Bestimmung <sup>6)</sup> überall nicht, am wenigsten für andre Fälle, als den angegebenen, die Rede war, die Söhne des Herzogs auch als dritte Personen sich betrachtet und in ihrem Erb- und Personenrechte dadurch ungebunden gehalten haben, also für sich ein abweichendes Recht müssen haben gelten machen können.

Der Vertrag von 1415 zwischen den Herzögen Bernhard von Braunschweig und Heinrich von Lüneburg, enthält eine Verordnung über künftige Fälle und hat die Natur eines Hausgesetzes, indem er eine Primogenitur zu begründen bezweckt und über die Vormundschaft des zur Regierung berufenen Fürsten verfügt <sup>7)</sup>. Er bestimmt die Dauer derselben bis zum Anfang des 19ten Jahres und bestätigt die Ansicht von der Beach-

<sup>5)</sup> Koch, a. a. D. S. 213.

<sup>6)</sup> Wie Keane, a. a. D. §. 2. durch seine hier wenigstens schielende „Winke“ andeuten will, welcher übrigens auch Schwaben- und Sachsenrecht verwechselt, indem bekanntlich das letzte nur die 21jährige Volljährigkeit kennt.

<sup>7)</sup> Koch, a. a. D. S. 277.

tung des Schwabenrechts in dieser Beziehung, obwohl im übrigen auch dieser Vereinbarung in der Folge nicht nachgelebt worden ist.

Das Testament H. Friedrichs des Frommen zu Lüneburg von 1477 geht von derselben Ansicht aus und läßt klar ersehen, daß das Alter von 18 Jahren, als der hergebrachte Termin der Großjährigkeit für die Herzogliche Familie betrachtet worden sey <sup>8)</sup>.

#### 4.

Hieran schließt sich der Vertrag von 1535, das so oft angeführte Pactum Henrico-Wilhelminum, welches von der Volljährigkeit dieselben Grundsätze ausspricht, und zwar dergestalt, daß es des achtzehnjährigen Alters, als des bekannten Endpunkts der Minderjährigkeit der Braunschweigischen Prinzen erwähnt, keineswegs aber diesen Termin allererst begründet. Der eigentliche Gegenstand dieses Vertrages war nämlich die Einführung der Untheilbarkeit der Herzoglichen Lande und der Erbfolge in der Landesregierung nach dem Rechte

---

<sup>8)</sup> S. Kethmeier, Chronik, S. 1318 flg. Pfessinger, Geschichte II. S. 70 flg. „Unde wann unses Sones Son, Hertoge Hinrick, achteyn Jar alt geworden is, denne und nich ehr willen wy ome dat Regiment unser Lande und Lüte befallen. — Wüde sich ock, dat wy vor demselven unses Sones Son, ehe he to synen vorgescrevenen Jaren gekommen ware, von Dodeswegen affgingen. — Und wenn He dann achteyn Jar alt geworden were, scallen se om (die bestellten Vormünder) to den vollen Regimente syner Lande und Lüte staden nnd kommen laten ic.“ — Auch im Auszuge bei Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, III. S. 265.

der Erstgeburt, und der Volljährigkeit ward nur beziehungsweise gedacht, um die Zeit zu bezeichnen, wo der jedesmalige Nachfolger den Hausvertrag gegen die Landstände bestätigen sollte. Aus diesem Grunde enthält auch derjenige Theil der über diesen Vertrag errichteten Urkunde <sup>2)</sup>, welcher die von den Landständen als Mitpaciscenten eingegangene Verpflichtung ausspricht, bloß das Angelöbniß, nur den Erstgebornen als Regenten ansehen und allein ihm in solcher Eigenschaft huldigen zu wollen, ohne daß dabei einer Bestimmung der Volljährigkeit erwähnt worden wäre.

Ward also das achtzehnjährige Alter als Termin der Volljährigkeit der Fürsten des Hauses Braunschweig nicht erst durch diesen Vertrag begründet, so ergiebt sich doch hieraus ein entscheidendes Zeugniß über diesen Theil des Welfischen Familienrechts. Wäre nämlich das Ziel der Minderjährigkeit und, daß die „vollkommenen Jahre“ der Herzöge mit dem Ende des achtzehnten Jahres erreicht würden, nicht außer Zweifel gewesen, so hätten Fürsten und Stände nicht so, wie hier geschehen ist, sich ausdrücken können, in einem öffentlichen, vor Kaiser und Reich errichteten Landesvertrage. Und dieses Zeugniß ward, der hier dem achtzehnjährigen Alter beigelegten Wirkung wegen, eben durch das Einverständniß zwischen Landesfürsten und Ständen zu der Kraft eines solchen Vertrages, für die Zukunft erhoben.

Der bloßen Eidesmündigkeit konnte nicht wohl unter der gebrauchten Bezeichnung „vollkommenen Jahre“

---

<sup>2)</sup> Methmeier, Chron. S. 888. Ribbentrop, Landtags-Absh. 2c., Th. I. S. 42 flg.

gedacht werden sollen <sup>10)</sup>, zumal wenn man damit die frühern Dispositionen von 1415 und 1477 (s. §. 3.) damit in Verbindung bringt; und wie leterwähntes Testament Friedrichs des Frommen, so beweiset auch der im Jahre 1545, also bald nach dem Pactum Henrico-Wilhelminum, mit dem 18ten Lebensjahre erfolgte Regierungsantritt H. Erichs II. von Calenberg, welcher bis dahin unter mütterlicher Vormundschaft gestanden hatte <sup>11)</sup>, in welchem Sinne jene Zeitbestimmung nur erwähnt seyn kann.

Daß übrigens dieser Vertrag „nie eine verbindliche Kraft gehabt, nie hat zur Ausführung kommen können,“ wie neulich behauptet worden ist <sup>12)</sup>, möchte dahin gestellt bleiben, da es für den Zweck der gegenwärtigen Ausführung ohne Wichtigkeit ist. Denn diese Uebereinkunft würde für den achtzehnjährigen Mündigkeitstermin auch dann zeugen, wenn gleich sie übrigens nicht zur Ausführung gebracht seyn sollte; der erwähnte Termin ist überdem auf andere Weise begründet, und der Vertrag, auch selbst abgesehen von seiner ursprünglichen Gültigkeit, durch fortgesetzte Erneuerung bestätigt, wie sich weiter unten zeigen wird. Es werden dennoch folgende Bemerkungen hier nicht überflüssig seyn.

Ob Herzog Wilhelm später den Vertrag als erzwungen für ungültig erklärt und dessen Annullirung beim Kaiser gesucht habe <sup>13)</sup>, ist gleichgültig, weil dieser Kai-

<sup>10)</sup> Wie das Gutachten in der Anlage V. der Widerlegung 2c. §. 3. c. glauben machen möchte.

<sup>11)</sup> Spittler, Geschichte von Hannover I. S. 238.

<sup>12)</sup> Gutachten, Anlage V. der Widerlegung u. s. w. §. 3. D. Keane, a. a. D. §. 10.

<sup>13)</sup> Rothmeier, a. a. D. S. 890 flg.

serliche Ausspruch nicht erfolgt ist. Die Versuche Herzogs Heinrich des Jüngern, die Nachfolge mit Uebergehung seines Sohns Julius, auf seinen natürlichen Sohn, Eitel Heinrich von Kirchberg, zu bringen, ist vollends unerheblich; da dieser vor ihm gestorben und Julius ihm gefolgt ist, ohne daß irgend eine Verhandlung oder Erklärung über die Entkräftung jenes, nicht bloß mit Herzog Wilhelm, sondern zugleich mit den Landesständen eingegangenen, Vertrages Statt gefunden hat. Die Einrede des Zwanges stand überdem nur dem Herzoge Wilhelm zu, und erlosch mit ihm bei seinem kinderlosen Absterben im Jahre 1557, und die That hat die genaue Beobachtung des Vertrages die ganze Folgezeit hindurch bewiesen, da ohne erneuerte Länderteilung seitdem der Erstgeborne immer und allein zur Regierung gekommen ist.

### 5.

Da bald nach Errichtung des Vertrages das fremde Recht, nämlich das römische und das päpstliche, welche schon früher sich gleichsam eingeschlichen hatten, in der Cammergerichtsordnung von 1495, §. 3. und dem Tridentinischen Concilium anerkannt worden waren, und die Kraft eines gemeinen Rechts durch die Reichspolizei-Ordnung von 1548 erhielt und in der, im J. 1556 vom Herzoge Heinrich dem Jüngern erlassenen Hofgerichtsordnung in den Herzogl. Staaten als ein solches bestätigt ward; so wird mit einigem Schein gefragt, wie jener aus dem Schwabenrechte erhaltene Mündigkeits-Termin mit der Gesetzeskraft jener Rechte habe fortbestehen können, und ob er nicht durch dieselben aufgehoben sey? Allein von Alters her hatten die Fürst-

lichen und Fürstenmäßigen Häuser Deutschlands die Befugniß behauptet und ohne Widerspruch geübt, ihre Familienverhältnisse durch Hausverträge und Hausväterliche Anordnungen, unabhängig vom gemeinen Rechte, zu bestimmen. Diese sogenannte Autonomie ist daher eine besondere Quelle, wie des deutschen Rechts überhaupt, so auch des vaterländischen Fürstenrechts geworden <sup>14)</sup>, und in dieser Eigenschaft und Wirkung stets von der höchsten Staatsgewalt und den höchsten Gerichten des Reichs anerkannt worden. Gleichwie früher das als gemeines Recht in Norddeutschland geltende Sachsenrecht die Braunschweigschen Fürsten nicht hinderte, ihre Volljährigkeit nach einer abweichenden Norm zu bestimmen; wie, während der verbindlichen Kraft des Sachsenrechts, der ursprünglich schwäbische Volljährigkeits-Termin von 18 Jahren ohne Anfechtung bestanden hat; so verblieb demselben auch seine Gültigkeit nach Einführung eines andern gemeinen Rechts. Die Fürstliche Autonomie begründete die Ausnahme und, so wenig es die alte Regel gethan, vermogte die neue, die einmal bestehende Ausnahme aufzuheben <sup>15)</sup>.

---

<sup>14)</sup> G. Pütter, Inst. Jur. Publ. §. 217 et 224. eiusd. Inst. iur. priv. Princ. §. 77. Runde, Deutsch. R. §. 2. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgesch. III. S. 255.

<sup>15)</sup> Diese unbestrittenen Grundsätze des Deutschen Staats- und Fürstenrechts widerlegen alle Folgerungen, welche Keane a. a. O. §. 2, 4, 7, 10 und 17 aus der Einführung des römischen Rechts zieht. Freilich mag der Zufall, der ihm auf seiner Reise durch Norddeutschland so manche, selbst archivalische Nachrichten für die Braunschweigsche Geschichte in die Hand spielte, weniger ergiebig in Hinsicht auf jene Rechtsprincipien gewesen seyn, und ist ihm also die Unkunde nicht bei-

6.

Ist aber der Heinrich Wilhelmsche Vertrag noch nach dem Ausgange des mittlern Hauses Braunschweig verbindlich und nicht in dem Punkte, welcher die Volljährigkeit betrifft, durch das Testament Herzogs Julius aufgehoben? Dieser Einwurf ist zu oft gemacht, ein zu großes Gewicht noch neuerdings auf ihn gelegt <sup>16)</sup>, als daß eine Würdigung desselben nicht auch hier versucht werden mußte, obwohl eine solche ihm bereits geworden ist <sup>18)</sup>.

Daß die pacificirenden Herzöge zu einer jetzt erloschenen Linie gehört haben, die jetzt regierenden aber nicht deren Erben in allodio geworden sind, würde mit Grund angeführt werden können, wenn hier von einem bloßen Hausgesetze, einem Familienvertrage die Rede wäre. Aber der Vertrag ist vorzüglich zum Besten des Landes, und zwar zwischen Fürsten und Ständen, geschlossen worden, also als ein Landesgrundgesetz zu betrachten, in Ansehung dessen jeder Nachfolger in der Regierung, ohne Rücksicht auf Erbrecht, in die Stelle des vorigen Regenten tritt. Und daß die jetzt regierende Linie ihn aus diesem Gesichtspunkte angesehen und in solcher Eigenschaft bestätigt hat, wird sich weiter unten ergeben.

---

zumessen, welche fast aus jedem §. seiner Schrift in Verwechselung der Begriffe u. s. w. hervorleuchtet.

<sup>16)</sup> Gutachten in Anlage V. der Widerlegung 2c. §. 3. d. und D. Keen, a. a. O. §. 11.

<sup>17)</sup> Promemoria des Geh. Rathes von Schmidt-Whiseldorff, in Wit, Versuch 2c. Anl. G. S. 25.



Daß nun ein Vertrag dieser Art nicht einseitig aufgehoben, nicht durch ein Testament des Fürsten geändert werden konnte, bedarf keines Beweises. Wirklich hat aber auch Herzog Julius lehtwillig nichts gegen den Vertrag verordnet.

Vielleicht, daß er befürchtet, es möge aus den Verhältnissen, unter welchen dieser Vertrag anfänglich eingegangen worden, oder wegen des kinderlosen Ablebens des Einen der pacificirenden Fürsten, Zweifel über die Beständigkeit der Vereinbarung erhoben werden, und daß er dieserhalb geglaubt hat, dieselbe bestätigen zu müssen; genug, der Herzog nahm von der Verfügung über die Vormundschaft seiner Kinder und gegen die Verschuldung und Veräußerung der Cammer- und Staatsgüter die Gelegenheit, jenen Vertrag ausdrücklich zu bestätigen und zu dessen genauen Befolgung seine Erben testamentarisch zu verpflichten. Zwar bestimmte er die Dauer der Vormundschaft über seinen ältesten Sohn und Nachfolger über den 18jährigen Termin hinaus und so lange, bis derselbe „sein vollkommenes Alter und zum wenigsten 25 Jahre erlangt und seine Studia complirt haben würde.“ Allein da der Vertrag nur des Zeitpunkts erwähnt, vor welchem ein Fürst nicht als mündig soll angesehen werden können; so hat er an sich dem Vater die Macht nicht genommen, in Voraussehung der Einwilligung der Landstände und der Beruhigung des Nachfolgers bei einer solchen Anordnung, wozu ihn neben andern Rücksichten, die Aussicht auf einen der Verfügung des Testators überlassenen Allodialnachlaß bestimmen konnte, als Ausnahme davon lehtwillig den Termin hinauszusehen. Auch scheint der gelehrte Herzog vorzüglich beabsichtigt zu haben, seinem

Erbprinzen die zu seiner wissenschaftlichen Ausbildung erforderlich erachtete Zeit ungekürzt zu sichern. Denn ohne dem kürzer bestimmten Termine den gemeinrechtlichen von 25 Jahren als aus gesetzlicher Nothwendigkeit zu substituiren, verordnet er, die Vormundschaft solle zu solchem Zwecke „zum wenigsten“ bis zum 25jährigen Alter, also nach Umständen noch länger fortgesetzt werden. Eine solche für einen einzelnen Fall und in besonderer Beziehung verordnete Abweichung von einer bestehenden Regel ist nun überhaupt nicht geeignet, diese letzte aufzuheben; und wie wenig die Zeitgenossen dem erwähnten Testamente eine solche Absicht und Wirkung beigemessen haben, wie überzeugt sie gewesen sind, der Testator habe nur eine vollendete Ausbildung bei seinem Nachfolger erfordern wollen, ergiebt sich aus der Folge. Denn beim Ableben Herzogs Julius hatte der Erbprinz noch nicht das 25ste Jahr vollendet, und dennoch fiel es weder der zur Vormünderin ernannten Herzoglichen Wittve, noch den bei der feierlichen Eröffnung des Testaments anwesenden Landständen ein, gegen den unmittelbaren Regierungsantritt von Heinrich Julius aufzutreten <sup>18)</sup>. Und der Enkel des Testators, Herzog Frie-

<sup>18)</sup> Kethmeier, a. a. O. S. 1088. Wenn D. Keane a. a. O. §. 12 diesen frühern Regierungsantritt mit der Meinung, als habe das Testament die 18jährige Volljährigkeit aufgehoben, durch eine Hinweisung auf die dem H. Heinrich Julius zur Regierung des Bisthums Halberstadt erlangte *venia aetatis* in Einklang zu bringen sucht; so hat er übersehen, daß diese *venia* bloß in solcher Beziehung, und keinesweges allgemein ertheilt ist, daher denn auch, obwohl dieselbe ao. 1578 erfolgt war, dennoch H. Julius in seinen später, im Jun. 1582, errichteten Testamenten wie bemerkt ist, verordnet hat.

drich Ulrich, fand sich so wenig durch jenes Testament gebunden, daß er die Regierung beim Ableben seines Vaters sofort antrat, obwohl er erst 22 Jahr alt war.

## 7.

Das im Jahre 1641 zu Hildesheim errichtete Testament Herzogs Georg von Calenberg beweiset überall nichts gegen die hier behauptete Meinung <sup>19)</sup>, da diese sich auf die Volljährigkeit der Herzöge im Wolfenbüttelschen Theile der Braunschweigischen Staaten bezieht. Es steht aber auch der Ansicht nicht entgegen, daß der 18jährige Volljährigkeitstermin die Regel im ganzen Welfischen Hause ausgemacht habe. Denn Herzog Georg, dessen Erbprinz eben erst das 19te Jahr zurückgelegt hatte, verordnete bloß im §. 28. des Testaments <sup>20)</sup>, daß er die Regierung antreten und zu dessen Behuf alles unverzüglich wirklich ergreifen, dabei aber ohne Rath und Vorwissen der Mutter, auch der dazu bestimmten Canzler und Räthe, endlich nach der Sachen Wichtigkeit ohne Einrath der Landstände nichts thun u. solle. Es findet sich hier also keine Vormundschaft bestellt, vielmehr nur ein Beirath angeordnet, und eben hierdurch jenes Familienstatut anerkannt und berücksichtigt. Das Anführen des Testators, als habe der Erbprinz sein völlig voigtbares Alter noch nicht erreicht, steht mit dieser Auslegung nicht im Widerspruch, weil es nur eine Vergleichung des gemeinrechtlichen, mit dem hier kraft be-

<sup>19)</sup> Ein Einwand des Gutachtens in Ant. V. der Widerlegung u. S. 184 flg. und der Keane'schen Schrift S. 15.

<sup>20)</sup> Rethmeier, a. a. O. S. 1639 flg.

sondern Rechts eintretenden Volljährigkeitstermin, zur Rechtfertigung der gemachten Anordnung, ausspricht.

## 8.

Beim Ausgange des mittlern Hauses Braunschweig durch den kinderlosen Tod Herzogs Friedrich Ulrich, im Jahre 1634, bestand also im Hause der Welfen überhaupt, besonders aber in der erwähnten Linie desselben, ein durch Herkommen aus dessen altem Vaterlande Schwaben eingebrachtes, vielfach in Anwendung gekommenes Familienrecht, vermöge dessen die Prinzen desselben und vorzüglich die regierenden Herzöge nach Zurücklegung des 18ten Jahrs mündig wurden. Dessenentliche Verhandlungen, das Einverständniß zwischen Fürsten und Ständen und kaiserliche Bestätigungen hatten dieses Recht anerkannt und bekräftigt und zu der Eigenschaft eines Grundgesetzes, wenigstens für das Fürstenthum Wolfenbüttel, erhoben <sup>21)</sup>. Und in dieser Hinsicht sowohl, wie als ein Specialrecht und in der Autonomie der Reichsfürsten gegründet, konnte es durch die Reichspolizei = Ordnung von 1548 und die andern

<sup>21)</sup> Wenn Keane a. a. O. §. 14 behauptet, Herzogs August Vorfahren in der Regierung hätten nach Einführung des römischen Rechts das 25jährige Alter als den Zeitpunkt der Volljährigkeit anerkannt, so irrt er hierin eben wie in der Angabe, die erste Regierungshandlung des erwähnten Herzogs wäre der Vertrag vom 22sten April 1604 über den Erwerb von Hildesheim gewesen. Es war dieses Amt nur als paragium ihm angewiesen und zu einer Regierung also damals noch keine Veranlassung; daß aber die Einführung des römischen Rechts keine Aenderung der besondern Hausgesetze bewirken konnte, ist schon im §. 5 gezeigt.

Reichsgesetze, welche das römische Recht den alten vaterländischen Normen als gemeines Recht substituirt haben, nicht betroffen werden.

## 9.

In der Eigenschaft eines Landesgrundgesetzes fanden die, nach Ausgang des mittlern Braunschweigischen Hauses in die Regierung eintretenden Prinzen der Lüneburgischen Linie jene statutarische Bestimmung der Fürstlichen Volljährigkeit, zugleich mit denjenigen über Primogenitur und Untheilbarkeit des Fürstenthums Wolfenbüttel vor, und in dieser Eigenschaft betrachtete und bekräftigte Herzog August dieselben, als er die Regierung antrat.

In den, den Ständen ausgestellten Reversalen vom 19ten Januar 1636 bestätigt der Herzog den Vertrag von 1535 in seinem ganzen Umfange, und wenn diese Urkunde zugleich eine Bestätigung des Testaments Herzogs Julius ausdrückt, so liegt es in der Natur der Sache, daß damit, nicht etwa die Anordnung der Vormundschaft über den damaligen Erbprinzen und die Dauer derselben, als längst der Vergangenheit angehörig, sondern nur die übrigen Bestimmungen haben gemeint werden können und sollen. Selbst die Fassung der Reversalen läßt dieses ersehen; da sie das erwähnte Testament nur in Hinsicht auf die Untheilbarkeit des Landes und die Primogenitur, und „den limitirten der Cammergüter Alientionsfall“ bestätigen <sup>22)</sup>.

Die Bezeichnung des 18jährigen Alters, als des

---

<sup>22)</sup> Es ergibt sich hieraus, was von den Behauptungen in Keane, a. a. O. §. 16, zu halten ist.

der Mündigkeit der regierenden Herren, gewann hierdurch um so mehr die Natur einer staatsrechtlichen Bestimmung. Von einem bloßen Familienstatute der ausgegangenen Linie konnte nunmehr um so weniger die Rede seyn, als jene Bestimmung eben nur deshalb ferner bestand, weil sie als Theil eines Landesvertrages angesehen ward. Und als bloße Bezugnahme auf ein von dem Vertrage selbst unabhängiges Recht, wie sie früher genommen werden mochte, konnte sie auch entweder länger nicht betrachtet werden, oder sie mußte zugleich den Beweis darbieten, daß dieses Recht fortdauernd verbindliche Kraft habe. Man mußte Fürsten und Stände des Leichtsinns und der Unbedachtsamkeit beschuldigen, wollte man annehmen, sie hätten ohne zeitgemäße Modification einen Vertrag bestätigt, welcher das 18te Jahr als den Zeitpunkt des „vollkommenen Alters“ und als denjenigen bestimmt, wo der bisher bevormundete Regent jenen Landesvertrag bekräftigen soll, wenn beide contrahirende Theile nicht darüber einverstanden gewesen wären, es beruhe jener Termin der Volljährigkeit des Landesfürsten in einem noch gültigen Rechte. Der weise, vorsichtige und gelehrte Herzog August war wahrlich fern von einer solchen Schwäche; und es hieße die so ausgezeichnete Reihe seiner Nachfolger lästern, unter denen die Namen Anton Ulrich, Carl und Carl Wilhelm Ferdinand glänzen, wollte man annehmen, sie alle hätten mit gleicher Unachtsamkeit gleichlautende Reversalen ihren Landständen ausgestellt, ohne die übereinstimmende Absicht, jenen Termin als rechtsbegründet und verbindlich anzuerkennen <sup>23)</sup>.

<sup>23)</sup> Diese Reversalen sind ausgestellt von Herzog Rudolph Au

## 10.

Die neuern Vorgänge beim Ableben Herzogs Ferdinand Albrecht und dem Regierungsantritte Herzogs Carl bestätigen dieses ferner. Der Erste hinterließ eine Anweisung für Vektorn, in einer Disposition vom 12ten Febr. 1735, des Inhalts: „daß weil der älteste Sohn, Prinz Carl, vor geraumer Zeit das 18te Jahr erreicht, mithin nach der im Fürstlichen Hause in verschiedenen Fällen sich ereigneten Gewohnheit seine Voigtbarkeit erlangt, derselbe aller künftigen Vormundschaft enthoben werden solle, und daß, wenn bei seinem (des Herzogs Ferdinand Albrecht) Absterben Prinz Carl sein 25stes Jahr noch nicht erreicht habe, derselbe dennoch sofort und ohne Bestellung einer Curatel seine Sachen selbst besorgen und von dem Kaiser veniam aetatis suchen solle <sup>24)</sup>. Diese Anordnung, welche offenbar die Nachsichtung der veniam aetatis nur als eine Vorsichtsmaßregel vorschrieb, wozu damals in den besondern Familienverhältnissen des Herzoglichen Hauses die Veranlassung gelegen haben wird, bestimmte daher, bei Abwesenheit des Regierungs-

---

gust, den 28ten October 1658, von H. Anton Ulrich, bei seiner Aufnahme in das Consortium regiminis, am 7ten August 1685, von H. August Wilhelm, nachdem derselbe bereits am 3ten April 1706 die ständischen Privilegien in voraus bestätigt, unter dem 14ten Mai 1716; von den Herzögen Ludwig Rudolph und Ferdinand Albrecht findet sich nichts, wohl weil sie nur kurze Zeit regiert haben; von H. Carl den 9ten April 1770 und von H. Carl Wilhelm Ferdinand den 15ten April 1780. Das Formular der Reversalen ist in der Anlage beigelegt.

<sup>24)</sup> In D. Keane's Schrift §. 21 angeführt.

nachfolgers, nämlich des Herzogs Carl, dessen Frau Mutter und Minister, sogleich nach dem Ableben Herzogs Ferdinand Albrecht, in Wien um *veniam aetatis* einzukommen und solche auszuwirken. Es ward dieselbe aber nicht publicirt und ohne Weiteres und irgend einen Widerspruch, obwohl der junge Fürst erst sein 22stes Jahr zurückgelegt hatte, von diesem die Regierung angetreten, später dagegen aber unter dem 13ten October 1765 die bekannte Protestation mit einer Verwahrung der Rechte des Herzoglichen Hauses im Archive zu Wolfenbüttel niedergelegt <sup>25)</sup>.

Der Vorfall mit der Bevormundung der Kinder Herzogs Ernst Ferdinand von Bevern (gestorben 1746) wo nur die beiden jüngsten derselben unterworfen wurden, weil nur sie noch unter 18 Jahren alt waren <sup>26)</sup>, erläutert ferner die Ansicht des Herzoglichen Hauses über das bestehende Familienrecht.

## 11.

Auch die öffentliche Meinung nahm die Sache in diesem Sinne, und obwohl ihrer Stimme an sich hierin keine Wirkung beigemessen werden kann, so beweiset sie

---

<sup>25)</sup> S. Hurlbusch, über den Zeitpunkt 2c. §. 8. Die Bemerkung in Keane, a. a. O. §. 23, daß durch diese verwahrende Erklärung Herzogs Carl und eine übereinstimmende Erklärung Königs Georg II., weder der Recess, Affecuratio 2c. Herzogs August, noch das Testament Herzogs Julius entkräftet worden sey, ist richtig, aber deshalb, weil durch beide über den Volljährigkeits-Termin der Herzöge abändernde Bestimmungen überall nicht gemacht worden sind.

<sup>26)</sup> S. Widerlegung 2c. Anlage IV. Keane, a. a. O. §. 26.



doch für die Richtigkeit der entwickelten Ansicht, weil die Fürsten sonst für ihre Berichtigung Sorge getragen, auch nicht gestattet haben würden, daß auf der Landesuniversität, öffentlich und unter dem Auge der Regierung, eine Lehre vorgetragen wäre, welche für das öffentliche Recht so einflußreich seyn müßte, wenn sie nicht dieselbe für richtig anerkannt und genehmigt hätten. Die Uebereinstimmung der mehrsten und berühmtesten Lehrer der Universität Helmstedt ergiebt sich aus dem Zeugnisse Peyser's, in dem Nachtrage zu Wiffmann, diss. de feudis Brunsvico-Lunenburg., so wie aus der eigenen Angabe Schmelzer's, vormaligen Professors in Helmstedt <sup>27)</sup>).

Es liegt hierin eine zwar stillschweigende, aber nicht minder wirkliche Bestätigung des Grundgesetzes von der mit Vollendung des achtzehnten Jahres eintretenden Volljährigkeit der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.

---

<sup>27)</sup> In von Praun's, von Martens und Schmelzer's Gedanken über den Zeitpunkt der Volljährigkeit 2c. von Hurlebusch Braunschweig 1827. Vergl. auch Ribbentrop's Beiträge 2c. S. 103 flg. und Danz, Deutsches Recht nach Runde, §. 295.

## A n l a g e.

---

### S e r e n i s s i m i

Assecuratio Juris Primogeniturae. d. d. Braun-  
schweig, den 9<sup>ten</sup> April 1770.

---

Von Gottes Gnaden, Wir, Carl, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. Für Uns, Unsere Fürstl. Erben und Nachkommen an der Landes-Regierung; Urkunden und bekennen hiermit, und ertheilen den gesamten Land-Ständen Unseres Herzogthums Braunschweig, Wolfenbüttelschen Theils, von Praelaten, Ritterschaft und Städten, hiedurch die gnädigste Versicherung, daß Wir die denselben zustehende wol hergebrachte Freyheiten und Privilegia, Landes-Reversalen, die vorhandenen Land-Tags-Abschiede, Assecuration, Recesse, Landes-Constitutiones, so viel selbige die gemeine Landschaft betreffen, und übrige durch ein zu Recht beständiges Herkommen wohl hergebrachte gute Gewohnheiten, insonderheit die Verordnung und Disposition des Juris Primogeniturae und Succession Unseres ältesten Herrn Sohnes, und Sohnes-Sohn, als einzigen Landes-Fürsten, inmaßen der 1535 errichtete Vertrag, und Weyl. Herzogs Julii Christmilben Andenkens von Kayserlicher Majestät confirmirtes Testament in diesem und dem limitirten der Cammer-Güter Alienations-Fall, mit mehrern ausweist, gänzlich und unverbrüchlich halten, sie dabey unbetrübet und unbehindert lassen, und so viel an Uns darob seyn wollen, daß gedachte Unsere getreue Land-Stände und ihre Nachkommen dabey sammt und sonders geschüzet und gehandhabet werden sollen, alles getreulich und ohne Gefährde.

Zu Urkund dessen haben Wir diesen Versicherungs-Brief eigenhändig unterschrieben, und mit Unserm Fürstl. Geheimen Sanktley-Insigel bedrucken lassen. So geschehen in Unserer Stadt und Festung Braunschweig den neunten des Monats Aprilis, Eintausend, Siebenhundert und Siebenzig.

Carl, H. 3. Br. u. P.

(L. S.)

H. B. v. Schlieffed.

---

In demselben Verlage ist ferner erschienen:

Venturini, Dr. C., Handbuch der Vaterländischen Geschichte für alle Stände der Braunschweig-Lüneburgischen Landesbewohner. 4 starke Bände, die Braunschweigische Geschichte bis zum Jahre 1809 enthaltend. gr. 8. Ladenpreis 7 Thlr. 12 Sgr.

herabgesetzt auf 4 Thlr.

Um dieses werthvolle Werk allgemeiner zu verbreiten und es auch weniger bemittelten Käufern zugänglich zu machen, hat die Verlags- handlung den frühern Preis von 7 Thlr. 12 Sgr. auf 4 Thlr. herabgesetzt, und glaubt dadurch den Gebildeten aller Stände, denen Kenntniß der vaterländischen Geschichte Bedürfniß sein muß, einen nützlichen Dienst zu erweisen.

Vode, W. J. L., Magistrats-Director zu Braunschweig, Beiträge zur Geschichte des Herzogthums Braunschweig. Erster Beitrag. Das Grund- steuer-System des Herzogthums Braunschweig, geschichtlich verfolgt und erläutert. gr. 8. 16 Sgr.

Bertelsch, F. L. von, Pragmatische Geschichte des landschaftlichen Finanz- und Steuerwesens der Fürstenthümer Calenberg und Göttingen. gr. 8. 1 Thlr. 12 Sgr.

— Sammlung einiger wichtigen Aktenstücke zur Geschichte des landschaftlichen Finanz- und Steuerwesens der Fürstenthümer Calenberg und Göttingen. gr. 8. 18 Sgr.

— Öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung gegen die Besteuerung und Beschakung des Fürstenthums Göttingen. gr. 8. geh. 8 Sgr.

— Wer darf die Einwohner der Kurbraunschw. Staaten während der französischen Occupation mit Rechtsbestände besteuern u. gr. 8. geh. 10 Sgr.

Vosse, R., Darstellung des staatswirtschaftlichen Zustandes in den deutschen Bundesstaaten. gr. 8. 2 Thlr. 20 Sgr.

Wulow, G. P. von, Abhandlungen über einzelne Materien des römischen bürgerlichen Rechts. 2 Theile. gr. 8. 2 Thlr. 18 Sgr.

— — Erläuternde Bemerkungen über das Verfahren in Strafsachen, nach westphälischen Gesetzen. Ein Commentar über die drei Strafprozeßordnungen des Königr. Westphalen. 3 Theile. gr. 8. 4 Thlr. 16 Sgr.

— — Französisches Civilrecht in Rechtsprüchen, zur Erläuterung des Gesetzbuchs Napoleons, nach der Reihenfolge der Artikel. gr. 8. 2 Thlr.

Calver, H., historische Nachricht von den Unter- und gesammten Oberharzigen Bergwerken. Fol. 1 Thlr. 12 Sgr.

Claris, A. A., Abhandlung vom Verweise, wobei nicht nur das gemeine Recht, sondern auch die Braunschw. Lüneb. Gerichtsordnung zum Grunde gelegt worden. 4. 4 Sgr.

Fredericksdorf, L. F., Promtuarium der Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landes-Verordnungen. 4.

Von diesem Werke sind nur noch die nachstehenden Theile vorrätzig und kosten:

1r Theil 1 Thlr. 12 Sgr.  
4r Theil 1 Thlr. 8 Sgr.  
6r Theil 1 Thlr. 16 Sgr.

Fürstenspiegel, deutscher, aus dem 1sten Jahrhundert, oder Regeln der Fürstenweisheit von dem Herzoge Julius und der Herzogin Regentin Elisabeth zu Braunschweig und Lüneburg. Aus ungedruckten archivalischen Urkunden herausgegeben von R. F. von Strombeck. 4. 1 Thlr.

Geschichte des Herzogl. Braunschweigischen Armee-Corps in dem Feldzuge der alliirten Mächte gegen Napoleon Buonaparte im Jahre 1815, von einem Offizier des Generalkaabts. gr. 8. Mit 2 Plänen. geh. 16 Sgr.

Haben die Kurbraunschweigischen Unterthanen Ursache, sich über die Königl. Preussische Besiznahme zu freuen, oder müssen sie, wegen der wahrscheinlichen Folgen, die daraus entstehen können, bekümmert sein? 8. 16 Sgr.

- Hannover, das Kurfürstenthum, unter den Franzosen, in den Jahren 1803 — 5, und dessen ferneres Schicksal, nebst einer genauen Kenntniß des französischen Militärs. 8. 16 Ggr.
- Hassel und Bege, geographisch-statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg. 2 Bde. 8. 2 Thlr. 12 Ggr.
- Hassel, statistische Darstellung des Königreichs Westphalen. gr. 4. 16 Gr.
- Statistisches Repertorium üb. das Königr. Westphalen. Fol. 2 Thlr. 8 Ggr.
- Hassel, Dr. J. H., statistische Gemälde des Königreichs Westphalen, enthaltend die neueste Territorial-; Eintheilung, und ein vollständiges Repertorium aller in diesem Reiche befindlichen Ortschaften. gr. Folio.
- Hildebrand, G. K., Bemerkungen u. Beobachtungen über die Pocken in der Epidemie, die 1787 in Braunschw. geherrscht hat. 8. 10 Ggr.
- Hurlerbusch, M. F. Dr., Erörterungen aus dem Civil- und Kriminalrechte. 2 Hefte. gr. 8. 1 Thlr.
- Krüger, C. H. P., Systematische Darstellung des bürgerlichen Processes im Herzogthum Braunschweig. gr. 8. geh. 20 Ggr.
- Landtagsabschied, errichtet zu Braunschweig den 9ten Apr. 1770. 12 Ggr.
- Seiße, H. K., Repertorium der Verordnungen und Rescripte, welche in dem Herzogthum Braunschweig in den Jahren 1750 — 1804 erlassen sind. 4. 2 Thlr. 8 Ggr.
- Liebhaf, E. D. v., Einleitung in das Braunschweig-Lüneburgische Landrecht. 2 Bde. 8. 1 Thlr. 20 Ggr.
- Ordnung, Braunschweigische Kirchen-, 2 Bde. 4. 20 Ggr.
- Praun, v., vollständiges Braunschweig-Lüneburgisches Siegelkabinett, herausg. mit Anmerk. u. d. Verf. Lebenslauf begleitet von J. A. Neuner. gr. 8. 12 Ggr.
- Ribbentrop, P. L., Beiträge zur Kenntniß der Verfassung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils. 1r Beitrag. 8. 10 Ggr.
- du Roi, D. J., Literatur des Braunschweig-Wolfenbüttelschen Staats- und Privatrechts. 8. 20 Ggr.
- Römer, Dr. J. E., Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunschweig, als Mensch, in treuen Zügen aus seinem Gemälde. gr. 8. 18 Ggr.
- Sind die Stellen eines Fürstl. Ministers und eines Schatzraths im Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel in einer Person vereinbar? 8.
- Strombeck, K. K. von, Sammlung von Entscheidungen des ehemaligen Appellationshofes zu Celle und Abhandlungen über die entschiedenen und anderen Rechtsfragen. gr. 8. 18 Ggr.
- Formulare und Anmerkungen zu der Proceß-Ordnung des Königreichs Westphalen. 2r Th. Mit einem vollständigen Register über beide Theile. gr. 8. 2 Thlr.
- Rechtswissenschaft des Gesetzbuchs Napoleons und der übrigen bürgerl. Gesetze des Königr. Westphalen, oder Sammlung von Entscheidungen des Königl. Appellationshofes zu Celle, und Abhandlungen über die entschiedenen und anderen Rechtsfragen. gr. 8. 3 Hefte (à 1 Thlr.) 13 Thlr.
- Stromeyer, K. A., alphabetisches Sachregister über die im Gesetzbüchlein des Königreichs Westphalen enthaltenen Gesetze und Königl. Decrete, nebst a. r. o. n. o. g. Verzeichnisse derselb. v. den Jahren 1807 — 1811. Mit einer Vorrede vom Dr. Th. Hagemann. gr. 8. 1 Thlr. 16 Ggr.
- Uebersicht, kurze, des durch seine Folgen höchst merkwürdigen Feldzugs vom Jahre 1806. Mit Bemerkungen von einem Br — schen Offizier. 8. 8. Ggr.
- Versuch einer pragmatischen Geschichte des Hauses Braunschweig und Lüneburg (von Koch). gr. 8. 1 Thlr.
- Verzeichniß, alphabetisches, der in dem Herzogthum Braunschweig-Lüneburg belegenen Städte, Flecken, Dörfer, Heimer, Lütten, Klöster u. s. w., nebst einer Angabe der Oberhauptmannschaften, Stadt- oder Kreisgerichte und der Häuser und Volkszahl. gr. 4. geh. 12 Ggr.
- Waldeck, P. G. F. W., Controversen; Entscheidungen des gemeinschaftlichen Ober-Appellationsgerichts des Herzogthums Braunschweig und der Fürstenthümer Waldeck, Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe, zu Wolfenbüttel. gr. 8. 1 Thlr. 12 Ggr.
- Wolffram, K. J. G., vollständige Sammlung der Braunschweig-Lüneb. Wechsel-Verordnungen, mit erläut. Anmerk. gr. 8. 16 Ggr.